INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 1/2021 • Mercator Kolleg • 9,90 Euro – 2728

Mercator Kolleg 2020

Berichte, Erfahrungen, Engagement

AufRuhr Das Magazin der Stiftung Mercator

Digitalisierte Gesellschaft
Europa in der Welt
Klimaschutz
Teilhabe und Zusammenhalt

Solidarität zeigen, das Klima schützen, Europa erleben.

Wie das geht:
www.aufruhr-magazin.de

Das Magazin der
STIFTUNG MERCATOR

Gemeinsam die Krise bewältigen

Als die Stipendiat*innen des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben im Oktober 2019 voller Motivation und Ideen zu ihren ersten Arbeitsstationen aufbrachen, ahnte niemand, dass eine Pandemie unser Leben nur wenige Monate später auf den Kopf stellen würde. Staaten, Gesellschaften und Individuen sind dieser Krise gleichermaßen ausgesetzt. Sie trifft die internationale Gemeinschaft zu einem Zeitpunkt, in dem die Fundamente der multilateralen Ordnung brüchig geworden sind. Entsprechend symptomatisch waren die sehr unterschiedlichen, teilweise auf scharfe Abgrenzung setzenden nationalstaatlichen Reaktionen.

Wie schreibt man nun über ein Kolleg-Jahr, das seit März 2020 unter den Bedingungen einer Pandemie stattgefunden hat? Die Antworten der Kollegiat*innen des 11. Jahrgangs lesen Sie in dieser mittlerweile neunten Sonderbeilage zum Mercator Kolleg für internationale Aufgaben. Denn die großen Herausforderungen unserer Zeit – allen voran der Klimawandel, globale Migrationsbewegungen, soziale Ungleichheit oder die nukleare Bedrohung – haben keine Pause eingelegt.

Was sind die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit? Welchen Beitrag leisten Städte bei der Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen? Wie kann es der EU gelingen, ihre digitale Souveränität zu verteidigen? Diese und weitere globale Fragen mögen in den vergangenen Monaten an öffentlicher Aufmerksamkeit eingebüßt haben. Ihre fundamentale Relevanz hat die Pandemie jedoch eher noch unterstrichen, indem sie Probleme quasi unter ein Brennglas gelegt hat.

Den Kollegiat*innen wurde einiges abverlangt: Resilienz, Frustrationstoleranz sowie ein hohes Maß an Flexibilität und die Fähigkeit, sich in kürzester Zeit auf neue Formen des Arbeitens einzustellen – ohne dabei ihren Mut, ihre Tatkraft und Kreativität zu verlieren. Sie haben damit jene Eigenschaften unter Beweis gestellt, auf die es im Kontext der internationalen Zusammenarbeit ankommt.

Das Kolleg-Jahr 2019/20 hat uns als programmtragende Institutionen im Kern- und Gründungsgedanken des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben bestätigt: Globale Krisen und Herausforderungen können nur gemeinsam und staatenübergreifend gelöst werden. Für diese Aufgabe kluge, kreative und verantwortungsbewusste junge Menschen zu gewinnen und auf ihrem Weg in die internationale Zusammenarbeit zu begleiten – dies ist das Ziel unseres Programms.

Dr. Annette Julius
Generalsekretärin, Studienstiftung des deutschen Volkes

Michael Schwarz
Geschäftsführer, Stiftung Mercator

Dr. Klara Sekanina
Direktorin, Schweizerische Studienstiftung

Dr. Andrew Holland
Geschäftsführer, Stiftung Mercator Schweiz

nefia netzwerk für internationale aufgaben

Das Netzwerk für internationale Aufgaben

Wir sind das stetig wachsende deutsch-schweizerische Ehemaligennetzwerk des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und des früheren Stiftungskollegs.

Unsere über 400 Mitglieder, die aus vielen verschiedenen Fachbereichen kommen, übernehmen weltweit gesellschaftliche Verantwortung und setzen sich für internationale Verständigung ein.

Als Netzwerk bieten wir unseren Mitgliedern eine Plattform für den Austausch und Kontaktpflege. Gleichzeitig teilen wir in Veranstaltungen und Publikationen umfangreiches Praxis- und ExpertInnenwissen zu global relevanten Themen und versuchen, junge Menschen in Deutschland und der Schweiz für das Arbeiten in internationalen Einsatzfeldern zu begeistern.

Fotos: J. Mitchell und G. Diez, Rechte: nefia e. V.

www.nefia.org

Förderer und Partner

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG MERCATOR SCHWEIZ

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

Studienstiftung des deutschen Volkes

Weit weg

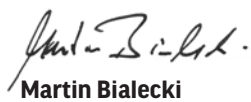
Ja, man kann darüber schreiben, was die Welt zusammenhält oder bessermachen könnte, ohne in ihr unterwegs zu sein, ohne sie zu bereisen – wenn man muss. Wenn eine Pandemie rund um den Globus alle Pläne durcheinanderbringt, erst ganz langsam und dann mit jäher Wucht, kann die Arbeit eines Kollegs natürlich keine Ausnahme bilden, auch wenn dieses Kolleg „internationale Aufgaben" im Namen führt.

Als wir uns Anfang des Jahres 2020 zum ersten Mal mit den Kollegiatinnen und Kollegiaten dieses Jahrgangs in der Schweiz getroffen haben, war Corona von der Allgegenwart dieser Tage noch so meilenweit entfernt; irgendetwas schien da wohl vor sich zu gehen in China, aber was wusste man schon? Wir haben uns über 25 sehr unterschiedliche Projekte unterhalten und Konzepte diskutiert, Wege von abstraktem Denken ins konkrete Schreiben besprochen, Themen wie Quellenschutz und gendergerechte Sprache erörtert, die *IP* erläutert, Zeitpläne entworfen, Deadlines gezogen und Prozesspläne an die Wand geworfen. Wie unbekümmert diese erste Begegnung war. Wie weit das alles weg ist.

Natürlich: Auch unter den Bedingungen von Covid-19 hat sich die Welt weitergedreht, nur gefühlt doch irgendwie ein ganzes Stück weiter weg. All die neuen Pläne, Anpassungen und Absagen, Änderungen und neuen Anläufe dieser besonderen Zeit, die hat dieses Kolleg mit Bravour bestanden. Die Texte, die Sie im Folgenden lesen werden, sind unter gänzlich anderen Bedingungen entstanden als geplant. Gelungen sind sie dennoch, weil sich offensichtlich trotz anderer Weltlage das innere Marschgepäck der Kollegiatinnen und Kollegiaten für ihre jeweilige Aufgabe nicht verändert hat: Neugier, Beharrlichkeit, Enthusiasmus, Professionalität, Flexibilität, Idealismus – Haltung.

Das Ergebnis ist den 25 Teilnehmenden rundum gelungen. Sie haben über Energiethemen und Umweltfragen nachgedacht, Probleme von Sicherheit und Frieden untersucht, Aspekte von Bildung und Fortschritt unter die Lupe genommen. Natürlich geht es auch um Gesundheitsthemen; aber so sehr Corona die große Folie war, vor der dieses *IP Special* entstanden ist, so sehr sind die Texte doch gleichzeitig inhaltlich frei davon. Es gab und gibt so viel mehr, womit man sich auseinandersetzen kann, was es zu hinterfragen und zu entwickeln gilt als Folgen von Covid-19. Wir hoffen, dass es Ihnen beim Lesen so geht wie uns in der Redaktion: welch wohltuende Abwechslung. Frische Gedanken in anstrengender Zeit.

Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre und allen Teilnehmenden an diesem besonderen Kolleg nur das Beste auf ihrem weiteren Weg.



Martin Bialecki
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL 1

EDITORIAL *Von Martin Bialecki* 3

VORWORT: **Bewährungsproben**
Von Klaus Scharioth 6

VORWORT: **Zeit für Bescheidenheit**
Von Georges Martin 7

Gesundheit und Bildung

Im Schatten der Pandemie
Schwangere und Kinder sind in diesen Zeiten besonders gefährdet. *Von Finn Holler* 10

Diagnose: Klimakrise
Diese Krise birgt die Chance, unsere Gesundheit massiv zu verbessern. *Von Leonie Dudda* 12

Politische Bildung mit Musik
Musikalische Erziehung in der Schule kann dazu beitragen, Bildung neu auszurichten. *Von Erik Eschweiler* 15

Der Wesenskern des Rassismus
Eine neue Perspektive einnehmen: Was ist mein Privileg als weißer Mensch? *Von David Hiss* 17

Fortbildung für Führungskräfte
Warum Organisationen in gute Führung investieren sollten. *Von Helén Liebermann* 19

Wirtschaft und Menschenrechte

Verhängnisvoller Rohstoffhunger
Kredite, die über Bodenschätze abgesichert werden, treiben Staaten in die Verschuldung. *Von Anna-Sophie Hobi* 24

Wirksame Regeln für Konzerne
Ölfirmen zerstören in Peru nicht nur die Umwelt, sondern verletzen auch Menschenrechte. *Von Lara Louisa Siever* 26

Abstrakt und doch verbrecherisch
Wie reagiert das Völkerrecht auf Verbrechen von Unternehmen? *Von Fin-Jasper Langmack* 29

Legale Zugangswege
Für geflüchtete Menschen ist es weiterhin zu schwer, Schutz zu finden. *Von Selina Pfister* 31

3:0 für Brasilien
Start-ups reagieren auf Probleme und bieten Visionen für die Zukunft. *Von Alissa Siara* 34

Mehr Chancen für junge Menschen
Innovative Ideen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. *Von Kareem Bayo* 36

Energie und Umwelt

Der Stoff, aus dem die Träume sind
Wasserstoff wird künftig eine wichtigere Rolle spielen. *Von Pierre Krenn* 40

Wind der Veränderung im Senegal
Der erste große Windpark Westafrikas könnte ein wichtiger Schritt zu nachhaltigem Wachstum werden. *Von Andrea Dertinger* 42

Wegweiser für den Wandel
Wie verlaufen grüne Transformationsprozesse und welche Rolle spielen dabei Politik und Wissenschaft? *Von Daniela Zingler* 44

Indiens beschwerlicher Weg
Den Energiesektor zu modernisieren, ist eine enorme Herausforderung für das Schwellenland. *Von Peter Freudenstein* 46

Sicherheit und Digitalisierung

Die Neuordnung des Internets
Die Dominanz privater Konzerne im Internet steht auf dem Prüfstand. *Von Svea Windwehr* 50

Lost in Translation
Die Europäische Union strebt nach digitaler Souveränität. *Von Hanna Zinner* 52

Trugschluss Algorithmen
Wie kann man gezielter gegen Terrorismus und Extremismus im Internet vorgehen? *Von Marie Schröter* 54

KI als Königsdisziplin
Technologien wie Künstliche Intelligenz führen zu einem Zielkonflikt zwischen Innovation und Regulierung. *Von Ann-Sophie Leonard* 56

Frieden und Fortschritt

Zwei Städte, zwei Systeme
Medellín und Abu Dhabi zeigen, welchen Geltungs- und Gestaltungsanspruch sie haben. *Von Jonas Freist-Held* 60

Der Konflikt, der keiner sein soll
In Kolumbien spitzt sich vier Jahre nach dem Friedensabkommen die Lage wieder zu. *Von Julian Watkinson* 62

Wo sind die Stellschrauben?
Veränderte Rahmenbedingungen bei der Friedensförderung verlangen mehr Flexibilität. *Von Mario Domisse* 65

Lokalisierung humanitärer Hilfe
Unterstützung sollte insbesondere vor Ort organisiert werden. Von *Leonie Harsch* 67

Niemanden zurücklassen
Auch im humanitären Sektor müssen wir das Inklusionsversprechen halten. *Von Tamara Krüger* 69

Chinesische Entwicklungen
Ein schwieriger Balanceakt: Entwicklungspolitik und Kooperation zwischen China und dem Westen. *Von Gabriel Pelloquin* 72

Leitung 75
Jahrgang 76
Impressum 80

Bewährungsproben

Von Klaus Scharioth

Corona stellt uns alle auf eine Bewährungsprobe. Sind wir bereit und in der Lage, eigene Interessen zugunsten des Ganzen zurückzustellen? Schaffen wir es, die Schwächeren zu schützen? Gelingt es uns, mit Vernunft und Augenmaß das Essenzielle zu erhalten, ja vielleicht sogar zu stärken?

Die USA erleben in diesen Wochen eine ebenso ernste, aber etwas andere Bewährungsprobe. Halten die demokratischen Institutionen in einer entscheidenden Situation stand? Werden Politiker, Bürger, Gerichte und die Medien ihrer Verantwortung gerecht? Gelingt es, die Verfassung und die Demokratie mit ihrem ausgeklügelten System der Gewaltenteilung, des Ausgleichs und des Minderheitenschutzes zu bewahren und vielleicht weiter auszubauen?

Auch die internationale Ordnung steht vor einer Bewährungsprobe. Das Völkerrecht, die europäische Friedensordnung, der Ausgleich zwischen Reicheren und Ärmeren, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die multilateralen Institutionen, die manch Gutes bewirkt und viel Schlimmeres verhindert haben, sie alle werden infrage gestellt. Gelingt es uns, die richtige Mischung von notwendigen Reformen und dem Erhalt des Bewährten zu finden? Bringen wir die dazu erforderliche Entschlossenheit und Kompromissbereitschaft sowie den nötigen langen Atem auf? Gibt es die – vor allem jungen – Menschen, die sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einzusetzen bereit sind? Die den Mut haben, sich diesen Bewährungsproben zu stellen?

Ja, es gibt sie. Und das Mercator Kolleg hilft ihnen, sich auf diese Aufgaben vorzubereiten, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie einer Lösung näherzubringen. Sie tun das weltweit, sei es in Afrika, Asien, Europa oder Amerika. Wie lässt sich Jugendarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen? Kann der Stromsektor in Afrika durch erneuerbare Energien revolutioniert werden? Hat der Klimawandel Auswirkungen auf die Gesundheit? Welche Rolle kann Musik an Schulen spielen? Könnte Transparenz im Rohstoffsektor unlautere Finanzflüsse und Korruption eindämmen? Hilft Künstliche Intelligenz beim Aufdecken atypischer Radikalisierungsprozesse? Welche Möglichkeiten haben Städte bei der Lösung von Konflikten? Wie können Verursacher systematischer Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden?

Diesen und anderen faszinierenden Fragen sind die Mercator Kollegiatinnen und Kollegiaten nachgegangen, mit zum Teil verblüffenden Ergebnissen. Aber lesen Sie selbst. Ich bin nach 13 Monaten gemeinsamer Arbeit guter Dinge. Diese Generation wird die Bewährungsproben bestehen. Mit Sicherheit.

Dr. Klaus Scharioth ist Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Zeit für Bescheidenheit

Von Georges Martin

Wir haben so lange verzweifelt darauf gewartet, dass wir den bevorstehenden Abgang von Donald Trump, dem so wenig präsidentiellen 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, immer noch kaum glauben können. Lassen wir die Freude für einen Moment zu; auch wenn wir wissen, dass sein Abgang eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung ist, damit Amerika zur Vernunft kommt, seine Spaltungen überwindet und seine Rolle als Vorbild in der Welt wieder aufnehmen kann. Joe Biden und die Demokraten stehen vor einem Scherbenhaufen und vor erheblichen Herausforderungen. Die Corona-Krise, die in den USA unfassbar viele Todesopfer forderte, ist nur eine davon.

2020 hat uns Bescheidenheit gelehrt. Noch vor kurzer Zeit haben wir geglaubt, dass die Ära von Yuval Noah Hararis „Homo Deus“ angebrochen sei und die Menschen tatsächlich Götter geworden sind. Eine Sünde des Stolzes! Wir glaubten, unsere Gesellschaften seien in der Lage, alle Bedrohungen abzuwehren. Wir dachten, unsere Waffen und unsere Technologien würden unsere Überlegenheit auf lange Zeit sichern. Selbst die Rückkehr des Terrorismus in das Herz Europas hat uns nicht wirklich beunruhigt. Doch nun ist es ein winziges, unsichtbares Teilchen, das uns unsere Verletzlichkeit mit aller Kraft spüren lässt.

Als die Covid-19-Pandemie ausbrach, hat uns das Virus innerhalb weniger Wochen in die Schranken gewiesen. Von heute auf morgen mussten die Menschen aufgeben, was für sie selbstverständlich war: ihr soziales Leben und ihre Mobilität. Schluss mit Familientreffen, Schluss mit Feiern, Schluss mit Ferien an weit entfernten Stränden, Schluss mit Einkaufswochenenden in den Hauptstädten, die dank Billigfliegern schnell und jederzeit erreichbar sind. Was 2019 noch selbstverständlich war, gilt 2020 nicht mehr. Und Themen, die uns 2019 beschäftigten und begeisterten, verschwanden aus dem Fokus: 2019 lebten wir noch im Reich von Königin Greta. Heute sind die junge Klimaaktivistin und die Bewegung Fridays for Future von der Bildfläche verschwunden. Hoffen wir, dass dies nur vorübergehend ist. Denn während Covid-19 unsere volle Aufmerksamkeit auf sich zieht, leidet der Planet weiter und setzt seinen Kurs in Richtung einer ökologischen Katastrophe fort.

Das Coronavirus hat auch die Erlebnisreise des 11. Jahrgangs des Mercator Kollegs plötzlich gestoppt. Angesichts dieser unvorhergesehenen Herausforderung mussten sich die Kollegiat*innen neu erfinden und Möglichkeiten suchen, um mit den veränderten Rahmenbedingungen umzugehen und ihre Ziele dennoch zu erreichen. Ich bin mir sicher, dass sie aus den Erfahrungen persönliche Stärke und wertvolle Strategien für zukünftige Herausforderungen mitnehmen können. Die Pandemie hat unsere Kollegiat*innen stark gefordert und ihnen viel Anpassungsfähigkeit abverlangt. Für ihren Umgang mit der Situation verdienen sie unseren Beifall. Ich wünsche ihnen alles Gute auf ihrem weiteren Weg.

Georges Martin ist Vizerektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben.

Gesundheit und Bildung

Die Krise als Chance. Welche Lehren ziehen wir aus den Entwicklungen um Covid-19, Klimawandel, Rassismus? Neues globales Denken ist gefragt.

Von Finn Holler, Leonie Dudda, Erik Eschweiler, David Hiss und Helén Liebermann

Im Schatten der Pandemie

Warum die Gesundheit von Schwangeren und Kindern in diesen Zeiten besonders gefährdet ist – und warum man die aktuelle Krise nutzen muss, um an alte Erfolge anzuknüpfen.

Von Finn Holler

Die Sonne brennt. Die Luft ist heiß und schwül. Man hört das leise Rauschen von Blättern im Wind und das Gemisch von Stimmen im Hintergrund. Im Schatten eines offenen, länglichen Gebäudes sitzen etwa 50 Frauen in bunten Gewändern. In ihrem Schoß und in Stofftüchern auf ihrem Rücken sieht man zahlreiche kleine Kinder. Alle warten sie seit Stunden. Im Eingangsbereich inmitten der Frauen und Kinder sitzt ein Krankenpfleger an einem kleinen Holztisch. Ein Kind nach dem anderen wird auf den Arm seiner Mutter genommen, ein kleines Büchlein ausgefüllt, der Oberarm desinfiziert, eine Lösung injiziert. Das Kind schreit, die nächste Mutter wird aufgerufen. Und so weiter. Wir befinden uns in einem kleinen Gesundheitszentrum in Boundiali, einem abgelegenen Dorf im Nordwesten der Elfenbeinküste. Diese Szene steht für einen der größten Erfolge der globalen Gesundheitspolitik – denn Impfkampagnen wie diese verhindern Krankheiten und retten Millionen Menschenleben jedes Jahr.

Ortswechsel. Auch hier, im kleinen Bergdorf Jaltenango de la Paz im Süden Mexikos, brennt die Sonne. Auch hier ist die Hitze kaum auszuhalten. Vor dem Eingang des kleinen örtlichen Krankenhauses sitzen etwa 20 schwangere Frauen auf schwarzen Plastikstühlen. Viele von ihnen haben ebenfalls kleine Kinder auf dem Schoß oder auf den Stühlen neben sich. Auch diese Frauen warten im Schatten. Sie warten auf eine Vorsorgeuntersuchung, für die sie mehrere Stunden aus der umliegenden Berglandschaft angereist sind. Denn hier arbeitet die einzige Frauenärztin der Region. Es wird Blutdruck gemessen, Blut abgenommen und Ultraschall gemacht. Die Frauen erhalten essenzielle Vitamine und Mineralstoffe, falls notwendig Medikamente. Auch dieser Ort steht stellvertretend für einen Erfolg der weltweiten Gesundheitsversorgung. Denn heute haben viel mehr schwangere Frauen Zugang zur Vorsorge als noch vor wenigen Jahrzehnten. Hierdurch wird Komplikationen vorgebeugt, sie werden behandelt und so jedes Jahr Tausende dramatische Todesfälle verhindert.

Wie die Weltgesundheitsorganisation berichtet, überleben heutzutage wesentlich mehr Schwangere und Neugeborene die Geburt und deutlich mehr Kinder die ersten fünf Jahre ihres Lebens als noch vor 30 Jahren. Die jährliche Sterblichkeitsrate von Schwangeren ist in dieser Zeit um mehr als 44 Prozent, von Kindern unter fünf Jahren um über die Hälfte gefallen.

Dennoch sterben weiterhin jeden einzelnen Tag etwa 830 schwangere Frauen, 7000 Neugeborene und weitere 8000 Kinder unter fünf Jahren; die allermeisten davon in Subsahara-Afrika und Asien. Schwangere erliegen in erster Linie schweren Blutungen nach der Geburt oder Komplikationen von hohem Blutdruck, Infektionen und unsicheren Abtreibungen;

ein besonderes Risiko hierfür haben jugendliche Schwangere. Neugeborene versterben an den Folgen einer komplizierten oder frühzeitigen Geburt, Kleinkinder an Lungenentzündungen, Durchfallerkrankungen und Malaria.

Die allermeisten dieser Todesfälle wären mit einfachen Maßnahmen zu verhindern: Alle Menschen benötigen Zugang zu Verhütungsmitteln, schwangere Frauen zu sicherer Abtreibung, Vorsorgeuntersuchungen und einer qualifizierten Begleitung während und nach der Geburt. Gesunde Kinder brauchen Impfungen, kranke Kinder eine angemessene Behandlung mit Antibiotika, Antimalariamitteln und oraler Rehydratationslösung.

Die Schattenseite der Quarantäne

Wenige Monate später. Der kleine Ort Villa del Rosario im Nordosten Kolumbiens grenzt unmittelbar an Venezuela. Hunderte Menschen überqueren hier täglich die Grenze; wenige legal, viele illegal. Auch hier ist es heiß und trocken. An einem provisorischen Gesundheitsposten nahe der geschlossenen Grenze sieht man einen offenen Wartesaal. Er ist leer, ein ungewöhnliches Bild für das Gesundheitspersonal. In dieser Region leben Hunderte schwangere Frauen und Tausende Kinder, in erster Linie venezolanische Geflüchtete oder „Tagesmigrantinnen", die sonst zur medizinischen Versorgung tagsüber von Venezuela nach Kolumbien kommen. Normalerweise ist um diese Uhrzeit viel los. Das Personal ist besorgt. Wo keine Versorgung stattfindet, kommt es zu Komplikationen.

Doch es herrscht Angst; Angst, sich selbst oder andere anzustecken. Denn wir sind inmitten der Pandemie. Schwangere und Kinder können, dürfen oder trauen sich nicht, das Haus zu verlassen, geschweige denn die Grenze zu überqueren. So ist die Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen von Schwangeren innerhalb der letzten vier Wochen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Impfungen für Kleinkinder wurden eingestellt.

Die Folgen von Covid-19 für Schwangere und Kinder im Globalen Süden werden zu wenig beachtet

Nicht nur in Kolumbien, sondern auch in Mexiko und in der Elfenbeinküste sieht es wenige Monate später ganz anders aus. Auch in den dortigen Gesundheitszentren sitzt kaum jemand mehr. Während die Bilder von den Intensivstationen aus aller Welt vor allem ältere und sehr alte Menschen zeigten, werden die Folgen für Schwangere und Kinder im Globalen Süden wenig beachtet. Laut UN-Angaben wurden weltweit 20 Prozent, in manchen Ländern bis zu 60 Prozent aller essenziellen Leistungen für Schwangere und Kinder eingestellt. Die Folgen sind dramatisch. Studien sagen bis zu über 50 000 zusätzliche Fälle von Müttersterblichkeit und über eine Million zusätzliche Todesfälle von Neugeborenen innerhalb von nur sechs Monaten voraus. Nicht etwa durch Covid-19-Erkrankungen, sondern durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus.

Internationale Organisationen wie das UN-Kinderhilfswerk UNICEF und der UN-Bevölkerungsfonds UNFPA kämpfen dafür, dass Schwangere und Kinder wieder Zugang zu essenziellen Gesundheitsleistungen bekommen. Zum Beispiel in Kolumbien: Dort plant man mit dem örtlichen Gesundheitspersonal, wie die Versorgung umstrukturiert werden kann. Der Wartesaal soll leerer bleiben als sonst, aber die Versorgung darf in keinem Fall ausfallen. Ein Teil der Untersuchungen

wird nun per Hausbesuch oder per Telefon durchgeführt. Es werden neue Leitlinien erstellt und medizinisches Fachpersonal geschult – per Zoom. Wie schützt man sich vor Infektionen? Wie wendet man die Schutzausrüstung korrekt an? Aber auch: Wie führt man eine Vorsorgeuntersuchung korrekt durch? Welche schwangere Frau hat ein erhöhtes Risiko für Komplikationen? Woran erkennt man Unterernährung bei einem Kind, wie reagiert man? Und genau hierin liegt die Chance.

Die globale Aufmerksamkeit für das Thema Gesundheit muss genutzt werden – nicht nur, um die Pandemie einzudämmen, sondern auch, um an die bisherigen Erfolge der Versorgung von Schwangeren und Kindern weltweit anzuknüpfen. Dabei müssen Lücken geschlossen werden, die es schon vor der Pandemie gab. So muss man auch Schwangere und Kinder erreichen, die zu indigenen Bevölkerungsgruppen gehören, aus ihrer Heimat fliehen mussten, wenig Zugang zu Bildung haben oder in abgelegenen Gebieten leben. Junge Menschen benötigen einfachen Zugang zu Verhütungsmitteln. Vorsorgeuntersuchungen von Schwangeren und die Begleitung vor, während und nach der Geburt müssen verbessert werden; insbesondere muss der Mangel an geschultem Personal in der Geburtshilfe bekämpft werden. Impfkampagnen müssen ausgeweitet werden. Programme, in denen Gesundheitspersonal aus der eigenen Gemeinde unterernährte und kranke Kinder vor Ort behandelt, müssen noch stärker gefördert werden. Nicht zuletzt sollten die nationalen Regierungen unterstützt werden, diese Leistungen selbst zu finanzieren und sich nicht von der oft kurzsichtigen Förderung durch internationale Organisationen abhängig zu machen.

All dies sind große Herausforderungen. Die Corona-Krise ist jedoch auch eine Chance, um die Öffentlichkeit über die dramatischen Missstände aufzuklären, um den politischen Willen zu stärken und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren für eine der größten Gesundheitskrisen der Welt: die mangelnde Versorgung von Schwangeren und Kindern im Globalen Süden. • •

Dr. med. Finn Holler arbeitete in seinem Kolleg-Jahr zu globaler Mutter- und Kindergesundheit, unter anderem in der Elfenbeinküste, in Mexiko und in Kolumbien.

Diagnose: Klimakrise

Die Klimakrise birgt die Chance, unsere Gesundheit massiv zu verbessern. Das Rezept: sich für individuelle und strukturelle Veränderungen stark machen. Und dabei sind Sie gefragt.

Von Leonie Dudda

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für die Gesundheit im 21. Jahrhundert.“ Dieses Statement der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht mir seit einigen Jahren nicht mehr aus dem Kopf. Denn die Diagnose ist klar: Die Klimakrise

Ein Kind, das heute auf die Welt kommt, wird die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit noch stärker spüren als wir es heute tun

wirkt sich massiv und in vielfältiger Weise auf unsere Gesundheit aus – hier und jetzt. Somit bedeutet das Klima zu retten nicht weniger, als uns selbst zu retten.

Im Folgenden gehe ich zunächst auf die Symptome und Auswirkungen der Klimakrise ein, anschließend zeige ich mögliche Therapieoptionen und Chancen auf.

Symptome

Direkte Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit ergeben sich durch Hitzewellen, Stürme, Überflutungen und Dürren. Diese führen zu Unfällen, Verletzungen und Todesfällen und werden so ganz direkt zum Gesundheitsrisiko. In Deutschland sind besonders die Auswirkungen von Hitzewellen spürbar. Es genügt schon, die Großeltern oder Menschen mit Vorerkrankungen nach ihrem Kreislauf zu fragen, um zu verstehen, wie sich Hitze auf die Gesundheit auswirkt. Aber auch längere, intensivere Pollenzeiten führen zu mehr und verstärkten Allergien. Darüber hinaus ist eine Ausbreitung von Zecken und dem West-Nil-Virus zu beobachten.

Indirektere Auswirkungen des Klimas auf die Gesundheit beziehen sich auf die Luftverschmutzung, Wasserqualität und den Zugang zu Nahrung. Die Luftverschmutzung verstärkt nicht nur den Klimawandel, sondern ist langfristig auch für mehr Todesfälle verantwortlich als das Rauchen. Laut WHO sterben mehr als sieben Millionen Menschen jährlich vorzeitig durch die Luftverschmutzung. Die steigende Verbreitung von Mangelernährung, Malaria, Dengue und infektiösen Erkrankungen wie Cholera ist besorgniserregend. Noch komplexere Auswirkungen beziehen sich auf gewaltsame Konflikte und deren Folgen für die physische wie psychische Gesundheit sowie auf die Überforderung von Gesundheitssystemen.

Die Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit auf verschiedenen Ebenen: „Climate Justice“ umfasst die Forderung von Generationengerechtigkeit und einer geografisch fairen Verteilung der Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel. So wird ein Kind, das heute auf die Welt kommt, die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit noch stärker zu spüren bekommen, als wir sie jetzt schon erleben.

Gleichzeitig spüren häufig jene Menschen die Auswirkungen am stärksten, die am wenigsten für die Ursachen verantwortlich sind. Deutschland trägt allein dadurch eine große Verantwortung, dass wir im historischen Vergleich pro Kopf besonders viel CO_2 ausgestoßen haben. Eine zentrale Frage lautet also: Wie lässt sich die globale Entwicklung vorantreiben, ohne die Klimakrise weiter zu verschärfen?

Therapien

Das Wissenschaftsjournal *The Lancet* schreibt: „Klimaschutz ist weltweit die größte Chance für die Gesundheit.“ Es gibt vielfältige Möglichkeiten, mit individuellem Handeln das Klima zu schützen und die Gesundheit zu fördern. Ein Beispiel: Der Umstieg vom Auto aufs Fahrrad verbessert die körperliche und psychische Gesundheit. Gleichzeitig führt das Fahrradfahren zu weniger Luftverschmutzung, was ebenfalls gut für die Gesundheit ist –

und gut fürs Klima. Ein weiteres Beispiel ist die Reduzierung des Fleischkonsums. Weniger Fleisch bedeutet weniger CO_2 durch den Anbau von Futtermitteln, den Transport und die Haltung der Tiere. Außerdem wirkt sich eine Fleischreduktion positiv auf unsere Gesundheit aus. Klar ist folglich: Es ist gesund, unser individuelles Verhalten nachhaltig zu gestalten – eine Win-win-Situation.

Die Klimakrise ist ein globales Problem, das wir nur lösen können, wenn wir weltweit zusammenarbeiten und Lösungen auf lokaler Ebene umsetzen. Wichtiger als das individuelle Handeln sind strukturelle Veränderungen: Die Politik steht in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass wir gesund und nachhaltig leben können.

Ein Beispiel: Um den individuellen Fahrradverkehr zu stärken, muss die Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden. Auch für einen geringen Fleischkonsum könnten von staatlicher Seite Anreize geschaffen werden. Strukturelle Veränderungen werden jedoch nur dann kommen, wenn wir alle über Klima und Gesundheit sprechen und für Veränderungen eintreten. Dabei ist klar, dass wir nicht alle emissionsfrei leben können. Trotzdem können wir uns politisch äußern und für bessere politische Rahmenbedingungen eintreten.

Als Mercator Kollegiatin bei KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit habe ich geholfen, Diskussionen zu diesem Thema zu organisieren und habe mit einer Weltkugel im Rollstuhl – der „Patientin Erde“ – an Demonstrationen und Mahnwachen teilgenommen. Es hat sich gezeigt: Das Thema findet immer mehr Aufmerksamkeit in der Gesellschaft und auch in der Medizin.

Wir müssen die verschiedenen Krisen, die unsere Gesundheit bedrohen, zusammen denken

Covid-19 als Chance verstehen

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur aktuellen Entwicklung um das Coronavirus: Die Zusammenhänge zwischen Covid-19 und der Klimakrise sind komplex. Dennoch wissen wir, dass die Klimakrise den Biodiversitätsverlust verstärkt – was wiederum einen großen Risikofaktor für Zoonosen (Infektionserkrankungen, die zwischen Tieren und Menschen übertragen werden) wie Covid-19 darstellt. Covid-19 ist zudem besonders gefährlich für Menschen in Gebieten mit hoher Luftverschmutzung, da diese häufig mit Atemwegserkrankungen vorbelastet sind. Auch wenn die Luftverschmutzung temporär aufgrund des geringeren Verkehrs abgenommen hat, ist noch immer keine nachhaltige Lösung gesichert.

Natürlich möchte niemand Klimaziele durch Maßnahmen erreichen, unter denen Menschen leiden müssen. Dennoch können wir Covid-19 auch als eine Chance verstehen: Die Pandemie birgt die Möglichkeit, die Bedeutung von Gesundheit, Wissenschaft und internationaler Zusammenarbeit neu zu verstehen. Essenziell bleibt: Während die Welt auf Covid-19 blickt, dürfen wir die Klimakrise nicht aus den Augen verlieren, sondern müssen die verschiedenen Krisen, die unsere Gesundheit bedrohen, zusammen denken.

Zu weiteren Risiken und Chancen der Klimakrise für die Gesundheit fragen Sie Ihr medizinisches Fachpersonal. • •

Während ihres Kolleg-Jahres beschäftigte sich Leonie Dudda mit den Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit und absolvierte ihre Arbeitsstationen bei KLUG, UNICEF und adelphi.

Politische Bildung mit Musik

Die Nachhaltigkeits-Agenda der UN fordert eine Neuausrichtung der Bildung hin zu verantwortungsbewussten, global denkenden und handelnden Menschen. Musik in der Schule birgt großes Potenzial.

Von Erik Eschweiler

An einer kubanischen Schule wird der Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit einem Musical gefeiert, das auch bestehende Missstände thematisiert. Eine Schule in Kamerun setzt Musik und Tanz ein, um ihre Schüler*innen zum Nachdenken über kulturelle Identität anzuregen. In einem Schulprojekt in Deutschland werden die vielfältigen Funktionsweisen des Singens untersucht und mit eigenen Erfahrungen verglichen. Das gemeinsame Musizieren über Online-Plattformen stärkt das Gemeinschaftsgefühl einer spanischen Klasse während der Schulschließungen aufgrund des Covid-19-Virus und sendet eine Botschaft der Solidarität an andere Schüler*innen weltweit. An einer Schule in Indien wird jeden Morgen die Schulhymne gesungen: ein Lied für Frieden, Toleranz und religiöse Vielfalt.

All diese Beispiele zeigen: Schulprojekte können künstlerische Ausdrucksformen wie Musik nutzen, um gesellschaftliche Themen zu diskutieren und neu in Szene zu setzen. Dabei ist Musik nicht nur Medium, sondern fördert Toleranzlernen im Sinne von Global Citizenship Education.

Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Person, mit Identitäten und Kulturen auf lokaler und globaler Ebene ist ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten Global Citizenship Education (GCED) – einem Teilziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, das zum Ziel 4 für inklusive und hochwertige Bildung gehört. In einer sozial, ökonomisch und kulturell vernetzten Welt ist das Ziel von GCED, Lernende zu befähigen, sich in ihren Gesellschaften zu engagieren, um eine friedlichere, tolerantere und nachhaltige Welt aktiv mitzugestalten. Dabei sollen ein Zugehörigkeitsgefühl zur Weltgemeinschaft sowie Werte wie Demokratie, Solidarität und Respekt für Vielfalt gefördert werden.

GCED umfasst Themenfelder wie Frieden, Menschenrechte, Geschlechtergleichheit, interkulturelles Lernen, Inklusion sowie auch eine Pädagogik, die Veränderungsprozesse und verantwortungsvolles Handeln fördert. Über partizipative Lernformate sollen sich Schüler*innen Kompetenzen wie Zusammenarbeit, Empathie, Kommunikation, Problemlösungsfähigkeit, Innovation, kritisches und vernetztes Denken aneignen, um den globalen Herausforderungen lösungsorientiert zu begegnen. Als Change Agents sollen sie eine aktive Rolle für Veränderung einnehmen. Dabei ist GCED kein neues Fach in der Schule, sondern soll als Bezugsrahmen in allen Fächern und schulischen Aktivitäten wirken.

Vielfalt, Meinung, Kreativität

Musik in der Schule kann verschiedenste Lern- und Erfahrungsräume für diese politische Bildung im globalen Maßstab öffnen – jedoch nur, wenn der Unterricht

über Reproduktion hinausgeht und Gestaltungs- und Reflexionsprozesse der Schüler*innen in den Mittelpunkt stellt. Dabei begleitet stets das praktische Handeln, das Erfinden, Improvisieren und Experimentieren mit Musik alle Prozesse. Musik machen oder hören fördert sozioemotionales Lernen, ist für Jugendliche eine Quelle von Resilienz und kann ein inklusiver Prozess sein – 30 Stimmen, ein Klang.

Musik ist jedoch vor allem ein gesellschaftliches, kulturelles und damit auch politisch geprägtes Phänomen auf lokaler und globaler Ebene. Hier könnten Themen analysiert und reflektiert werden, die mit musikalischer Identität und Vielfalt, Globalisierung, musikalischem Exotismus, Konsum und Nachhaltigkeit, Musik und Macht, politischen Liedern, Protestkünstler*innen und vielem mehr Verknüpfungen finden.

Die zu Beginn des Artikels angeführten Beispiele zeigen eine dritte Dimension auf: Musik als Medium, als Vermittlerin von Ängsten, Fragen und Hoffnungen. Wie im Beispiel des Menschenrechte-Musicals verbinden sich hier Kreativität, politische Themen und Forderungen zu einem Produkt. Das selbst geschaffene Werk wird zum Sprachrohr und stößt bei den Schaffenden und beim Publikum Reflexionsprozesse an.

Musik kann jedoch auch zum Medium für diskriminierende und manipulierende Botschaften (zum Beispiel Musik als Propagandamittel) verwendet werden. Hier ist es vielmehr die Aufgabe von Lehrkräften, die Gefahren und Mechanismen aufzuzeigen und diese gemeinsam mit den Schüler*innen zu dekonstruieren. Ein Musikunterricht im Sinne von GCED setzt bei den musikalischen Identitäten der Schüler*innen an und eröffnet darüber Dialog und Auseinandersetzung mit der Vielfalt an Musik auf dieser Welt. Bei all diesen Reflexions- und Gestaltungsprozessen mit Musik in der Schule werden zahlreiche Kompetenzen gefördert, die ebenso für GCED wichtig sind: Kreativität, Teamwork, Problemlösungsfähigkeit, Innovation und kritisches und vernetztes Denken.

Junge Menschen stehen vor großen Herausforderungen – global ausgerichtete Bildung bereitet sie darauf vor

Kunst als Ausdrucksform

Die weltweiten Klimaproteste zeigen, dass Schüler*innen politische Partizipation und nachhaltige Entwicklung einfordern. Sie wollen an Entscheidungen über ihre Zukunft beteiligt sein und Verantwortung übernehmen. Auch hierbei nutzen die Jugendlichen Kunst als Ausdrucksform, in Form von Songs, kreativen Plakaten oder recycelten Protestobjekten.

Schulen könnten sie dabei unterstützen, indem sie den Klimawandel in allen Fächern diskutieren, beispielsweise Lärmverschmutzung im Fach Musik. So würden sie die Schüler*innen in ihrer politischen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft im Sinne von Global Citizenship Education stärken. Der Klimawandel zeigt beispielhaft, vor welchen Herausforderungen die jungen Generationen von heute stehen. Er hat lokale Auswirkungen, kann aber nur in globaler Zusammenarbeit gelöst werden. Es ist unsere Aufgabe, Schüler*innen durch eine global ausgerichtete Bildung darauf vorzubereiten. Musik bietet hierfür ein großes Potenzial. • •

Erik Eschweiler befasste sich mit dem Potenzial von Musik für Global Citizenship Education. Dabei lag sein Schwerpunkt auf der Analyse und Entwicklung von friedenspädagogischen Musikprojekten an Schulen.

Der Wesenskern des Rassismus

Eine neue Perspektive einnehmen und sich die Fragen stellen: Was ist mein Privileg als weißer Mensch? Welche Entwicklungsmöglichkeiten habe ich allein aufgrund meiner Hautfarbe?

Von David Hiss

Darf ich dieses Ich nur deshalb werden, weil ich weiß bin? Erst seit wenigen Monaten nähere ich mich wirklich dem Wesenskern des Rassismus. Die Empfindung dieser Annäherung ist so mächtig, dass ich hier darüber schreiben möchte.

Die Feststellung, dass mir die würdevolle Behandlung jedes Menschen wichtig ist, erlaube ich mir zu Beginn dieses Beitrags. Ich stelle dies nicht nur für mich als heute 32-jährigen Menschen fest, sondern für mein gesamtes bisheriges Leben. Meine erste reflektierte Einstellung zu Rassismus war, dass ich es als richtig empfand, nicht rassistisch zu sein. Ich sah keinen Rassismus in meinem eigenen Ich und fand auch keinen in dem Ich-bildenden Gedanken- und Wertegut, welches ich mir von außen dazuholte. Prägende Lebensabschnitte meiner 20er Jahre unterstützten dies: Aufenthalte in Ghana, Australien und Frankreich, an Universitäten, in Nichtregierungsorganisationen. Ich war schon immer davon überzeugt, dass die Einteilung von Menschen in Wertigkeiten anhand von äußeren Merkmalen absurd und falsch ist. Was also ist neu?

Zwei Elemente der zurückliegenden Monate haben zu meiner Annäherung an den Wesenskern des Rassismus geführt. Das erste Element waren die Seminare und persönlichen Begegnungen im Programm des Mercator Kollegs. Der für mich entscheidende Perspektivwechsel besteht darin, dass ich den Blick auf mich richte. Was ist mein Privileg als weißer Mensch? Diese Frage wurde in Workshops und Gesprächsrunden zu Beginn des Kolleg-Jahres bearbeitet und bot viel Erhellendes und Bildendes, aber war sicherlich nur ein Einstieg in die Thematik.

Die Black-Lives-Matter-Bewegung war das zweite Element. In unserem Jahrgang tauchte die Frage auf, wie wir uns als Gruppe dazu positionieren. Mein Vorschlag war, dass jeder von uns über einen bestimmten Moment in seinem Leben berichtet, in dem sie oder er weißes Privileg erleben durfte.

Wir sind blond und weiß

Für mich gab es einen solchen Moment im Juli 2015, während des Urlaubs mit meiner Freundin. Wir machten eine Radtour von Freiburg nach London. Als Schengen-Millennials bemerkten wir erst an der Fähre nach England, dass wir keine Ausweise dabeihatten, wirklich keinerlei Dokumente. Die Grenzkontrolle wurde hier ziemlich ernst genommen und man teilte uns mit, dass es keine Chance auf Einreise gäbe.

Es gab sie dann aber doch. Sicherlich auch deshalb, weil meine Freundin Carmen und ich ziemlich überzeugend sein können und mehrere Stunden auf die uniformierten Beamten eingeredet haben. Und wohl auch deshalb, weil wir Rückreisetickets mit dem Eurostar vorzeigen konnten. Und, vielleicht vor allem: Wir beide sind blond und weiß.

Im Juli 2015 lebten rund 4000 Menschen im Calais Jungle (Camp de la Lande). Sie alle wollten nach Großbritannien; viele von ihnen brachten sich in den folgenden Monaten in Lebensgefahr, um ihr Ziel zu erreichen. Carmen und ich hatten einfach Urlaub und wollten London sehen. Und wir durften das ohne Papiere tun, weil wir blond und weiß waren – und weil ich zum Zöllner sagte, dass wir, wenn wir nicht wieder heimwollten, sondern viele Kinder machen und bleiben wollten, das eher in der Toskana machen würden, aber nicht in Manchester. Darauf antwortete er: „Fair enough".

Des Weiteren habe ich mehrere Videos von Amber Ruffin gesehen, einer amerikanischen Comedy-Autorin. Darin berichtet sie von Erlebnissen, die sie als schwarze Heranwachsende und Erwachsene in den USA hatte. Alle Erlebnisse beginnen als Alltagssituationen und eskalieren bis zu existenziellen Bedrohungen wegen ihrer Hautfarbe. Viele ihrer Erlebnisse haben mit der Polizei zu tun, und ich glaube, dass mir ihre Berichte deswegen so nahe gingen. Ich komme vom Dorf und aus der Landwirtschaft. Die Polizei war für mich lange Zeit ein sich in der Ferne befindliches Phänomen, eher eine Notwendigkeit urbanen Zusammenlebens und ein Ärgernis beim Autofahren. Wenn Polizei in meinem Heimatdorf auftaucht, ist meine Empfindung am ehesten eine argwöhnische Duldung ihrer Anwesenheit. Wir sind höflich zur Polizei, aber als Gastgeber.

Amber Ruffin berichtet von Erlebnissen, die alltäglich beginnen und wegen ihrer Hautfarbe eskalieren

Meine Haltung zur Polizei ist ein absolutes Privileg. Und dennoch, auch für diese Erlebnisse waren mir die Begriffe schon lange bekannt – White Privilege und Unconscious Bias gehören zu dieser reflektierten Überzeugung und ehrlichen Meinung, die ich mir schon länger als einige Monate zurechne. Was ist also neu?

Die Freiheit haben, alle möglichen Ichs zu werden

Mit dieser Kombination aus Wissen, Reflektion und den Geschehnissen der vergangenen Monate wuchs der Gedanke in mir: Vielleicht darf ich dieses Ich nur deshalb werden, weil ich weiß bin. Vielleicht befinde ich mich gerade in einer Ich-Manifestation, die ich nur sein darf, weil ich weiß bin.

Diese Empfindung ist für mich im Innersten ergreifend und eigentlich unerträglich. Ich-Werdung ist der heiligste Vorgang und die eigentliche Aufgabe jedes Menschenlebens. Sie dauert vom ersten bis zum letzten Atemzug und hat kein determiniertes Ziel. Die Freiheit, alle möglichen Ichs werden zu dürfen, steht für mich im Zentrum der Menschenwürde – dazu gehört auch, Fehler machen zu dürfen und als freier Mensch aus ihnen zu lernen. Die Vorstellung, dass allein wegen der Hautfarbe manche Varianten meines Ichs nicht möglich wären, dass ich manche Fehler nicht hätte machen dürfen, dass ich heute und bei meinem letzten Atemzug vielleicht ein anderer Mensch wäre, empfinde ich als zutiefst bedrohlich und entwürdigend.

Aus dieser Empfindung erwächst für mich eine ständige, lebenslange Pflicht zur Tat. Das ist neu. • •

David Hiss arbeitete in seinem Kolleg-Jahr im Themenfeld Ernährungssouveränität, besonders zu nachbaufähigem Kulturpflanzensaatgut in Westafrika.

Fortbildung für Führungskräfte

Warum Organisationen in gute Führung investieren sollten – und woran Sie erkennen können, wie Ihre Organisation in puncto Leadership aufgestellt ist.

Von Helén Liebermann

Es sind Milliardenschäden, die schlechte oder destruktive Führung laut Studien in der Privatwirtschaft anrichtet. Auch im nicht-profitorientierten Bereich, bei internationalen Nichtregierungsorganisationen und multilateralen Organisationen, ist Führung seit Langem ein wichtiges Thema. Denn sie hat weitreichende Konsequenzen. Während gute Führung ein wichtiger Katalysator für die erfolgreiche Anpassung von Teams und Organisationen an neue Herausforderungen ist, ist schlechte Führung ein starkes Hemmnis. Schlechte Führung hat laut Forschung negative Auswirkungen auf Gesundheit, Wohlbefinden, Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeitenden. Es gibt zudem zahlreiche Hinweise darauf, dass sich negative Führung messbar auf Arbeitsergebnisse von nicht-profitorientierten Organisationen auswirken kann. Die Entwicklung guter Führung ist also kein Selbstzweck.

Laut einer Umfrage der amerikanischen Bridgespan Group häufen sich Führungsprobleme: Vier von fünf Führungskräften internationaler Nichtregierungsorganisationen (INGOs) halten sich für nicht gut genug ausgebildet, um ihre Führungsaufgaben erfolgreich wahrzunehmen. Seit gut einem Jahrzehnt ist zudem die Nachfolgeplanung für wichtige Führungspositionen die häufigste Sorge von Vorstandsmitgliedern. Bereits 2015 waren 45 Prozent aller strategischen Führungspositionen in den INGOs zeitweise nicht besetzt.

Während der eigene Nachwuchs für diese Positionen oft nicht ausreichend qualifiziert ist, verlassen Menschen in Führungspositionen mit einer hohen Fluktuationsrate von bis zu 50 Prozent die jeweilige INGO. Auch große multilaterale Organisationen berichten, wie schwierig es ist, qualifizierten Führungskräften ein attraktives und stabiles Umfeld bieten zu können, und welche Herausforderungen damit einhergehen, Nachwuchsführungskräfte adäquat auf ihre nächsten Leitungsfunktionen vorzubereiten.

Führungskräfteentwicklung bleibt deshalb eine große Herausforderung, auch für INGOs und multilaterale Organisationen. Recherchen von McKinsey & Company aus dem Jahr 2014 haben gezeigt, dass INGOs im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Unternehmen nicht nur viel zu wenig in Führungskräfteentwicklung investieren, sondern dass die getätigten Investitionen zudem häufig in als ineffektiv wahrgenommene Maßnahmen fließen, darunter Konferenzbesuche und eintägige Fertigkeitstrainings bei externen Anbieter*innen.

Herausforderungen und Hürden

Was macht gute Führungskräfteentwicklung für nicht-profitorientierte Organisationen so schwer? Zunächst einmal stellen Fluktuationsraten sowie das Verhältnis von lokalen und internationalen Fach- und Führungskräften hohe Anforderungen.

Eine weitere Herausforderung ist die Sprache: Häufig werden entsprechende Programme ausschließlich (oder ganz überwiegend) auf Englisch angeboten. Schon das sorgt für unterschiedliche Ausgangspositionen für lokale und internationale Führungskräfte, denn mit exklusiv englischsprachiger Kompetenzvermittlung und Netzwerk-Elementen in den entsprechenden Programmen können alte Machtstrukturen gestärkt werden, die englischsprachige Personen für Führungspositionen bevorteilen.

Sprache ist deshalb ein wichtiges Element, das auch bei der Forderung nach Qualifikationsnachweisen für Führungspositionen, wie sie etwa von der Young UN erhoben werden, zu bedenken ist – nicht zuletzt, wenn in einer Organisation Mehrsprachigkeit ausdrücklich angestrebt wird.

Finanzierungsengpässe sind vor allem im gemeinnützigen Sektor ein Problem für gute Führungskräfteentwicklung, denn Mittel werden großenteils zweckgebunden vergeben – zu selten ist dieser Zweck die eigene Kapazitätsentwicklung. Zudem sind Mittel mit dem Zweck „interne Kapazitätsbildung" häufig an einen zu kurzen Zeithorizont geknüpft; es braucht mehr Mittel für die langfristige Entwicklung von Führung, organisationsintern und -übergreifend.

Außerdem benötigen gemeinnützige Organisationen andere Angebote als profitorientierte Organisationen. Im gemeinnützigen Bereich, wo viele Beschäftigte stark intrinsisch motiviert sind, kann das Konzept der transformationalen Führung die eigene Leistungsbereitschaft bis über die Belastungsgrenze hinaus befördern. „Transformationale Führung" meint dabei einen Führungsstil, bei dem Führungskräfte durch Vorbildverhalten, inspirierende Visionen, individuelle Berücksichtigung und intellektuelle Stimulation ihre Mitarbeitenden motivieren. Das kann negative Konsequenzen für die Gesundheit der Mitarbeitenden und Führungskräfte haben, wenn bereits intrinsisch motivierte Mitarbeitende sich selbst bei der Arbeit für die Vision der Führungskraft aus den Augen verlieren. Deshalb sollten hier verstärkt auch Konzepte der gesundheitsförderlichen Führung vermittelt werden.

Gemeinnützige Organisationen brauchen andere Bildungsangebote als profitorientierte Institutionen

Wie ist Ihre Organisation aufgestellt?

Leser*innen der *IP* sind eine besondere Zielgruppe. Viele von Ihnen, sehr geehrte Lesende, haben mit jenen Führungspositionen in Non-Profit-Organisationen zu tun, von denen dieser Beitrag handelt. Die folgenden fünf Fragen bieten die Gelegenheit für eine Zwischenbilanz.

1. *Wie leicht können Sie benennen, was erfolgreiche Führung in Ihrer Organisation ausmacht?*
   Fällt Ihnen die Benennung schwer? Dann sollten Sie über mögliche Ursachen nachdenken: Hat Ihre Organisation sogenannte „Prinzipien guter Führung"? Wenn ja, wie bekannt sind diese? Anscheinend müssen sie besser intern und extern kommuniziert werden. Lautet die Antwort auf die oben gestellte Frage Nein, müssen diese Führungsprinzipien entwickelt werden. Das ist ein Prozess, dessen Dauer Sie nicht unterschätzen sollten; er sollte integrativ und partizipativ gestaltet werden. Ein gutes Beispiel solcher Führungsprinzipien sind die Feminist

Leadership Principles von ActionAid International.

2. *Wie gut sind die Führungsprinzipien Ihrer Organisation in Kompetenzen übersetzt? Was müssen Führungskräfte können? Was davon lässt sich erlernen und wie?*
   Dieser Prozess lässt sich nicht pauschal und top-down beantworten. Überspitzt formuliert: Es gibt zwar häufig den Versuch einer pauschalen Top-down-Antwort, aber die so aufgesetzten Führungskräfteentwicklungsprogramme sind meist mäßig beliebt und mäßig erfolgreich. Auch hier sollten Sie Ihre Führungskräfte und deren Mitarbeitende einbeziehen, das Ohr an der Organisation zu haben. Auch wissenschaftliche Befunde sollten Eingang finden. Ein Beispiel, wie das gut funktionieren kann, finden Sie in der Lernbedarfsanalyse des UN-Sekretariats.
3. *Wie sind in Ihrer Organisation Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten gestaltet?*
   Gibt es ein klassisches „Programm" für Führungskräfte mit On- oder Offline-Modulen, an dessen Ende ein Zertifikat steht? Brauchen Ihre Führungskräfte kleine, kurzfristige und konstant zugängliche Lernmöglichkeiten, individuelle Beratung? Wie viel (und was) lernen sie durch Stellenrotation, kollegiale Beratung, Mentoring-Netzwerke? Es lohnt sich, auch hierbei Ihre Mitarbeitenden und die Forschung einzubeziehen. Bedenken Sie, dass Faktoren wie Online- oder Offline-Angebote, Sprache der Durchführung oder Soziodemografie der Durchführenden starke Auswirkungen auf das Ergebnis Ihrer Angebote haben können.
4. *Machen Sie das alles allein?*
   Natürlich sind Organisationen unterschiedlich, und Führungskräfteentwicklung muss zur eigenen Organisation passen. Wenn Sie bisher Führungskräfteentwicklung jedoch vor allem nach innen denken, empfiehlt sich ein Blick nach außen. Führungskräfte sind wichtige Agent*innen einer Organisation. Gemeinsames Lernen dieser Agent*innen fördert die Gemeinschaft, den Austausch und die Kooperation, nicht nur zu Führungsthemen. Erste transorganisationale Zusammenschlüsse wie Humentum oder EMERGE für weibliche Nachwuchsführungskräfte von elf UN-Organisationen sind gute Beispiele.
5. *Wieviel Sinn macht es für Ihre Organisation, nur Individuen zu fördern?*
   Einzelne Führungskräfte zu Weiterbildungen zu entsenden, birgt Tücken. Der Individuen-zentrierte Weiterbildungsansatz erhebt den Anspruch, dass nach zwei Wochen inspirierender Weiterbildung eine Einzelperson das komplette System, in das sie zurückkehrt, verändern kann. Er fördert ausschließlich ein Individuum anstatt das Kompetenz- und Wissensmanagement eines ganzen Teams, eines Systems. Zudem vernachlässigt dieser Ansatz eine grundlegende Erkenntnis: Führung geht nicht ohne Geführte, es ist ein gemeinschaftlicher Prozess. Systemische Weiterentwicklungsangebote wie Team-Coaching können das Führungspotenzial eines Teams stärken. Wissen wird so breiter verankert, Zusammenarbeit gemeinsam gestaltet.

Das Fazit lautet deshalb: Investieren Sie in gute Führung, indem Sie in gute Führungskräfteentwicklung investieren – ob in der Mittelvergabe, für gemeinnützige Vorhaben oder in der eigenen Organisation. Es zahlt sich aus. • •

Dr. Helén Liebermann arbeitete zu Fragen der Führungskräfteentwicklung, u.a. bei den UN, einer politischen Stiftung und ActionAid International in Nairobi.

Wirtschaft und Menschenrechte

Wenn Unternehmen Konflikte fördern oder von ihnen profitieren, müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden und auch Entschädigung leisten.

Von Anna-Sophie Hobi, Lara Louisa Siever, Fin-Jasper Langmack, Selina Pfister, Alissa Siara und Kareem Bayo

UN
€

Verhängnisvoller Rohstoffhunger

Über Bodenschätze abgesicherte Kredite treiben Staaten in die Verschuldung. Am Beispiel von Simbabwe zeigt sich die Problematik, von der sowohl chinesische Banken als auch globale Händler profitieren.

Von Anna-Sophie Hobi

Von Kinderarbeit in Minen über Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung bis hin zu Korruption bietet der Rohstoffsektor immer wieder Stoff für aufrüttelnde Reportagen. Dabei wird eine Problematik viel zu selten erwähnt: die finanzielle Abhängigkeit und Verschuldung rohstoffexportierender Länder. Dies geschieht über ressourcengedeckte Kredite.

Simbabwe ist ein geologisches Schlaraffenland. „Wir sind das reichste Land der Welt – in jedem Stein finden sich drei, vier wertvolle Mineralien", meinte Chelston grinsend, als er mir einen gelblich schimmernden Stein unter die Nase hielt. Chelston war mein Nachbar in Harare und betreibt zwei kleine Goldminen. Neben Gold werden Diamanten, Platin, Chrom, Nickel und auch Lithium gefördert. Wie andere bergbaudominierte Ökonomien ist auch Simbabwe abhängig von der Förderung und dem Export seiner Ressourcen; zugleich ist es auf Investitionen und Kredite angewiesen. Die Lage ist äußerst schwierig: Politisch polarisiert, autokratisch und repressiv regiert, korruptionsanfällig und wirtschaftlich instabil schlittert der Staat in eine erneute Hyperinflation. Er ist mit 8,8 Milliarden US-Dollar enorm verschuldet und erhält schon seit 1999 keine Kredite der Bretton-Woods-Institutionen oder internationaler Banken mehr.

Institutionelle Geldgeber aus China nutzen diese Lücke. Sie schaffen schnelle Abhilfe durch die Vergabe von mit Rohstofflieferungen abgesicherten Krediten, sogenannten „resource-backed loans", an Staaten und staatliche Unternehmen. Diese zahlen sie mit Mineralien, Öl oder durch deren Export generierte Gewinne zurück.

Die afrikanische Entwicklungsbank Afrexim-Bank, die die staatliche China Exim-Bank zu ihren Geldgebern und Aktionären zählt, gewährte Simbabwe 2017 einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar. Die Rückzahlung soll durch die Gewinne einer Platinmine erfolgen. Die Mine, zurzeit in den Händen russischer Investoren und des simbabwischen Militärs, ist noch nicht in Betrieb: Ihr Bau würde vier Milliarden Dollar kosten. Aufgrund seines schlechten Rufes ist es dem Militär nicht möglich, eine Finanzierung zu erhalten. Und in der Zwischenzeit häufen sich die Kreditzinsen an. Bereits früher erhielt Simbabwe Kredite von der Afrexim-Bank, die durch Gold abgesichert wurden, und Kredite von der chinesischen Exim-Bank, die durch Platinreserven garantiert wurden.

Würden wir von Simbabwe über den Landweg nach Sambia reisen, kämen uns zahlreiche Lastwagen entgegen, die mit Kupfer aus den sambischen und kongolesischen Minenstädten beladen sind und ihre Schätze zur Verladung in die Hafenstädte des Südlichen Afrikas bringen. Die Demokratische Republik Kongo (DRC) ist auch bekannt für ihren Kobalt-Reichtum – das

Land deckt rund 60 Prozent der weltweiten Nachfrage. Im Jahr 2007 unterzeichnete die kongolesische Regierung einen Rohstoffe-für-Infrastruktur-Deal über sechs Milliarden Dollar mit der China Exim-Bank und anderen chinesischen Banken. Im Gegenzug erhielten chinesische Unternehmen einen Anteil an der Entwicklung und Förderung der Kupfer- und Kobalt-Reserven – steuerfrei.

Schattenbanken der Rohstoffhändler

Diesen und weitere 50 rohstoffgarantierte Kredite zwischen 2004 und 2018 haben Forscher*innen des Natural Resource Governance Institute (NRGI) analysiert. Etwa 53 Prozent der Kredite in Afrika kamen von der China Development Bank und der China Exim-Bank. Schulden häufen sich in rohstoffreichen Ländern aber nicht nur durch Kredite chinesischer Akteure an – laut NRGI stammt fast die Hälfte der untersuchten ressourcengarantierten Kredite von Rohstoffhändlern wie Trafigura, Glencore oder Vitol.

Handelsunternehmen koordinieren den Transport der Rohstoffe von den Minen oder Förderstätten bis zu den Konsument*innen. Trafigura, eine der größten Handelsfirmen weltweit, beschreibt sich selbst als „eigentliche Logistikfirma, die ihre Operationen mithilfe der Finanzmärkte finanziert". An der Schnittstelle des physischen Handels und der Finanzwelt agieren die „Logistiker" mit der Vergabe von ressourcengarantierten Darlehen aber auch als Kreditoren. „Sie betreiben Schattenbanken", schreibt Natasha White in der *Financial Times*. Trafigura hat diese Sparte seit 2013 um mehr als 700 Prozent gesteigert – von 700 Millionen auf fünf Milliarden Dollar. Durch die wachsenden Finanzaktivitäten der Rohstoffhändler spielen diese in den globalen Lieferketten heute eine weitaus größere Rolle.

Die Schuldenrückzahlungen verschlingen alle Einnahmen des Staates, der dann nicht genug in Bildung und Infrastruktur investieren kann

Kredite von Händlern sorgen genauso für Unmut. Ein 1,45-Milliarden-Dollar-Darlehen des in der Schweiz ansässigen Unternehmens Glencore an die tschadische Erdölgesellschaft machte 2016 rund 98 Prozent der Auslandsverschuldung dieses Staates aus, eine enorme Belastung für den Tschad.

Das Problem solcher Kredite ist, dass das Risiko in erster Linie beim Kreditnehmer liegt: Diese Staaten werden noch mehr in die Abhängigkeit ihres Bergbausektors getrieben und sind dessen Preisschwankungen ausgeliefert. Im Vergleich zu konventionellen Geldgebern bieten ressourcengarantierte Kredite schlechtere Bedingungen, keine „Hilfspakete" und weniger Verhandlungsspielräume. Damit können sie die Verschuldung hochtreiben und zu einer Wirtschaftskrise beitragen. Die Auswirkungen sind verheerend. Die enormen Schuldenrückzahlungen zu überzogenen Zinssätzen verschlingen alle Einnahmen, die dem Staat dann nicht mehr für Gesundheitsversorgung, Bildung oder grundlegende Infrastruktur zur Verfügung stehen. Vom gesicherten Zufluss an Rohstoffen und Einnahmen durch Gebühren und Zinsen profitieren nur die Rohstoffhändler und Produzenten.

Die an ressourcengarantierte Kredite geknüpften Bedingungen sind selten öffentlich bekannt; an entsprechende Informationen zu gelangen, ist schwierig. Das verwundert nicht, denn keine der

beteiligten Parteien hat ein Interesse daran zu verkünden, wie sie die nationalen Ressourcen zulasten der Bevölkerung und der nächsten Generationen verkaufen. Kredite bleiben geheim, werden ohne parlamentarische Kontrolle aufgenommen. Diese Intransparenz beinhaltet zudem ein enormes Risiko für Korruption.

Mit wachsender Instabilität, zu der auch die Covid-19-Pandemie beiträgt, und steigender Nachfrage nach Mineralien werden ressourcengarantierte Kredite besonders für bergbaudominierte Nationen wie die DRC und Simbabwe an Bedeutung gewinnen. Es sind unter anderem neue Energietechnologien im Übergang in eine grünere, kohlenstoffarme Zukunft, die den Bedarf an Rohstoffen, insbesondere an den Batteriemetallen Lithium und Kobalt, in die Höhe treiben. Ich habe meine Zweifel, dass unser „grüner Rohstoffhunger" auch eine nachhaltige Zukunft in rohstoffabbauenden Ländern ermöglicht, solange er mithilfe profitgieriger Händler und Kreditoren gestillt wird. • •

Anna-Sophie Hobi hat während ihres Kolleg-Jahres in Simbabwe, Südafrika und Norwegen zu Transparenz und Verantwortung im Rohstoffsektor gearbeitet.

Wirksame Regeln für Konzerne

Umweltzerstörung durch Ölkonzerne im Amazonasgebiet verletzt die Menschenrechte indigener Gemeinschaften in Peru. Ihr Protest muss dazu führen, unternehmerische Sorgfaltspflichten zu regulieren.

Von Lara Louisa Siever

Als indigene Vertreter*innen kämpfen wir gegen die Beschädigung unseres Landes, der Tier- und Pflanzenwelt. Wir sind die Hüter*innen der Natur. Wenn wir Forderungen stellen, dann zeigen die Ölkonzerne uns an, kriminalisieren uns, schüchtern uns ein. Unsere Rechte werden nicht respektiert."

Mit diesen Worten beschrieb Malquia ihr Engagement und die damit einhergehenden Herausforderungen, als ich sie auf einer Dienstreise in der nordperuanischen Amazonasregion Loreto für die NGO Perú EQUIDAD zu einem Interview traf. Malquia ist indigene Gemeindevertreterin und ehrenamtliche Umweltschützerin. Täglich riskiert sie ihr Leben beim Einsatz für die Rechte der Quechua am Flussarm Pastaza und muss sich gegen Angriffe, Anzeigen und Einschüchterungsversuche wehren. Sie dokumentiert die Umwelt- und Wasserverschmutzung, für die die Ölkonzerne in ihrer Umgebung verantwortlich sind.

Pluspetrol ist einer davon, denn er hat seine giftigen Abwässer 15 Jahre lang in die Flüsse geleitet und Öllecks verursacht. Als sich der Ölkonzern 2015 von dort zurückzog, hatte er fast 2000 Orte verseucht: Durch giftige Schwermetalle wird Malquias Gemeinschaft in ihren Rechten auf Gesundheit und Nahrung sowie in ihren Landrechten verletzt und verliert lebenswichtige Einnahmequellen. Dieser Fall

zeigt, wie stark Umweltzerstörung verknüpft sein kann mit der Verletzung von Menschenrechten, insbesondere indigenen Rechten. Bis heute hat Pluspetrol die Umweltzerstörung weder behoben noch die Betroffenen entschädigt.

Malquia und die Quechua am Pastaza sind mit ihrem Engagement nicht allein. Tausende indigene Gemeinschaften, Gewerkschafter*innen, Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen weltweit protestieren gegen derartige Verstöße von Unternehmen und nehmen ein hohes persönliches Risiko auf sich.

Die NGO Global Witness, in deren EU-Büro ich meine zweite Mercator-Station absolvierte, dokumentiert die weltweite Gewalt gegen Land- und Umweltschützer*innen. Laut ihrem Jahresbericht „Defending Tomorrow" wurden 2019 mehr als je zuvor, nämlich 212 Aktivist*innen, ermordet. Etwa ein Viertel dieser Fälle stand im Zusammenhang mit Rohstoffprojekten von Unternehmen. Mit 33 Morden waren indigene Vertreter*innen, die sich traditionell für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, überdurchschnittlich stark betroffen.

Zurück nach Peru. Wen die dortigen Behörden juristisch verfolgen sollten, liegt auf der Hand. Doch bis heute gibt es keinen Gerichtsprozess gegen Ölkonzerne wie Pluspetrol und keine Gerechtigkeit für die betroffenen Gemeinden. Das nehmen Malquia und die indigenen Gemeinschaften nicht länger hin. Am 11. März 2020 reisten Vertreter*innen der Achuar, Kichwa, Kukama und Quechua mit der Partnerorganisation Perú EQUIDAD in die Niederlande, wo Pluspetrol seinen Hauptsitz hat.

*Menschenrechtsverteidiger*innen protestieren gegen Unternehmensverstöße und riskieren dabei ihr Leben*

Bei der nationalen Kontaktstelle der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen haben sie Beschwerde eingereicht. Sie werfen Pluspetrol vor, die Umwelt zerstört und ihre Rechte verletzt zu haben, und sie prangern die intransparenten Unternehmensstrukturen sowie Steuerhinterziehung über eine Briefkastenfirma an. Viel versprechen sich die indigenen Gemeinschaften davon nicht, aber diese OECD-Beschwerdestelle ist zurzeit der einzige Ort, an dem sie Gehör finden.

Höchste Zeit für Gesetze

Eine Regulierungslücke führt dazu, dass Unternehmen für ihr Handeln und die Zustände in ihren globalen Wertschöpfungsketten kaum rechtliche Konsequenzen fürchten müssen. Dabei wurden bereits 2011 die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Sie stellen klare Erwartungen an Unternehmen und fordern sie auf, Sorgfaltsprozesse in der gesamten Wertschöpfungskette durchzuführen, um Menschenrechtsverletzungen zu identifizieren und zu vermeiden, sie transparent anzugehen und die Betroffenen bei Verstößen angemessen zu entschädigen. Es liegt an den einzelnen Staaten, diese völkerrechtlich nicht bindenden Prinzipien national zu verankern und gesetzgeberisch aktiv zu werden. Doch zehn Jahre später fehlen in den meisten europäischen Ländern immer noch gesetzliche Grundlagen, um Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Ausland haftbar zu machen und den Betroffenen den Zugang zur Justiz in Europa zu erleichtern.

Dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen nicht ausreichen, haben zahlreiche Skandale und Erhebungen bestätigt, unter anderem das Monitoring

der Bundesregierung ihres 2016 verabschiedeten Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte sowie eine 2019 im Auftrag der Europäischen Kommission veröffentlichte Studie. Auch immer mehr privatwirtschaftliche Akteur*innen sind der Ansicht, dass die Umsetzung von Sorgfaltspflichten notwendig und machbar ist.

2020 war in diesem Sinn ein Jahr des politischen Durchbruchs. Denn unternehmerische Sorgfaltspflichten wurden erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt. Ich konnte gleich zwei Meilensteine der zivilgesellschaftlichen Kampagnen im Brüsseler NGO-Bündnis und in Deutschland – mit der NGO INKOTA als Teil der Initiative Lieferkettengesetz – mitbegleiten: Im April kündigte EU-Justizkommissar Didier Reynders einen EU-Gesetzesvorschlag zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten für 2021 an. Und im Sommer kündigte die Bundesregierung Eckpunkte für ein „Sorgfaltspflichten-Gesetz" auf deutscher Ebene an, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll.

Verpflichtende Regeln für Unternehmen sollten auf allen Ebenen – national, europäisch und international – mit dem seit 2015 verhandelten Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, dem „UN Binding Treaty", eingeführt und umgesetzt werden. Sie sollten Menschenrechte und Umweltstandards umfassen. Dabei kommt es auf die richtige Ausgestaltung an. Das 2017 in Frankreich verabschiedete Sorgfaltspflichten-Gesetz zeigt, wie schwierig es für Betroffene sein kann, ihre Rechte einzuklagen, wenn die Hürden zu hoch sind. So scheitern die Kläger*innen häufig am erschwerten Zugang zur Justiz und an komplexen, intransparenten globalen Wertschöpfungsketten. Zivilrechtliche Haftung, eine Beweislastumkehr zugunsten der Betroffenen und kollektive Klagemöglichkeiten würden ihnen helfen, ihre Rechtsansprüche vor europäischen Gerichten geltend zu machen.

Oft können die Betroffenen ihre Rechte nicht einklagen, weil die formalen Hürden in Europa zu hoch sind

Ebenso entscheidend ist der präventive Charakter gesetzlicher Regelungen. Denn gemäß internationalen Standards müssen indigene Gemeinschaften schon vor geplanten Rohstoffförderprojekten in ihrer Umgebung konsultiert und ihnen ein Vetorecht eingeräumt werden, um irreversible Schäden zu verhindern.

„Wir werden immer weiter kämpfen"

Bis Malquia und ihre Gemeinschaft Gerechtigkeit erfahren, ist es wohl noch ein weiter Weg. Doch in Europa anstehende Regelungen für Unternehmen könnten sich positiv auf die indigenen Gemeinschaften auswirken, wenn diese die Möglichkeit hätten, ihre Rechte vor europäischen Gerichten einzuklagen. In Europa aktive Unternehmen müssten dann im Fall einer Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht für Umweltverschmutzung und indigene Rechtsverletzungen haften und die Betroffenen angemessen entschädigen.

Malquia blickt optimistisch in die Zukunft, sie ist mit ihrem Engagement noch lange nicht am Ende: „Wir werden immer weiter kämpfen, protestieren und zusammenstehen, bis zum letzten Tag. Wir werden das schaffen. Denn ich muss mein Land, meine Erde verteidigen – auch für unsere Kinder." • •

Lara Louisa Siever arbeitete zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten und dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und indigenen Rechten.

Abstrakt und doch verbrecherisch

*Wie kann das Völkerrecht auf Verbrechen von Unternehmen reagieren? Der Internationale Strafgerichtshof kann diese Unternehmen zwar nicht verfolgen, aber deren Mitarbeiter*innen ins Visier nehmen.*

Von Fin-Jasper Langmack

Internationale Verbrechen werden von Personen begangen, nicht von abstrakten Einheiten." So wiesen die Richter das Argument der Hauptangeklagten der Nürnberger Prozesse zurück, sie seien bloße Rädchen im Getriebe eines mörderischen Staates gewesen. Heute gilt dasselbe.

Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, Fatou Bensouda, verkündete während meiner Zeit am Gericht, dass sie den Genozid Myanmars an den Rohingya sowie Verbrechen in Afghanistan untersuchen wolle. Um Letzteres zu verhindern, trat sogar Donald Trumps persönlicher Anwalt Jay Sekulow an das Rednerpult des Gerichtssaals I – jedoch ohne Erfolg. Die zuständigen Richter*innen gaben im März bekannt, dass der IStGH in Afghanistan und Myanmar ermitteln dürfe. Der berühmte Satz aus Nürnberg wird auch hier verhindern, dass sich Staatsbedienstete Myanmars oder der USA hinter die vermeintliche Verantwortlichkeit abstrakter Systeme zurückziehen können.

Das unumstößliche Diktum individueller Verantwortlichkeit hat aber auch Schattenseiten. Zwar sind es stets Individuen, die internationale Verbrechen begehen. Doch Unternehmen fördern diese Verbrechen, ermöglichen sie und profitieren von ihnen. Der Genozid an den Rohingya wurde über Facebook angestachelt. Es vergingen Wochen des Tötens, bis das Unternehmen begann, die koordinierte Hetzkampagne zu unterbinden. Bensoudas Ermittlungen in Afghanistan könnten auch Verbrechen des Islamischen Staates (IS) umfassen. Dass Unternehmen in diese Verbrechen verwickelt sind, zeigt das Zementunternehmen Lafarge. Dieses muss sich vor französischen Gerichten verantworten, weil es dem IS Schutzgeld gezahlt hat, um seine Fabrik in Nordsyrien weiter betreiben zu können. Auch die Nürnberger Richter standen der Schlüsselrolle von Unternehmen nicht blind gegenüber. Im Prozess gegen 23 hochrangige Mitarbeiter der I.G. Farben betonten sie, dass das Unternehmen den Angeklagten einen notwendigen organisatorischen Rahmen für ihre Verbrechen bot.

Unternehmen sind oftmals Mittäter

Die Beispiele zeigen: Es ist an der Zeit, auch diesen Teil der Nürnberger Prozesse ins Gedächtnis zu rufen. Unternehmen beteiligen sich an Konflikten. Sie sind Geldgeber, Lieferanten, Profiteure und damit potenzielle Helfer, Mit- oder Haupttäter. Sie zur Verantwortung zu ziehen, ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit.

Eine Rückkehr zur Gewalt ist nur dann zu verhindern, wenn Ursachen und Folgen von Konflikten verstanden werden. Die Rolle von Unternehmen aufzuklären hieße, ein vollständigeres Bild von Konfliktdynamiken zu erhalten. Strukturelle wirtschaftliche Faktoren würden beleuchtet. Es hieße auch, die Rolle der

internationalen Wirtschaftsordnung zu hinterfragen. Diese von kolonialen Strukturen geprägte Ordnung begünstigt die strukturelle Verantwortungslosigkeit von Unternehmen. Sie gibt ihnen Rechte, öffnet Märkte, verweigert sich aber meist ihrer Regulierung auf internationaler Ebene. Bereits in den 1970er Jahren forderten Staaten des Globalen Südens eine „Neue Weltwirtschaftsordnung"; sie wollten echte Unabhängigkeit ermöglichen und machten sich auch für eine stärkere Regulierung transnationaler Unternehmen stark. Doch die Neue Weltwirtschaftsordnung scheiterte – hauptsächlich am Widerstand der Staaten des Globalen Nordens.

Wie kann das Völkerrecht auf Verbrechen von Unternehmen reagieren? Strukturelle Änderungen scheinen derzeit nicht denkbar. Zu schlecht steht es um den Multilateralismus, als dass umstrittene Gesetzesprojekte die Zustimmung vieler Staaten finden könnten. Auf anderer Ebene ließe sich aber beginnen. Der IStGH kann zwar keine Unternehmen verfolgen, aber Bensouda beziehungsweise die Person, die ihr im Juni 2021 im Amt nachfolgt, könnte deren Mitarbeiter*innen ins Visier nehmen.

Präzedenzfälle gäbe es: Im Nürnberger Industriellenprozess verurteilte das Gericht Alfried Krupp, den größten Waffenproduzenten seiner Zeit, zu mehrjährigen Haftstrafen. Das Ruanda-Tribunal machte führenden Mitarbeitern der Radiostation RTLM den Prozess, deren Hetzbotschaften den Genozid gefördert hatten. Der IStGH hätte aktuellen Anlass, diese Rechtsprechung fortzusetzen: Während meiner Zeit beim Strafgerichtshof reichte das Berliner European Center for Constitutional and Human Rights einen umfangreichen Bericht über die Beteiligung europäischer Rüstungsunternehmen am Jemen-Krieg ein. So nutzt nicht nur Saudi-Arabien europäische Waffen, um illegale Angriffe gegen die jemenitische Zivilbevölkerung zu führen. Die komplexen Waffensysteme werden in Kenntnis ihres Einsatzes im Jemen-Krieg auch von den Rüstungsunternehmen gewartet und einsatzbereit gehalten. Dieser Fall böte Gelegenheit, die Rolle von privatwirtschaftlichen und staatlichen Akteuren des Globalen Nordens im Jemen-Krieg zu beleuchten.

Es können nicht nur Strafen sein. Staaten sind auch dazu verpflichtet, Überlebenden Entschädigung zu leisten

Auch nationale Gerichte könnten tätig werden. Das Weltrechtsprinzip erlaubt es jedem Staat, internationale Verbrechen zu verfolgen, unabhängig davon, wer sie wo begeht. In Koblenz stehen seit März zum Beispiel zwei ehemalige syrische Geheimdienstmitarbeiter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht. Sie unterstützten unter anderem die Folter in Geheimdienstgefängnissen. Der Generalbundesanwalt wäre nicht gehindert, Mitarbeiter*innen von Unternehmen für ähnliche Verbrechen zu verfolgen.

Gerechtigkeit geht über Strafe hinaus

Es muss aber nicht immer Bestrafung sein. Staaten sind verpflichtet, Überlebende von Menschenrechtsverletzungen zu entschädigen. Nach bewaffneten Konflikten sind die Überlebenden jedoch so zahlreich und schwer geschädigt, dass Staaten nur minimale Entschädigungen leisten können. Sierra Leone zahlte Überlebenden des Bürgerkriegs, denen Kämpfer*innen eine Hand oder einen Arm amputierten, einmalig 1400 US-Dollar. Auf der anderen Seite profitierten Unternehmen vom illegalen Handel mit den Konfliktparteien.

Ein niederländisches Gericht verurteilte den Waffenhändler Guus Kouwenhoven dafür zu 19 Jahren Haft. Viele andere blieben unbehelligt. Ihre Profite könnten für Entschädigungen genutzt werden.

Strafprozesse vor dem IStGH und nationalen Gerichten können mit Schadensersatzklagen verbunden werden. Über sogenannte „Asset Recovery"-Prozesse können illegal erworbene Profite abgeschöpft werden. Die Philippinen führten solche Prozesse weltweit, um das Vermögen des Diktators Ferdinand Marcos zurückzugewinnen. Dieser hatte es durch Korruption angehäuft und unter anderem bei Schweizer Banken gelagert. Insgesamt 680 Millionen Dollar konnten so für die Entschädigung der Opfer der Diktatur genutzt werden. Auf struktureller Ebene schlug Sierra Leones Wahrheits- und Versöhnungskommission die Erhebung einer Sondersteuer vor, um Unternehmen an Entschädigungen zu beteiligen. Eine solche Steuer könnte auf die Sektoren zugeschnitten werden, die besonders vom Konflikt profitiert haben.

Diese Beispiele zeigen, wie Unternehmen und ihre Mitarbeiter*innen zur Verantwortung für internationale Verbrechen gezogen werden können. Dies ist jedoch nicht nur eine Aufgabe des IStGH und der Staaten des Globalen Südens. Viele Unternehmen, die in Genozide, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt sind, sitzen im Globalen Norden – auch in Deutschland. Wir sind ihre Kund*innen und Investor*innen. Sie unterliegen deutschem und europäischem Recht, das in unserem Namen gestaltet und ausgeübt wird. Wenn dieses Recht Verbrechen ermöglicht oder zumindest darin versagt, sie zu ahnden, geht auch uns das etwas an. • •

Fin-Jasper Langmack arbeitete beim IStGH, beim International Center for Transitional Justice und beim European Center for Constitutional and Human Rights.

Legale Zugangswege

Es gibt für geflüchtete Menschen Möglichkeiten, auf rechtmäßigem und sicherem Wege in ein Land zu kommen, in dem sie dauerhaften Schutz finden können. Diese sind jedoch bei weitem nicht ausreichend.

Von Selina Pfister

Fast 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Das entspricht beinahe der Gesamtbevölkerung Deutschlands. 85 Prozent dieser Menschen halten sich in Ländern des Globalen Südens auf, meist in Nachbarländern von Krisenregionen. Mit der historischen New Yorker Erklärung von 2016 zeigten die UN-Mitgliedstaaten, dass der Schutz von Flüchtlingen und die Unterstützung der Aufnahmestaaten eine gemeinsame Verantwortung der Staatengemeinschaft sind.

2018 wurde der Globale Pakt für Flüchtlinge erarbeitet und das Ziel verankert, legale Zugangswege für Flüchtlinge zu erweitern, um Erstaufnahmestaaten zu

entlasten und ihnen sowie den Menschen auf der Flucht mit Solidarität zu begegnen.

Legale Zugangswege existieren in unterschiedlichen Formen, gemein ist ihnen jedoch Folgendes: Sie ermöglichen Flüchtlingen, aus dem Erstaufnahmestaat, in dem sie zunächst Zuflucht gefunden haben, auf legalem und sicherem Weg in einen Aufnahmestaat zu reisen, in dem sie dauerhaften Schutz finden können. Doch diese Umsetzung bleibt bisher weit hinter den gesteckten Zielen und dem Bedarf zurück. Dabei wäre die Schaffung und Erweiterung legaler Zugangswege nicht nur ein wichtiges Instrument, um den Worten von geteilter Verantwortung und Solidarität im Flüchtlingsschutz auch Taten folgen zu lassen, sondern von den positiven Effekten könnten auch Aufnahmestaaten profitieren.

Die Kernfamilie sicher nachholen

Gemäß der EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung haben Flüchtlinge in EU-Staaten das Recht, ihre Ehepartner*in und minderjährigen Kinder, die sogenannte Kernfamilie, zu sich zu holen, um ihr Recht auf Familienleben wahrnehmen zu können. Diese Möglichkeit der legalen Einreise soll verhindern, dass Familienmitglieder, häufig Mütter mit Kindern, lebensgefährliche Fluchtrouten auf sich nehmen. Die Familienzusammenführung wirkt zudem unterstützend auf die Integration: Die Person im Aufnahmestaat muss sich nicht mehr um die im Herkunfts- oder Erstaufnahmestaat verbliebenen Angehörigen sorgen und kann sich besser auf die Einfindung im neuen Umfeld konzentrieren. Dies hat einen entscheidenden Einfluss auf den Integrationsverlauf und ist damit langfristig auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Bedeutung.

Dem Recht auf Familienzusammenführung stehen immer noch zahlreiche Hürden entgegen

Trotz dieses Rechts auf Familienzusammenführung bestehen beispielsweise in Deutschland viele Hürden. Die Wartezeit für Angehörige auf einen Termin bei den Botschaften im Ausland, um entsprechende Visa zu beantragen, ist lang – laut Angaben auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen lagen sie bereits vor der Covid-19-Pandemie bei teilweise über zwölf Monaten. Anschließend vergehen oftmals Monate, um die Anträge zu prüfen. Ein weiteres Problem ist, dass viele Menschen aufgrund ihrer Fluchterfahrung nicht über die vollständigen und gültigen Reise- und Personenstandsdokumente verfügen, die für die Visumserteilung von den deutschen Botschaften verlangt werden. Die Beschaffung dieser Dokumente ist für Flüchtlinge jedoch oftmals nicht möglich oder würde eine Kontaktaufnahme mit der Botschaft des Heimatstaats erfordern, vor dessen Verfolgung sie fliehen.

Eine weitere Hürde stellt die Beschränkung der Nachzugsberechtigung auf die Kernfamilie dar. Geht das Recht auf Familienzusammenführung von einer Minderjährigen im Aufnahmestaat aus, haben nur die Eltern ein Nachzugsrecht, nicht aber minderjährige Geschwisterkinder, die sich in der Obhut der Eltern im Erstaufnahmeland aufhalten. Zugespitzt kann dies bedeuten, dass Eltern vor der Entscheidung stehen, mit dem einen Kind im Erstaufnahmestaat oder dem anderen im Aufnahmestaat zusammenzuleben. Es ist schwer vorstellbar, wie ein solches Szenario mit dem Recht auf Familien-

Integration kann nicht nur staatlich gesteuert werden, sondern findet vor allem in lokalen Gemeinschaften statt

leben vereinbar ist. Diese rechtlichen und praktischen Hindernisse sollten abgebaut werden, damit die positiven Aspekte des legalen Zugangswegs über Familienzusammenführung ausgeschöpft werden können und das Recht auf Familienleben tatsächlich garantiert ist.

Community Sponsorship

Einen weiteren legalen Zugangsweg für Flüchtlinge stellen privatfinanzierte humanitäre Aufnahmeprogramme, sogenannte Community-Sponsorship-Programme, dar. Darüber können Privatpersonen die Einreise von Flüchtlingen ermöglichen, indem sie sich verpflichten, deren Integration zu unterstützen. Kanada verfügt bereits seit über 40 Jahren über ein solches Sponsorship-Programm, das bis heute über 300 000 Flüchtlingen die legale Einreise ermöglichte. In den vergangenen Jahren schufen vermehrt Staaten in Europa Community-Sponsorship-Programme; auch Deutschland lancierte im Mai 2019 das Pilotprogramm NesT („Neustart im Team"). Dieses Programm basiert auf der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Für die Pilotphase sieht das Programm vor, dass zunächst 500 besonders schutzbedürftige Menschen hier aufgenommen und nach der Einreise von Mentor*innengruppen organisatorisch und finanziell unterstützt werden.

Ein häufiger Kritikpunkt ist die erhebliche finanzielle Verpflichtung – nämlich die Deckung der Kaltmiete für zwei Jahre, die für die Erteilung der Aufnahmezusage vorgelegt werden muss. Diese muss jedoch nicht von der Mentor*innengruppe selbst stammen, welche die organisatorische und soziale Begleitung übernimmt. Sie wurde bisher beispielsweise von Kirchen übernommen und würde auch die Möglichkeit bieten, den Privatsektor einzubinden.

Das Programm basiert auf dem Gedanken, dass Integration nicht allein staatlich gesteuert werden kann, sondern vor allem in den lokalen Gemeinschaften stattfindet. Der Empfang und die Begleitung der Neuankömmlinge durch Mentor*innen vor Ort ermöglichen eine individuellere Integrationsunterstützung. Die entstehenden Beziehungen können Vorurteile abbauen und somit auch den Diskurs über Flüchtlinge verändern, was letztlich zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beiträgt.

Bereits 2015 und 2016 haben viele Menschen in Deutschland große Solidarität mit Geflüchteten gezeigt und sich ehrenamtlich engagiert. Das Engagement im Rahmen von NesT soll nicht in Konkurrenz zu anderen Initiativen stehen, sondern es soll vielmehr auf bestehenden Netzwerken und Informationsquellen aufgebaut werden, um Ehrenamtliche zu unterstützen. So kann erreicht werden, dass zusätzliche, besonders schutzbedürftige Menschen in Erstaufnahmestaaten Schutz, einen dauerhaften Aufenthalt und neue Perspektiven in einem sicheren Land erhalten, ohne gefährliche und irreguläre Fluchtwege auf sich zu nehmen.

Es bleibt zu hoffen, dass weitere Staaten diesem Beispiel folgen oder andere legale Zugangswege ausbauen und damit beweisen, dass den Solidaritätsbekundungen und Absichtserklärungen auf internationaler Ebene auch Taten folgen. • •

Selina Pfister war während ihres Kolleg-Jahres in Ottawa, Nairobi und Berlin tätig.

3:0 für Brasilien

Start-ups in São Paulo reagieren auf konkrete Probleme und bieten Visionen für die Welt von morgen: Sie stärken Inklusion, demokratisieren Bildung und erleichtern politische Mitbestimmung.

Von Alissa Siara

Es gibt einen Ort, wo sich der Ideenreichtum über Nacht vermehrt. Die besten Universitäten schmücken das Landschaftsbild und beliefern Technologieriesen mit kreativen Köpfen. Doch gleichzeitig legt die Schattenseite des Fortschritts urbane Engpässe und eine wachsende Kluft zwischen Superreichen und Wohnungslosen offen. Hinzu kommt eine Rezession, die droht, alles auf den Kopf zu stellen. Wir schreiben das Jahr 2000 im Silicon Valley. Und das Jahr 2020 in São Paulo.

Während die Dotcom-Blase im Jahr 2000 die kalifornische Tech-Hochburg erschütterte, kämpft Brasilien 2020 mit den Folgen der Corona-Krise. So wie Uber die Mobilität neu erfunden hat, revolutioniert das brasilianische Fintech Nubank gerade den Finanzsektor. Was Stanford für die USA ist, ist mittlerweile die Universidade de São Paulo für Südamerika. Zugleich schnellt nördlich wie südlich des Äquators die Ungleichheit in die Höhe. Ob an der Pazifik- oder an der Atlantikküste: Das Einzige, was sich im Taxi auf dem Weg zur Arbeit bewegt, ist der Taxameter.

Aus diesem Grund gehe ich heute Morgen zu Fuß ins Café. Dort treffe ich mich mit Sylvia, einer Insiderin der brasilianischen Gründerszene. Die Paulistana, wie die Einwohner von São Paulo genannt werden, studierte mit einem Stipendium Sozialunternehmertum an der Brown University in den USA. Danach arbeitete sie bei Beliive, einem Start-up in São Paulo, auf dessen Plattform Erfahrungen und Dienstleistungen ausgetauscht werden. Sylvia erzählt die Geschichte von Mariza, die nach dem Jobverlust Yoga-Kurse auf Beliive anbot und dann ein eigenes Studio eröffnete.

Beliive ist nur eines von vielen Start-ups in São Paulo, die soziale Veränderung bewirken wollen. Die Diskriminierung von nichtweißen Nutzern auf Airbnb bringt eine Studie von 2014 ans Licht: São Paulo reagiert mit Diaspora.Black, einem „schwarzen Airbnb". Uber und Lyft kämpfen seit Jahren mit sexuellen Übergriffen auf Fahrer*innen und Nutzer*innen. Die passende Antwort aus der brasilianischen Metropole: Lady Driver, die Mitfahrgelegenheits-App von Frauen für Frauen.

Innovation entstehe in Brasilien oft aus purer Notwendigkeit, meint Sylvia. Und jede*r Gründer*in brauche ein Verständnis für diese sozialen Missstände. Wer einen Onlineshop plant, muss sich bewusst sein, dass Bewohner*innen der Favelas keine offizielle Adresse für einen Lieferservice haben und dass die Häuser zu eng aneinander stehen, um große Objekte wie einen Kühlschrank bis zur Haustür zu liefern.

Gesellschaftlichen Wandel fördern

Trotz aller Brücken, die Palo Alto und São Paulo verbinden: Die sechstgrößte Stadt der Welt als ein „südamerikanisches Valley" zu bezeichnen, wäre falsch. Bra-

silianische Innovation erreicht nicht die technologische Komplexität ihres kalifornischen Gegenstücks; dafür tüftelt sie an Problemen, die Brasilien bewegen und macht gesellschaftlichen Wandel zum Teil der Erfolgsrechnung. Aber sie stößt auf Probleme, die auch der Valley-Elite nicht fremd sind: Viele verfallen dem Hype oder veröffentlichen zu optimistische Zahlen zu Wachstum und Nutzung.

Um solchen Fehltritten vorzubeugen, findet am Abend ein Workshop am Amani-Institut statt, einer Ausbildungsstätte für Sozialunternehmer*innen. Hier werden tagsüber Unternehmerfähigkeiten vermittelt. Abends erhält das Publikum Tipps fürs Sozialunternehmertum – und das kostenlos. Es sind ganz unterschiedliche Frauen anwesend. Meine Sitznachbarin, eine Bauingenieurin, erzählt in der Runde, wie sie während ihrer Schulzeit unter den standardisierten Lehrplänen litt. Deshalb arbeitet sie nun bei Geekie.

Dieses Start-up wurde 2011 in São Paulo gegründet, um den Lehrplan auf die Bedürfnisse der Lernenden abzustimmen. Die Online-Plattform, das „Geekie Lab“, erkennt die Lernlücken der Schüler*innen dank Künstlicher Intelligenz und empfiehlt personalisierte Zusatzaufgaben. Außerdem kämpft das Start-up gegen die wachsende Ungleichheit: Für jede Privatschule, die mit der Plattform arbeitet, bietet Geekie ihre Dienste einer öffentlichen Schule an. Heute nutzen dies über 20 000 Schulen und fünf Millionen Studierende, die so bessere Noten erzielen.

Innovation entsteht hier oft aus sozialen Missständen wie Rassismus und Gewalt gegenüber Frauen

Der Pitch zieht. Aber er wirft auch Fragen auf. Braucht es nicht eine umfassende Überarbeitung des Schulsystems auf staatlicher Ebene? Und was ist mit dem Zugang zum Internet? In Brasilien haben nur knapp 70 Prozent der Bevölkerung Internet, das heißt jede*r Dritte hat keinen Zugriff auf Geekie.

Für die Lösung vieler sozialer Probleme müsste eigentlich der Staat verantwortlich sein. Doch solange alle Herausforderungen von Start-ups gelöst werden, hat die Gesellschaft keinen Grund, sich politisch zu engagieren und eine radikalere Änderung des Status quo einzufordern.

Genau dieses politische Engagement brauche man aber, meint Marina, meine letzte Anlaufstelle für heute. Sie ist Mitgründerin von Legisla Brasil, einem Start-up, das qualifizierte Leute ausbildet und sie mit parlamentarischen Ämtern im ganzen Land verbindet. Bereits 90 Anfragen wurden zwölf politischen Parteien innerhalb der Legislative zugeordnet. Dort entstehen neue Initiativen; euphorisch berichtet Marina von einem Workshop zum Thema partizipative Budgetierung. Nur mit aktiver Demokratie und professionellen Abgeordneten lassen sich Wahlversprechen umsetzen – und damit auch Projekte wie die Verbesserung des Bildungssystems und des Internetzugangs. Davon ist Marina überzeugt.

So wie die Dotcom-Krise zur Jahrtausendwende die kalifornische Technologie-Elite durchgeschüttelt hat, werden viele brasilianische Start-ups die Corona-Krise nicht überleben. Aber nicht wirtschaftliche Missstände, sondern unreflektierter Fortschritt liefert heute die Negativschlagzeilen über das Silicon Valley. Diese Schattenseiten werden in São Paulo aktiv angepackt: Beliive stärkt Inklusion, Amani und Geekie demokratisieren Bildung, Legisla Brasil erleichtert Mitbestimmung. Diese

drei Visionen für die Welt von morgen liefern die Gründe, warum die Nachfolger*innen von Steve Jobs ihre schwarzen Rollkragenpullis gegen Flipflops eintauschen sollten. Vom Samba und vom Fußball mal ganz abgesehen. • •

Alissa Siara beschäftigte sich mit Public Private Partnerships zur Förderung von sozialer Innovation.

Mehr Chancen für junge Menschen

Wie können mehr nachhaltige Arbeitsplätze für die junge Generation geschaffen werden? Zwei Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit fördern berufliche Selbstständigkeit und innovative Ideen.

Von Kareem Bayo

Arbeit ist mehr als nur die Absicherung der eigenen Existenz. Sie ist zugleich sinnstiftend und trägt wesentlich zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit bei. Deshalb ist Arbeitslosigkeit nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern geht als Identitätskrise einher mit tiefgreifender Unzufriedenheit und verringertem Selbstwertgefühl.

So vielfältig die Funktionen von Arbeit selbst sind, so unterschiedlich sind auch die Reaktionen auf den Verlust von Arbeit. Einige Menschen versuchen eifrig, sich weiterzubilden; andere sind wegen wiederholter Misserfolge frustriert und verfallen in Resignation. Wieder andere kommen zu dem Schluss, dass sie von vornherein keine Chance hatten; ihr Scheitern sei das Symptom einer strukturellen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt. Oftmals haben diese Menschen recht.

Junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren leiden besonders unter dieser Problematik. Sie sind nicht nur überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen, häufig sind sie auch prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt – ungefähr ein Drittel aller jungen Erwerbstätigen lebt trotz Arbeit unterhalb der Armutsgrenze.

Mein Kolleg-Jahr habe ich daher der Frage gewidmet, wie nachhaltige Arbeitsplätze für die junge Generation geschaffen werden können. In dieser Zeit habe ich zwei Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit begleitet. Sie unterscheiden sich zwar in Art und Ausrichtung, haben jedoch etwas Wichtiges gemeinsam: Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit, ihr Potenzial zu entfalten und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Denn wie Francisco, ein junger Mann aus Nairobi, es formuliert, gilt: „Junge Leute können die Welt verändern, weil sie nicht die Last der Vergangenheit schultern, sondern ihren Blick in die Zukunft richten."

Ein eigenes Unternehmen gründen

Meine erste Stage führte mich zur Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, wo ich für die UN Global Initiative on Decent Jobs for Youth (DJY) gearbeitet habe. Dies ist eine Allianz von mehreren UN-Organisationen und externen Partnern, die 2017 gegründet wurde. Sie versteht sich

als Plattform, die Akteure und Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungslage von jungen Menschen vernetzt und gemeinsame Vorhaben von Regierungen, Jugendorganisationen, Gewerkschaften, privaten Unternehmen und Stiftungen umsetzt.

Während dieser Zeit lernte ich unterschiedliche Konzepte kennen, die jungen Menschen zu einem Arbeitsplatz verhelfen können. Ein Weg führt über das Unternehmertum. Das ist ein mir vertrauter Ansatz, denn schon vor meiner Zeit am Kolleg habe ich Projekte betreut, die benachteiligten Menschen eine Chance zur Selbstbestimmtheit durch Selbständigkeit bieten.

Oftmals ist Unternehmertum der einzige Weg aus der Arbeitslosigkeit. In Äthiopien fehlt es selbst in der aufstrebenden Hauptstadt Addis Abeba an Beschäftigungsmöglichkeiten im formalen Sektor. Umso wichtiger sind deshalb neue Impulse wie der Youth Entrepreneurship Summit, bei dessen Organisation ich das DJY-Team unterstützen durfte. Bei diesem Gipfel wurde eine Erklärung zur Förderung von Jungunternehmertum verabschiedet, die hoffentlich auch in der äthiopischen Politik auf offene Ohren stoßen wird.

Ich habe mein Kolleg-Jahr auch dafür genutzt, privatwirtschaftlich geführte Initiativen kennenzulernen, die zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit beitragen. Um der Frage nachzugehen, wie mittelständische Unternehmen und Großkonzerne ihr globales Geschäftsmodell dafür einsetzen können, nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern, nahm ich selbst an einem solchen Programm teil. Dies geschah im Rahmen des UNLEASH Global Sustainable Development Goals Innovation Lab, einer Organisation, die 2016 gegründet wurde, um junge Menschen für die nachhaltigen Entwicklungsziele zu mobilisieren. Einmal im Jahr kommen rund 1000 junge Menschen aus allen Teilen der Welt für zwei Wochen zusammen, um innovative Ansätze zu entwickeln – und die erfolgversprechendsten Projekte erhalten anschließend professionelle Unterstützung.

Neue Ansätze entwickeln – und die erfolgversprechendsten Projekte erhalten professionelle Unterstützung

Inmitten all dieser wissbegierigen und ambitionierten jungen Menschen entfaltete sich eine Dynamik, die ich bislang nur selten erlebt habe. Jinghan aus Peking formulierte es so: „Junge Leute sind leidenschaftliche und ehrgeizige Weltverbesserer. Sie sind sich sozialer Ungerechtigkeit bewusst und entschlossen, Probleme zu lösen mit den Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen. Hier bei UNLEASH treffen sich solche jungen Menschen. Ihre einzigartigen Lebenserfahrungen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründe sorgen dafür, dass Hunderte innovative Ideen entstehen."

Wenn es gelingt, jungen Menschen Chancen und Möglichkeiten zu bieten, können sie einen Teil des gewünschten Wandels selbst herbeiführen. Um die komplexen Herausforderungen der weltweiten Jugendarbeitslosigkeit anzugehen, bedarf es jedoch deutlich mehr. Viele Faktoren, die die beruflichen Chancen junger Menschen behindern, können von ihnen selbst nicht beeinflusst werden. Dies muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen erkannt werden und zu Investitionen in die Zukunft der jungen Generationen führen. • •

Kareem Bayo hat in seinem Kolleg-Jahr unternehmerisches Handeln als Instrument zur Stärkung der Arbeitsmarktagilität junger Erwachsener untersucht.

Energie und Umwelt

Wasserstoff, Windenergie, intelligente Vernetzung – die Möglichkeiten für nachhaltiges Wachstum sind vielfältig und müssen mehr genutzt werden.

Von Pierre Krenn, Andrea Dertinger, Daniela Zingler und Peter Freudenstein

Der Stoff, aus dem die Träume sind

Wie sieht das Energiesystem der Zukunft aus? Kann saubere Energie ohne Verluste produziert werden? Eine wichtige Rolle wird Wasserstoff spielen, aber er ist kein Allheilmittel.

Von Pierre Krenn

God morgon. Vill du ha ett kaffe och något litet till frukost?“ „Ja, tack!“ Für viel mehr reichen meine Schwedischkenntnisse noch nicht, als ich Anfang Februar frühmorgens im Öresundexpress Richtung Göteborg sitze. Während ich meinen Kaffee und Kanelbulle genieße, überqueren wir auch schon den Öresund. Natürlich ist es neblig, immerhin fahre ich nach Schweden, aber dennoch kann ich etwas erkennen: Windräder auf dem Meer, und davon einige. Was mich am meisten daran freut: Sie drehen sich alle! Das mag im ersten Moment etwas komisch klingen, doch das ist nicht immer der Fall.

Allein im ersten Quartal 2019 sind durch die „Abregelung“ der Windparks in Deutschland mehr als 3,2 Milliarden Kilowattstunden sauberer Strom verloren gegangen – damit hätten rund 100 000 Haushalte ein Jahr lang beheizt werden können. Stattdessen wurde der Strom einfach „weggeschmissen“, denn Abregelung bedeutet, dass der Strom nicht ins Netz gespeist wird, da dieses durch ein temporäreres Überangebot überlastet wäre.

Szenenwechsel: Ich sitze zu Hause in Deutschland vor meinem Computer. Mein Chef unterhält sich per Videokonferenz angeregt mit unserem Kollegen in den Niederlanden. Es geht um unser neues Pilotprojekt: „Ich denke, wir haben jemanden gefunden. Die Lieferzeit beträgt laut Hersteller ungefähr zwölf Monate.“ In diesem Gespräch geht es um einen Elektrolyseur: Einfach ausgedrückt ist das eine Maschine, mit deren Hilfe reines Wasser mittels Strom in Wasserstoff umgewandelt wird.

Aber welcher Sinn steckt hinter diesem Prozess, bei dem ein Teil der Energie durch die Umwandlung verloren geht? Zunächst ist es wichtig zu erkennen, dass Energie mehr ist als nur Strom – ein Satz, der als Credo meines Kolleg-Jahres gelten kann. Klassischerweise wird Energie in drei Sektoren unterteilt: Neben Strom sind dies Verkehr und Wärme; im Endverbrauch macht der Strom nur rund 20 Prozent unseres Bedarfs aus. In meinem Kolleg-Jahr habe ich mich deshalb mit der Frage nach dem Energiesystem der Zukunft beschäftigt. Der entscheidende Schritt hierbei ist es, die drei genannten Sektoren nicht mehr getrennt, sondern gemeinsam zu betrachten und intelligent miteinander zu verbinden. Einer der Schlüssel, auf den ich im Rahmen meiner Stagen gestoßen bin, heißt Wasserstoff.

Wasserstoff könnte der Schlüssel in den Bereichen werden, die hohe Temperaturen oder eine hohe Energiedichte benötigen und sich mit Strom bislang nicht oder nur zu sehr hohen Kosten dekarbonisieren lassen. Gleichzeitig bietet sich Wasserstoff als leistungsfähiger Stromspeicher an, der überschüssige Wind- oder Solarstrommengen über lange Zeiträume zwischenspeichert oder direkt in das Erdgasnetz integriert werden kann. Womit wir wieder bei den anfangs erwähnten Windrädern

wären: Anstatt den Strom abzuregeln, könnte dieser in Form von Wasserstoff gespeichert und anschließend in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Elektrifizierung gilt weiterhin als zentraler Weg der Dekarbonisierung. Wasserstoff soll diese, wo immer nötig, ergänzen. Mir ist es wichtig, dabei das Wort „ergänzen" zu unterstreichen, denn Wasserstoff hat sich zu einem Modewort entwickelt. So sehr ich von dieser Technologie auch überzeugt bin, so problematisch betrachte ich die Tatsache, dass Wasserstoff fast als Allheilmittel dargestellt wird. Was dabei nämlich gern und oft vergessen wird: Grundlage des ganzen Prozesses ist nach wie vor grüner Strom – Stichwort Sektorkopplung. Dafür bedarf es weitaus mehr regenerativer Energiequellen, und in diesem Punkt hinken wir noch weit hinterher.

Unabhängig davon hat sich das Thema Wasserstoff längst zum Politikum entwickelt: Staaten weltweit haben in den vergangenen Monaten nationale Wasserstoffstrategien veröffentlicht und teils beträchtliche Mengen an staatlicher Unterstützung in Aussicht gestellt. Auch die EU hat sich mit ihrer im Juli vorgestellten Strategie ambitionierte Ziele gesetzt. Hinter all diesem Engagement steht aber weitaus mehr als der Gedanke an eine emissionsfreie Zukunft. Wasserstoff steht für einen grundlegenden Umbau des gesamten Energiesystems und weist darüber hinaus auch geopolitische Relevanz auf. Dieser Wandel, ausgelöst durch das Vernetzen ehemals getrennter Sektoren und die potenzielle Veränderung internationaler Energieströme, hat zur Folge, dass etablierte Strukturen Gefahr laufen, zu verschwinden oder verdrängt zu werden. Das ruft entsprechende politische Reaktionen hervor.

Wasserstoff steht für einen grundlegenden Umbau des Energiesystems und hat zudem geopolitische Relevanz

Der Wille zum Handeln ist groß

Mit meinem politikwissenschaftlichen, nicht technischem Hintergrund bin ich zunächst an das Thema herangetreten und habe den Winter bei einem Energieverband in Brüssel verbracht. Hier wollte ich mir einen Überblick über die Akteure und Interessen im Bereich des Wasserstoffs verschaffen. Ich hatte mir jedoch fest vorgenommen, dass dies die einzige Stage im politischen Bereich werden würde. Aus meiner Sicht ist es ein großes Problem, dass im politischen Bereich viel zu wenige Menschen tätig sind, die zuvor außerhalb der Politik Erfahrung gesammelt haben. Meines Erachtens braucht es mehr politische Entscheidungsträger*innen, die wissen, was es bedeutet, außerhalb der Politik zu arbeiten, um anschließend bessere Arbeit in der Politik verrichten zu können. Das Kolleg-Jahr bot mir die einmalige Chance, genau das zu tun, auch wenn aufgrund der besonderen Umstände sehr viel Flexibilität gefragt war.

Spreche, schreibe oder forsche ich heute zum Thema Wasserstoff, so kann ich auf zwei grundlegend verschiedene Erfahrungen zurückgreifen: zum einen auf die hitzigen Diskussionen und komplizierten Zusammenhänge in Brüssel und zum anderen auf die konkrete Planung und Umsetzung eines Projekts zur Erzeugung von Wasserstoff. Interessant war vor allem zu sehen, dass der Wille zum Handeln groß ist, die meisten Akteure sich jedoch noch im Lernprozess befinden – ich selbst mit inbegriffen. Was ich aber bereits weiß, ist, dass die kommenden Jahre den

Grundstein für die nächsten Jahrzehnte legen werden und dass schon heute hart um den Wasserstoffmarkt gekämpft wird.

Mit anderen Worten: Es ist ein idealer Zeitpunkt, um mitzumischen in der Hoffnung, dass sich die Windräder auch in Zukunft weiter drehen. • •

Pierre Krenn beschäftigte sich mit der künftigen Integration und Vernetzung erneuerbarer Energien in den Sektoren Strom, Verkehr und Wärme.

Wind der Veränderung im Senegal

Der erste große Windpark Westafrikas könnte zu einem wichtigen Schritt in Richtung eines nachhaltigen Wachstumspfads werden. Doch die Netzintegration bringt viele Herausforderungen mit sich.

Von Andrea Dertinger

Fünfzig Kilometer nördlich von Dakar ist ein Megaprojekt entstanden: Der erste große Windpark Westafrikas ist 2020 ans Netz gegangen. In einem Land, das vor Kurzem noch 85 Prozent seines Stroms durch die Verbrennung von Diesel erzeugte, ist das ein riesiger Schritt. Der neue Windpark Taïba N'Diaye macht 15 Prozent der senegalesischen Stromleistung aus. Damit hat sich das Land dorthin katapultiert, wo Deutschland nach zehn Jahren des Windenergieausbaus im Jahr 2011 stand.

Gegenwärtig haben etwa zwei Drittel der senegalesischen Bevölkerung Zugang zu Strom. In den kommenden Jahren wird das rasante Bevölkerungswachstum die Nachfrage nach Konsum jeglicher Art weiter in die Höhe schnellen lassen. Bereits jetzt ächzt Dakar unter der Blechlawine, die sich jeden Tag durch die verstopften Straßen der Hauptstadt schiebt. Die Halbinsel ist heute schon von massiver Luft- und Umweltverschmutzung geplagt. Sauberer Strom aus Windkraft wäre ein wichtiger Schritt in Richtung eines nachhaltigeren Wachstumspfads.

So verheißungsvoll der neue Windpark auch ist, er verdeutlicht zugleich, welche Herausforderungen eine schnelle Energiewende mit sich bringen kann. In vielen Ländern Subsahara-Afrikas wurde ein Großteil der Netzinfrastruktur zu Kolonialzeiten gebaut und bedarf inzwischen dringend der Erneuerung. Doch dafür fehlt es an Geld. Die staatlichen Stromversorger sind oft stark verschuldet und auf finanzielle Unterstützung durch die Regierung angewiesen. Nur zwei von 39 afrikanischen Energieversorgern erwirtschaften ausreichend Gewinne, um die notwendigen Investitionen in die Erneuerung und den Ausbau des Netzes zu stemmen. Die Infrastruktur bleibt also auf der Strecke; dabei ist sie eine wichtige Grundlage für mehr erneuerbare Energien im Land.

Stromsysteme folgen einem einfachen Prinzip: Jedes Kilowatt, das ins Netz fließt, muss an anderer Stelle wieder verbraucht werden, sonst droht die Spannung abzuweichen und das Netz bricht zusammen. Da Wind nicht immer gleich stark weht, fließen mal geringere, mal größere Mengen

Der staatliche Stromversorger Senelec zahlt für Energie, die er gar nicht verkauft, und macht so weiter Verluste

an Strom ins Netz, die jedoch nicht immer zum gleichen Zeitpunkt auch nachgefragt werden. Um also die saubere Windenergie aufzunehmen, braucht es ein hohes Maß an Flexibilität, damit das System nicht aus dem Gleichgewicht gerät. Dabei können zum einen eine stabile Netzinfrastruktur und zum anderen flexible Stromerzeuger, Verbraucher oder Stromspeicher helfen, die den überschüssigen Strom aus dem Netz aufnehmen und wieder abgeben können.

Der Balanceakt der Netzintegration könnte für den Windpark im Senegal zum Problem werden – genauer gesagt zum Problem des staatlichen Stromversorgers Senelec, der einen Abnehmervertrag mit dem Windparkbetreiber geschlossen hat. Bereits vor dem Bau der Anlage verfügte Senelec kaum über Reserven, um die Spannung im Netz zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten. Stattdessen schneidet der Versorger hin und wieder ganze Stadtviertel vorübergehend vom Strom ab, wenn ein Zusammenbruch des Netzes droht. Bei unvorhergesehenen Windstromüberschüssen hingegen muss in Zukunft dann der Windpark abgeregelt werden, wenn andernorts die Produktion nicht schnell genug heruntergefahren werden kann, da sonst das Netz überlastet würde. Für den nicht produzierten Strom muss der Betreiber des Windparks aber dennoch entschädigt werden.

Das ist gleich doppelt ineffizient: Der Stromversorger zahlt für Energie, die er gar nicht verkauft, und macht so immer weiter Verluste. Das fehlende Geld muss vom Staat kommen, denn die Bevölkerung könnte eine Erhöhung der ohnehin schon hochsubventionierten Stromtarife nicht stemmen. Gleichzeitig mangelt es vielerorts an einer zuverlässigen Stromversorgung, was wiederum Gesundheitsversorgung erschwert, heimische Produktion, Beschäftigung und Bildungsmöglichkeiten beeinträchtigt und langfristige Entwicklungschancen verhindert.

Stromspeicher als Lösung

Ein Stromspeicher, den der Projektierer des Windparks bis zur Fertigstellung aufstellen wollte, sollte Abhilfe schaffen. Dieser könnte nicht nur kurzfristige Reserven bereitstellen, sondern auch über längere Zeiträume den überschüssigen Strom der Anlage aufnehmen und ihn bei Nachfrageüberhang wieder ans Netz abgeben. Gespräche mit dem Energieversorger liefen bereits, dann kam die Weltbank mit einem Angebot dazwischen. Zu vergünstigten Kreditkonditionen sollte Senelec das Batterieprojekt selbst auf die Beine stellen. Hierfür müssen Anträge gestellt, Ausschreibungen veröffentlicht, Angebote eingeholt und Gelder bewilligt werden – ein Prozess, der zwei Jahre dauern kann.

Für Senelec ist jede Minute, in der der Wind bläst, aber die Rotoren stillstehen, ein finanzieller Verlust – Geld, das dringend für den Ausbau und die Erneuerung des Stromsektors benötigt wird. Unterdessen konkurrieren Privatsektor und Weltbank darum, den ersten netzgebundenen Batteriespeicher auf dem afrikanischen Kontinent zu errichten. Erst wenn hier eine Lösung gefunden ist, kann der Windpark für den Stromsektor des Landes tatsächlich auch nachhaltig sein. • •

Andrea Dertinger hat sich in ihrem Kolleg-Jahr mit klimafreundlichem Wandel von Stromsektoren in Entwicklungs- und Industrieländern beschäftigt.

Wegweiser für den Wandel

Wie verlaufen grüne Transformationsprozesse? Wer bringt den Erfolg: die Gesellschaft, neue Umwelttechnologien oder öffentliche Institutionen? Klar ist: Die Wissenschaft kann uns entscheidend helfen.

Von Daniela Zingler

Jemand hat mal gesagt: Das ist Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment.“ Es waren große Worte, mit denen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Dezember 2019 den Klimaplan der EU vorstellte. Seither dreht sich bei der Europäischen Kommission alles um den „European Green Deal“, der Europas Wirtschaft bis 2050 klimaneutral gestalten soll. Doch nicht nur in Brüssel steht der grüne Wandel auf der Agenda. In Washington will die Weltbank die Finanzierung von grünen Transformationen vorantreiben. Weltweit sorgen sich Unternehmen um die Auswirkungen des grünen Wandels auf ihr Geschäftsmodell. Sie analysieren in ihren Strategieabteilungen, welche Folgen ein CO2-Preis oder eine sinkende Nachfrage nach CO2-intensiven Produkten auf ihre Bilanz haben würde.

Doch was steckt hinter diesen Trendwörtern? Transformationen sind tiefgreifende Veränderungen von Systemen. Als grüne Transformation wird der Übergang von unserer jetzigen CO2-intensiven hin zu einer CO2-armen Wirtschaft verstanden. Die deutsche Energiewende ist ein Beispiel für eine erfolgreiche grüne Transformation des Energieversorgungssystems. Ein wichtiges Merkmal eines solchen Prozesses ist, dass Unternehmen, die Politik, Finanzinstitute und die Zivilgesellschaft daran beteiligt sind und interagieren.

In der Theorie werden drei Ebenen unterschieden, in denen Veränderungen stattfinden: im Regime, in der Landschaft und in Nischen. Die Regime-Ebene stellt das vorherrschende System und dessen Technologien, Institutionen und Akteure dar. Die Landschaftsebene bezieht sich auf Trends und Entwicklungen wie demografische Veränderungen, Krisen oder gesellschaftliche Werte, die das Regime graduell beeinflussen. Nischen sind geschützte Räume, in denen radikale Innovationen stattfinden. Zu einer Transformation kommt es, wenn sich durch Druck aus der Landschaftsebene oder durch Regime-interne Spannungen radikale Innovationen durchsetzen und eine Regimestruktur langfristig verändern.

Schauen wir uns das 3-Ebenen-Modell am Beispiel der Energiewende an: Zu den Veränderungen in der Landschaft gehören das gestiegene Umweltbewusstsein in der Bevölkerung, die Reaktorkatastrophen in Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) sowie die Wahl einer rot-grünen Regierung (1998). Diese Entwicklungen übten Druck auf das Regime der fossilen Energieversorgung aus. Auf der Regime-Ebene wurden das Stromeinspeise-Gesetz (1991) und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (2000) beschlossen. Dies führte zu höherer Nachfrage nach erneuerbaren Energien durch Bürger*innen, da sie Strom in das Netz einspeisen konnten. Das Elektrizitätsnetz wurde graduell dezentralisiert und Hersteller von Wind-, Solar- und Photovoltaikanlagen – Technologien, die zuvor in

Nischen entwickelt wurden – konnten in den Markt eintreten. Heute liegt der Anteil der Erneuerbaren am deutschen Stromverbrauch bei 40 Prozent. Doch welcher Faktor führte zum Erfolg der grünen Transformation? Welche Rolle spielten die Politikinstrumente, welche die Reaktorkatastrophen?

Die Politik trägt eine besondere Verantwortung

Historische Transformationen zeigen, dass politische Entscheidungsträger*innen häufig wichtige Triebfedern waren. So wurden Flugzeuge von einem Nischenprodukt für Wohlhabende durch die starke staatliche Nachfrage im Ersten Weltkrieg und durch öffentliche Investitionen in Flughäfen zur Marktreife gebracht. Heute ist die zivile Luftfahrt ein fester Teil unserer Transportinfrastruktur.

Auch bei grünen Transformationen spielt die Politik eine entscheidende Rolle. Zugleich stellen sich zwei Herausforderungen: Erstens sind grüne Transformationen nicht nur eine technologische oder wirtschaftliche Übung, sondern auch eine soziale. Politiker*innen müssen bei der Formulierung des geeigneten Politik-Mix auf sozialen Ausgleich achten, sonst drohen gesellschaftliche Gegenreaktionen, wie die Gelbwesten-Proteste in Frankreich zeigten. Zweitens bleibt keine Zeit, Maßnahmen zuerst auszuprobieren. Denn während viele historische Transformationen mehrere Jahrzehnte dauerten, erfordert die Begrenzung des Klimawandels schnelles Handeln. Dies zeigen zahlreiche Studien des Weltklimarats IPCC.

Rasch handeln, Innovationen fördern und dabei auch für sozialen Ausgleich sorgen

Wie also kann ein Politik-Mix aussehen, der Innovationen fördert, das bestehende Sektor-Regime verändert und die Interessen der Industrie und Gesellschaft ausgleicht? Unbestritten ist, dass Maßnahmen über die bloße Festlegung eines CO_2-Preises oder die Annahme kühner Emissionsziele hinausgehen müssen. CO_2-Preise können zwar Anreize setzen, sie führen jedoch nicht zu radikalen Innovationen. Umso besorgniserregender ist es, dass 96 Länder in ihren nationalen Klimaschutzzielen einen CO_2-Preis als Hauptinstrument einsetzen.

Den Wandel verstehen

Unser Wissen über den Verlauf von Transformationen steckt nach wie vor in den Kinderschuhen. Der Politik und Unternehmen fehlt die Entscheidungsgrundlage, um Strategien und Maßnahmen zu formulieren. Sie fahren auf Sicht. Viele Lösungsansätze zeigen nur das gewünschte Endergebnis auf. Sie stellen dar, dass zum Beispiel für eine Transformation in der Zementindustrie, der Einsatz von Gas als Energiequelle und die Wiederverwendung von Zement im Jahr 2050 zu x Prozent weniger CO_2-Emissionen führen werden. Allerdings fehlt die Darstellung des Weges dorthin. Sollen Regierungen eine internationale Zementagentur aufbauen? Oder reicht es, Regulierungen für die Wiederverwendung von Zement zu erlassen?

Die entscheidenden Erkenntnisse zur Beantwortung solcher Fragen könnte die Wissenschaft liefern. Expert*innen könnten herausarbeiten, wie Transformationsprozesse verlaufen, wie die Struktur von Industrien die Geschwindigkeit des Wandels beeinflusst und welche Akteure und welche Politikinstrumente wichtig sind. Das Verständnis von historischen Transformationen und der Einsatz neuer Methoden könnten uns dabei helfen,

Zukunftsszenarien zu entwerfen, die Entwicklungen auf der Landschafts-, Regime- und Nischen-Ebene einbeziehen. Auf dieser Grundlage könnte die Politik Maßnahmenpakete definieren und dazu beitragen, dass die Vision der grünen Transformation auch Wirklichkeit wird. • •

Daniela Zingler arbeitete in ihrem Kolleg-Jahr in Washington DC, Brüssel und Stuttgart zur CO_2-armen Wirtschaft und der Rolle der Politik.

Indiens beschwerlicher Weg

Den Energiesektor zu modernisieren und ein „erneuerbares" Land zu werden, sind enorme wirtschaftliche und politische Herausforderungen für das Schwellenland. Aber Wandlungsfähigkeit ist erkennbar.

Von Peter Freudenstein

Es war ein ungewohntes Bild, das sich den Bewohnern Jalandhars in der nordindischen Provinz Punjab Anfang April 2020 bot. Die seit Jahrzehnten von Smog und Ruß verdeckten Gipfel des Dhauldar-Gebirges, ein Ausläufer des Himalaya, waren auf einmal in all ihrer weißen Pracht zu bestaunen. Grund dafür war der zwei Wochen zuvor von Premier Modi ausgerufene landesweite Lockdown. Die Industrie erlahmte, die Straßen waren leer, die Kohlekraftwerke ruhten. Es war ein Moment des Innehaltens, der es den Menschen erlaubte, sich ein anderes Indien auszumalen – ein Land, das erfolgreich einen Energiewandel gemeistert hätte.

Es sollte bei einer kurzen Verschnaufpause bleiben. So ambitioniert die Ziele der Regierung und so bewundernswert der Einsatz und die Erfolge der Verfechter*innen eines Energiewandels in Indien sind, so groß sind auch die strukturellen Hürden. Wie viele andere Schwellenländer bewegt sich Indien in einem Spannungsfeld zwischen Wirtschaftswachstum, steigendem Energiekonsum und dem Anstieg von Treibhausgasemissionen. Zwischen 2010 und 2018 erzielte die Wirtschaft Wachstumsraten von 7 Prozent; 271 Millionen Menschen konnten den Teufelskreis der Armut durchbrechen. Ähnlich stieg in diesem Zeitraum aber auch die Nachfrage nach Strom und Energie – und mit 5 Prozent auch der jährliche CO2-Ausstoß. Zwar hat sich Modi auf internationaler Ebene dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben. Doch kurzfristiges Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung werden im Notfall immer zu Lasten der Natur priorisiert. Es ist nicht absehbar, wann sich dieser Gleichschritt lösen wird.

Kohle spielt eine dominante Rolle in Indien: Sie macht mehr als die Hälfte des Primärenergieverbrauchs und den bei weitem größten Anteil des Stromkonsums aus. Die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass sich Indiens Nachfrage nach Kohle bis 2040 verdoppeln wird. Diese Prognose basiert darauf, dass Indien aus Gründen der Energieversorgungssicherheit und der immensen Energienachfrage verstärkt auf seine eigenen Kohlereserven

zurückgreifen und die heimische Produktion stärken wird.

Tatsache ist aber auch, dass Indien nicht anders kann. Kohle hat nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch einen hohen Stellenwert. Für einige Bundesstaaten ist Kohle die Haupteinnahmequelle und bietet die Arbeitsgrundlage für 15 Millionen Menschen. Coal India Limited, die weltweit größte Kohleproduzentin, gehört zu drei Vierteln dem Staat und generiert Einkommen durch Lizenzgebühren und Steuern. Kohle ist zudem eng verknüpft mit dem Fortbestehen der staatlichen Eisenbahnen. Der Kohletransport steht für einen Großteil der Gewinne von Indian Railways, wodurch es möglich ist, die Preise für Fahrkarten relativ niedrig zu halten. Eine rasche Abkehr von Kohle ist technisch nicht machbar, vor allem aber politisch unmöglich.

Größere Flexibilität erforderlich

Diese politische und gesellschaftliche Verflechtung von Kohle steht stellvertretend für einen Stromsektor, der mehr politischen als ökonomischen oder technischen Logiken folgt. Elektrizität ist seit der Staatsgründung in schädlichem Ausmaß politisiert. Damals galt die eigene Produktion von Strom vor allem als Symbol der Souveränität; heute dient sie oft dem Stimmenfang und damit verbundenen wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungen. Es ist überzeugender, vor Wahlen Tarifsenkungen oder kostenlosen Strom zu versprechen, als nachhaltige und vor allem schmerzhafte Reformen anzukündigen. Marode Stromversorgungsunternehmen, regelmäßige staatliche Subventionen, Quersubventionen durch höhere Preise für Gewerbe und Industrie sowie technologischer Rückstand sind die Folgen.

Zudem ist der Stromsektor, anders als der übrige Energiesektor, stark föderalistisch geprägt. Mit dem „2003 Electricity Act" gab es auf nationaler Ebene zwar eine klarere Aufgabenteilung und damit auch einige Verbesserungen; doch die Umsetzung vor Ort scheitert oft wegen fehlender Koordinierung, falscher Allokation von Finanzen, Rent-Seeking von Lokalpolitiker*innen oder wegen unterschiedlicher Bedürfnisse einzelner Bundesstaaten, die auf nationaler Ebene nur unzureichend abgebildet sind. Die daraus resultierende regulatorische Unsicherheit, in Kombination mit niedrigen Renditen, schreckt ausländische Investoren ab. Dabei sind solche Investitionen notwendig, um das indische Stromnetz mit größerer Flexibilität auszustatten. Denn ohne diese Flexibilität ist das Netz nicht in der Lage, mehr als 20 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen aufzunehmen – und die Energiewende bliebe ein ferner Traum.

Eine rasche Abkehr von Kohle ist weder technisch noch politisch möglich

Dass dieses Worst-Case-Szenario eintreffen könnte, ist nicht unwahrscheinlich. Jedoch hat Indien wiederholt bewiesen, dass es Hindernisse überwinden und erfolgreich sein kann. Als eines der wenigen Länder ist Indien trotz aller Hürden auf 2-Grad-Kurs. Die kürzlich erreichte Kostenparität von neuen Solar- und Wind-Großanlagen mit bestehenden Kohlekraftwerken, die Schaffung einer kritischen Menge an hochqualifizierten Arbeitskräften oder der Kraftakt, alle Haushalte mit Strom versorgen zu können, sind weitere Indizien für seine Wandlungsfähigkeit. • •

Peter Freudenstein arbeitete in seinem Kolleg-Jahr zur indischen Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung geopolitischer Aspekte.

Sicherheit und Digitalisierung

Wie kann Terrorismus auch im Internet bekämpft werden? Welche Rolle spielt KI? Und wird Europa seinen Weg zu technologischer Souveränität finden?

Von Svea Windwehr, Hanna Zinner, Marie Schröter und Ann-Sophie Leonard

Die Neuordnung des Internets

*Die Dominanz privater Konzerne im Internet steht weltweit auf dem Prüfstand. Das kann zur überfälligen Stärkung der Grundrechte von Nutzer*innen führen – oder zu ihrer Unterminierung.*

Von Svea Windwehr

Die Corona-Pandemie hat endgültig gezeigt, wie wichtig Internetzugang für unsere Gesellschaft ist: Das Internet ist zur essenziellen Infrastruktur geworden, vergleichbar mit staatlicher Strom- und Wasserversorgung. Dennoch wird es weitgehend von Konzernen kontrolliert. Die Frage, wie die Macht großer Internetkonzerne eingehegt werden kann, hat sich deshalb zu einem der umkämpftesten Politikfelder unserer Zeit entwickelt.

Seit den Anfangstagen des Internets hat sich vieles geändert: Aus dem Experiment, das sich durch Gleichberechtigung, Anonymität und Freiheit ausgezeichnet hat, ist eine Welt geworden, die von den Interessen einiger weniger privater Konzerne geprägt wird. Anbieter wie Amazon, Google oder Facebook regeln den Zugang zu Informationen, Diensten und Gütern für Internetnutzer*innen auf der ganzen Welt.

Wir verbinden diese Unternehmen meist mit nur einem Produkt: Auf Amazon lässt sich bequem einkaufen, dank Google finden wir Informationen und Facebook ist das soziale Netzwerk unserer Generation. Doch indem die Plattformen ihre Produktpalette ständig erweitern, werden sie zu Pförtnern unseres Online-Lebens. Google-Dienstleistungen wie Gmail oder Google Maps sind allgegenwärtig, Amazons Cloud-Server bilden das Rückgrat der Digitalwirtschaft und Facebook hat unlängst seine eigene Währung vorgestellt. Darüber hinaus werden sogar Teile der physischen Infrastruktur des Internets von der Privatwirtschaft kontrolliert: Allein von 2016 bis 2018 hat Google rund 50 Milliarden Dollar in den Ausbau von Internet-Seekabeln investiert und besitzt mittlerweile fünf Glasfasersysteme mit einer Gesamtlänge von mehreren Zehntausend Kilometern. Bedenkt man die enormen Datenmengen, die Google täglich verarbeitet (bis zu 15 Exabytes, was der Leistung von 30 Millionen Computern entspricht), erscheint das auf den ersten Blick sinnvoll. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, inwieweit ein privater, gewinnorientierter Konzern die Interessen von Nutzer*innen wahren kann.

Diese Entwicklung beschreibt auch die Krux der Internetregulierung: Wer Regeln für die Konzerne aufstellen möchte, muss zuerst anerkennen, dass die Konzerne auch selber regulieren. Von der Infrastruktur, die sie bereitstellen, über die Inhalte, deren Verbreitung sie ermöglichen oder einschränken, bis hin zu den Handlungsräumen, die sie gewähren, aber auch beschneiden. Es geht also immer sowohl um die Regulierung von Internetplattformen als auch um die Regulierung durch sie.

Die Dominanz der Konzerne hat viele Wurzeln, ist aber auch das Ergebnis nationaler und internationaler Internetgesetzgebung. Diese setzen darauf, Innovation und Wachstum der Branche durch laxe Regeln und geringe Verantwortlichkeiten anzukurbeln. Dieser Ansatz beruht vor allem auf der Idee, dass Internetplattformen

nicht haftbar sein sollten für Inhalte, die von Dritten erstellt oder geteilt werden. Dieses Prinzip ist wichtig. Werden Plattformen wie Facebook für illegale Inhalte haftbar gemacht, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch harmlose Beiträge löschen, um Sanktionen zu vermeiden. So ist aber auch ein Ungleichgewicht entstanden. Vor Haftbarkeit geschützt, nehmen Internetplattformen immer größeren Einfluss auf die (digitalen) Realitäten ihrer Nutzer*innen durch algorithmisch kuratierte Vorschläge und invasive Onlinewerbung. Beides basiert auf dem exzessiven Sammeln von Daten.

Europa schreitet voran

Heute werden grundlegende Annahmen der Internetregulierung weltweit auf den Prüfstand gestellt. In der EU wird um neue Regelungen gerungen, die Nutzer*innen wieder mehr Kontrolle über ihre Daten und mehr Rechte auf Internetplattformen geben sollen. Der Digital Services Act, der das europäische Internet für Jahrzehnte prägen wird, bietet die Chance, an die Werte der ersten Tage des Internets anzuknüpfen und die Bedürfnisse von Nutzer*innen wieder in den Vordergrund zu rücken. Denn wir müssen nicht akzeptieren, dass Konzerne unsere Daten massenhaft sammeln und zu Geld machen. Unsere Suchergebnisse müssen nicht von für uns unverständlichen Algorithmen sortiert werden, genauso wie auch unser Newsfeed nicht ohne unser Zutun gestaltet werden muss. Wir müssen die Mauern, durch die Facebook, Google oder Amazon ihre Nutzer*innen auf ihren Plattformen halten, nicht hinnehmen – denn warum sollten wir mit unserem Facebook-Account nicht mit unserem sozialen Netzwerk auf Twitter in Kontakt treten können?

Mit dem Gesetz für digitale Dienste werden die Bedürfnisse der Nutzer wieder in den Vordergrund gerückt

Während Europa einen Neuentwurf wagt, werden in den USA andere Weichen gestellt. So hat Präsident Donald Trump einen persönlichen Streit mit dem Kurznachrichtendienst Twitter zur Staatsaffäre aufgebauscht und mit dem Verbot der chinesischen Videoplattform TikTok gedroht. Auf den ersten Blick mag das der Aktionismus eines Populisten sein; doch Trumps Kurs könnte Millionen von Nutzer*innen eine Plattform zur Meinungsäußerung nehmen und das Internet weiter entlang nationaler Grenzen fragmentieren.

Die Signale aus den USA werden auch in anderen autoritären Staaten empfangen: So hat Indien TikTok und andere chinesische Apps verboten – zum Nachteil der Millionen indischen Nutzer*innen, für die TikTok den digitalen Raum weiter demokratisiert hat. In Brasilien führt ein Gesetz die Vorratsdatenspeicherung von Nachrichten-Apps wie WhatsApp ein und ermächtigt Plattformen, nach eigenem Ermessen Inhalte, die für Kinder schädlich sein könnten, zu löschen. So gefährdet dieses Gesetz, dessen Ziel eigentlich die Eindämmung von Fehlinformationen ist, die Privatsphäre und Meinungsfreiheit von Bürger*innen. Ähnliche Sorgen bereitet ein Gesetz, das kürzlich in der Türkei erlassen wurde. Es baut die Zensurermächtigungen des Erdoğan-Regimes weiter aus und untergräbt damit endgültig die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei.

Durch die Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Gestaltung des Internets signifikante gesamtgesellschaftliche Konsequenzen hat. 2020 wurde die Neuordnung

einiger grundlegender Annahmen über Macht in der digitalen Welt angestoßen. Wir haben daraus gelernt, dass es nie zu spät ist – aber auch, dass mit jeder Chance auf Veränderung das Risiko des Rückschritts einhergeht. Darum ist es umso wichtiger, sich nicht mit einem Platz in der zweiten Reihe des Politikgeschehens zufrieden zu geben. • •

Svea Windwehr arbeitete zur Regulierung von Onlineplattformen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und bei der Electronic Frontier Foundation.

Lost in Translation

Die Europäische Union strebt nach digitaler Souveränität. Was dies genau bedeutet, soll sich in der Abgrenzung sowohl zu den USA als auch zu China zeigen. Doch noch sucht die EU ihren eigenen Weg.

Von Hanna Zinner

Das Berlaymont-Gebäude ist der Hauptsitz der Europäischen Kommission in Brüssel. Nach den Sicherheitskontrollen, vorbei am Friedensnobelpreis, kommt man in die Galerie der ehemaligen Kommissionspräsidenten. Dort dränge ich mich am 3. Dezember 2019 mit Mitarbeiter*innen der Kommission und der Kabinette zwischen die Säulen, um zu sehen, wie Jean-Claude Juncker und seine Nachfolgerin Ursula von der Leyen das neue Porträt an der Wand enthüllen. Nur wenige Tage später und nur wenige Meter weiter hält von der Leyen eine von vielen Pressekonferenzen, um ihre Ziele für die nächsten fünf Jahre vorzustellen. Ein Begriff, den man dort immer öfter hört und der gemeinsam mit von der Leyen Karriere gemacht hat, ist digitale oder technologische Souveränität.

Was genau damit gemeint ist, ist nicht ganz klar; deswegen auch die stellenweise wechselnden Begriffe. Sie tauchen immer wieder auf, in den politischen Richtlinien von der Leyens, in Reden, in Artikeln. Die Formulierung vermischt Vorstellungen von der effektiven Regulierung amerikanischer Digitalkonzerne mit der Hoffnung auf Unabhängigkeit von China in kritischen Technologiebereichen. In Europa sollen eigene Firmen im digitalen Raum erfolgreich werden. Als die EU-Kommission im Februar 2020 ihre Digitalisierungsstrategie vorstellte, veröffentlichte Ursula von der Leyen in mehreren europäischen Zeitungen einen Kommentar zu technologischer Souveränität. Diese definiert sie als die Fähigkeit Europas, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, basierend auf eigenen Werten und unter Einhaltung eigener Regeln. Das muss erst noch mit Inhalt gefüllt werden.

Vint Cerf, ein Mitentwickler des Internets, trägt nun den Titel „Chief Internet Evangelist" bei Google. Im November 2019 diskutierte er auf dem Internet Governance Forum in Berlin über „digitale Souveränität und die Fragmentierung des Internets". Die Initiatoren des Panels sehen das Internet nicht als einen Raum, in dem es

Künstliche Intelligenz eröffnet neue Welten, doch diese Welten brauchen Regeln, so Ursula von der Leyen

staatliche Souveränität geben sollte. Vint Cerf versteht Souveränität anders: „Selbstverständlich wurde das Internet souverän geboren, da alle frei sind daran teilzunehmen." Für ihn ist das souveräne Internet der ursprüngliche, vor allem in den USA verankerte Traum eines digitalen Raumes ohne staatliche Einmischung.

Doch manche Staaten sehen das anders, allen voran China. Deswegen organisiert China seit sieben Jahren den Gegenentwurf zum Internet Governance Forum – die Weltinternetkonferenz. China hat einen Sonderweg eingeschlagen und seine digitale Entwicklung hinter der „großen Firewall" verschanzt. Seither entwickelt es sowohl ein engmaschiges und immer facettenreicheres Zensur- und Überwachungssystem als auch sehr erfolgreiche Firmen wie Alibaba, Baidu oder ByteDance, die neue Produkte wie die Videoclip-App TikTok weltweit vermarkten. Das Schlagwort des Systems? Cybersouveränität.

Ins Europäische übersetzen

Europa scheint einen goldenen Mittelweg zu suchen. Zunächst reagierte die EU auf die USA. Die Enthüllungen des amerikanischen Whistleblowers Edward Snowden trieben die europäische Datenschutzgrundverordnung voran. Die Dominanz von US-Plattformfirmen wie Google führte zu wettbewerbsrechtlichen Untersuchungen durch die EU-Kommission. Gleichzeitig ist der digitale Erfolg amerikanischer Firmen eine Entwicklung, die man gerne „ins Europäische übersetzen" würde: Europa wünscht sich große, erfolgreiche Firmen mit europäischen Werten.

Immer mehr blickt Europa jedoch auf China, um herauszufinden, welche digitale Zukunft wir wollen oder nicht wollen. Ein gutes Beispiel ist Künstliche Intelligenz (KI) – ein wichtiges Thema auch für die Kommissionspräsidentin. In ihrer Rede zur Lage der Union sagte sie im September 2020: „Die künstliche Intelligenz wird uns neue Welten eröffnen, doch auch diese Welten brauchen Regeln." Bereits vor ihrem Amtsantritt wurde eine hochrangige KI-Expert*innengruppe einberufen, die bis Juni 2020 im Amt war und Ethikrichtlinien sowie Investitionsempfehlungen verabschiedet hat. Die Gruppe konzentrierte sich auf die Förderung von KI-Systemen und der Selbstregulierung von Marktteilnehmer*innen. Doch auch ein Verbot wurde empfohlen: die KI-gestützte Bewertung von Bürger*innen.

Europa will präventiv auf das sich entwickelnde chinesische Sozialkreditsystem reagieren, das mit Online- und Offline-Überwachung, die auf KI-gesteuerten Gesichtserkennungssystemen basiert, zu einer Bewertung der Vertrauenswürdigkeit von Bürger*innen und Firmen führen soll. Besorgniserregend ist, dass diese Bewertung zum Teil schon jetzt an den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Rechten geknüpft ist. In Europa will man eine solche Entwicklung unterbinden. Statt vertrauenswürdigen Bürger*innen will die Europäische Kommission durch Regulierung vertrauenswürdige KI-Systeme schaffen.

Die Europäische Union sucht ihren eigenen Weg. Spannend wird es, wenn digitale Souveränität dabei in Aktionen und Gesetze übersetzt wird. • •

Hanna Zinner hat in ihrem Kolleg-Jahr in Brüssel und Sydney zu Cybergovernance gearbeitet.

Trugschluss Algorithmen

Wie kann man gezielter gegen Terrorismus und Extremismus im Internet vorgehen? Algorithmen sind dabei nicht die einzige Lösung; wichtig sind auch eine gesellschaftliche Debatte und Zivilcourage.

Von Marie Schröter

Am 15. März 2019 verübt ein australischer Terrorist blutige Attentate auf zwei Moscheen in Neuseeland. 51 Menschen sterben bei den Anschlägen in Christchurch. Währenddessen überträgt Facebook live; es dauert fast eine halbe Stunde, bis die Übertragung zum ersten Mal gemeldet wird. Zwölf Minuten, nachdem das Video endet, wird es von Facebook entfernt – bis dahin wurde es 400 Mal gesehen. In den folgenden 24 Stunden werden weitere 1,5 Millionen Mal neue Uploads des Videos blockiert oder entfernt. Diese Zahlen verweisen nur auf eine Plattform; wie häufig das Attentat insgesamt im Internet gesehen wurde, kann man nicht schätzen.

Wie konnte es zu einer solchen Tat kommen? Das Phänomen einer reinen Online-Radikalisierung ist umstritten, der Einfluss des Internets aber bestätigt. Günstige, teils verschlüsselte Kommunikation, große Reichweiten und algorithmische Priorisierung von skandalösen Beiträgen machen soziale Medien zu einem geeigneten Feld des sekundenschnellen Verbreitens menschenfeindlicher Narrative. Darüber hinaus können Online-Infrastrukturen zur Verbreitung von Strategien, zu Rekrutierungszwecken und zur Akquise von Finanzen genutzt werden. Die dafür notwendigen Online-Tools reichen von Banking-Apps bis zu Cloud-Speichern.

Soziale Medien werden häufig kritisiert, nicht entschieden genug gegen den Missbrauch ihrer Angebote durch Extremist*innen vorzugehen. Gleichzeitig mangelt es in Politik und Wissenschaft an einheitlichen Definitionen für Terrorismus, extremistische Inhalte oder Hate Speech. Fehlende Regulierung führt dazu, dass Unternehmen selbst über die Grenze zwischen Erlaubt und Unerlaubt entscheiden müssen – was nicht einfach ist.

Eine Antwort der Tech-Industrie ist der Zusammenschluss im Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIF-CT). Dieses Forum hat eine Datenbank mit sogenannten Hashes aufgesetzt, die man sich als digitalen Fingerabdruck der extremistischen Videos und Bilder vorstellen kann. Zudem hat das GIF-CT ein Protokoll erarbeitet, das die Verbreitung von extremistischen Inhalten durch koordiniertes Vorgehen verhindern soll. Die automatische Identifizierung und Entfernung von extremistischen und terroristischen Inhalten im Internet haben sich mittlerweile verbessert, denn die Attentate in Christchurch ließen den Druck enorm steigen. Unter dem Namen Christchurch-Call verbanden sich erstmals Industrie und Politik, um gemeinsam für ein sichereres Internet zu sorgen; Warnungen aus der Wissenschaft existierten bereits seit Längerem.

Deshalb war es nicht überraschend, dass im Oktober 2019 der Attentäter aus Halle nicht live auf Facebook übertrug, sondern auf Twitch. Der zu Amazon gehörende Streaming-Dienst wird vor allem

von Computerspielern genutzt. Stephan B. muss dennoch von der globalen Reichweite überzeugt gewesen sein, denn er kommentierte die Übertragung auf Englisch. Falsch lag er damit nicht: Der Wissenschaftlerin Megan Squire zufolge ist davon auszugehen, dass das Video innerhalb von einer halben Stunde allein in Gruppenchats des Messenger-Dienstes Telegram von über 15 000 Accounts gesehen wurde.

Kleinere Websites sind besonders anfällig für den Missbrauch durch Extremist*innen. Denn nicht immer verfügen deren Betreiber über die Ressourcen, um aufwändige Moderationssysteme zu unterhalten. Oder ein weit gefasstes Verständnis von Meinungsfreiheit führt dazu, dass Inhalte nicht moderiert werden. Die Organisation Tech Against Terrorism (TAT) versucht, kleine Firmen beim Aufbau von Kapazitäten zu unterstützen. Auch die von GIF-CT erstellte Hash-Datenbank soll kleineren Seiten helfen, sich besser zu schützen. Laut TAT gibt es erste Erfolge, doch die Prozesse gehen nur langsam voran. Externe Kontrolle wird durch Geheimhaltungsverträge erschwert, die kleine Firmen unterschreiben müssen, um Unterstützung der Giganten zu erhalten.

Handeln schafft Macht

Trotz einiger Verbesserungen gibt es aber noch immer zwei systemische blinde Flecken: Handeln schafft Macht. Durch die fehlende Regulierung werden durch die handelnden Akteure Normen für die Zukunft gesetzt. GIF-CT und TAT treffen zukunftsweisende Entscheidungen, ohne mit einem entsprechenden Mandat ausgestattet zu sein. Sie kreieren Datensätze, die im Weiteren für Wissenschaft und den Privatsektor verwendet werden, und es ist davon auszugehen, dass dies politische Entscheidungen beeinflussen wird. Die Vollständigkeit dieser Datensätze ist umstritten. Klar ist jedoch, dass die Nutzung verzerrter Datensätze zum Trainieren von Algorithmen Diskriminierung noch verstärkt. Bevor die Daten als Grundlage für technische Lösungen zur Bekämpfung von extremistischem und terroristischem Material genutzt werden können, müssen diese Fragen beantwortet werden. Es ist ein erfreuliches Signal, dass TAT sich im Mai entschlossen hat, nicht nur dschihadistisches Material aufzunehmen, sondern auch rechtsextremistischen Terror zu berücksichtigen. GIF-CT orientiert sich an der Sanktionsliste des UN-Sicherheitsrats, die sich auf islamistischen Extremismus und Terrorismus konzentriert. Dies ist problematisch, denn so bleibt zum Beispiel sexistischer Extremismus unbehelligt.

Automatisierte Entscheidungssysteme unterliegen immer noch katastrophalen Schwächen

Außerdem sollte man sich von der Euphorie über den Alleskönner Algorithmus nicht täuschen lassen. Automatisierte Entscheidungssysteme haben sich zwar signifikant verbessert, unterliegen aber immer noch katastrophalen Schwächen. Die einfache Unterscheidung zwischen Satire, Ironie oder Bedrohung ist eine große Herausforderung für Algorithmen. Sprache ist kontextabhängig, und automatisierte Systeme arbeiten fehlerhaft, wenn es darum geht, komplexe Kontexte zu verstehen. Für viele Sprachen, die keine wirtschaftlich starken Gruppen vertreten, fehlt zudem auch das Interesse, kostspielige Moderationssysteme aufzusetzen. Programmierer führender Technikunternehmen berichten davon, dass die Unternehmen mehr in die Weiterentwicklung existierender Systeme

investieren als in kostspielige Experimente für neue Entdeckungen. Damit Algorithmen Sprache besser verstehen, braucht es jedoch bahnbrechende Erkenntnisse.

Ein Jahr nach den Christchurch-Attentaten veröffentlichte die Denkfabrik Counter Extremism Project eine Liste der Internetseiten, die noch immer das Video der Attentate oder Ausschnitte davon speicherten. Es listete auch Internetforen auf, in denen der Christchurch-Attentäter verherrlicht wird. Extremistisches Gedankengut existiert in dunklen Ecken des Internets. Um dies zu bekämpfen, braucht es vor allem eine gut informierte Gesellschaft und eine Debatte darüber, wie wir uns den digitalen Raum vorstellen. Dies betrifft auch Infrastruktur, die das Teilen und Weiterleiten von Dateien und Geld betreffen. Diese Debatte geht uns alle an und beginnt im Kreise von Freund*innen, Familie oder Kolleg*innen. Und: Zivilcourage gibt es auch online. • •

Marie Schröter arbeitete beim International Centre for the Study of Radicalisation am King´s College London, bei den UN in New York und AlgorithmWatch in Berlin.

KI als Königsdisziplin

Mehr Fragen als Antworten: Technologien wie Künstliche Intelligenz führen zu einem Zielkonflikt zwischen Innovation und Regulierung – auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Von Ann-Sophie Leonard

Es war einmal ein König Midas. Der wünschte sich vom Gott Dionysos: „Lass alles, was ich berühre, zu Gold werden!“ Heute hegen viele die Hoffnung, dass durch Künstliche Intelligenz alle Technologie zu Gold werden möge. Ein solcher Rausch darf jedoch nicht zu einem wahnsinnigen Wunsch mit Ausblendung jeglicher Risiken werden. KI verspricht die Steigerung von Profit, Geschwindigkeit, Automatisierung und Effizienz. Damit geht die Annahme einher, durch den Einsatz von KI einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber der jeweiligen Konkurrenz zu haben – ob zwischen Staaten oder Unternehmen.

Eine voranschreitende Automatisierung ist nicht nur Realität, sondern auch Ideologie. Die Investitionspläne von Ländern wie den USA und China, aber auch Deutschland und Frankreich übertrumpfen sich gegenseitig in ihren Bestrebungen, weltweit führend im Bereich KI zu werden. Künstliche Intelligenz entwickelt sich zur Königsdisziplin des 21. Jahrhunderts, an der sich Fortschritt messen lassen will. Ein Fortschritt, der jedoch nicht ohne Risiken und neue Vulnerabilitäten einhergeht. Dies erfordert einen Diskurs, der über den oberflächlichen Glanz von KI hinausgeht.

Anwendungen von KI basieren auf Datensätzen, die verzerrt, disproportional oder unvollständig sein können. Wenn KI aufgrund eines solchen Datensatzes eine Aussage trifft, kann dies diskrimi-

Auch die NATO braucht einheitliche Standards der KI-Anwendung, um ihre Interoperabilität zu sichern

nierende Folgen nach sich ziehen – wie die Verweigerung eines Kredits, ein fehlerhaftes Gerichtsurteil oder eine falsche Einordnung einer Bildquelle durch eine Drohne. Die Tragweite solcher Ereignisse wird uns meist erst dann bewusst, wenn wir selbst davon betroffen sind.

Eine Verzerrung von Datensätzen kann auch bewusst herbeigeführt werden. Besonders im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind gesicherte Daten von elementarer Bedeutung. Während hier viele Fragen zu Risiken und Regulierung von KI noch ungeklärt sind, ist eine Vulnerabilität bereits vorhanden: Die gezielte Manipulation von Datensätzen durch staatliche oder nichtstaatliche Akteur*innen eröffnet neue Angriffsmöglichkeiten.

Von Risiken und Nebenwirkungen

Mit der wachsenden Abhängigkeit von digitalen Kommunikationswegen und kritischer Infrastruktur verschiebt sich die Landesverteidigung von geografischen Grenzen hin zu Wohnzimmern mit Internetzugang. Ein Smartphone reicht aus, um einen Link in einer Phishing-Mail zu aktivieren, der einem Angreifenden die Hintertür zu geschützten Informationen öffnet. Welche Risiken entstehen nun durch KI? Kann KI zur Reduzierung dieser Risiken beitragen?

Auf der zwischenstaatlichen Ebene ist auch die NATO mit den Herausforderungen durch Automatisierung und KI-Anwendung konfrontiert. Wie steht es um die technologische Interoperabilität des Verteidigungsbündnisses, wenn nur einige der Mitglieder die neuesten Algorithmen und Systeme nutzen, während andere diese stärker regulieren? Und welche Auswirkungen hat dies auf eine gerechte Lastenteilung innerhalb der NATO? Die Antwort ist klar: Gelingt es nicht rechtzeitig, einheitliche Standards zur Anwendung und Regulierung von KI festzulegen, sind nicht nur die technologischen, sondern auch die normativen Schnittmengen zwischen den Mitgliedstaaten gefährdet. Deshalb lautet das Gebot der Stunde: die verschiedenen Standpunkte im Spektrum zwischen Innovation und Regulierung zusammenbringen und zukunftsträchtige Möglichkeiten der Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine besprechen.

Die Geschwindigkeit, mit der KI Anwendung findet, überholt die Geschwindigkeit der Politik, darüber zu beraten, welche Anwendung unbedenklich ist. Verteidigungsrelevante Anwendungen von KI im Cyberraum sind äußerst komplexe Fragestellungen, die zudem durch einen hohen Grad der Spezialisierung und Geheimhaltung gekennzeichnet sind. Doch auch hier bedarf es öffentlicher Debatten, die deshalb mehr gefördert werden müssen.

Trotz intensiver Auseinandersetzung mit Künstlicher Intelligenz in meinem Kolleg-Jahr sehe ich mehr Fragen als Antworten – für mich, meine Mitkollegiat*innen, die Bundesregierung, die NATO, die UN und viele mehr. Und wie lautet die Moral von der Geschicht'? Gold war zu Zeiten von König Midas und ist im Jahr 2021 immer noch die sicherste Form der Geldanlage. Ein Streben nach mehr von diesem Gut ist daher nicht grundsätzlich abzulehnen. Entscheidend ist jedoch der Weg der Transformation. • •

Ann-Sophie Leonard hat das Spannungsfeld von Technologie und Politik beleuchtet, insbesondere die strategischen Auswirkungen neuer Technologien.

Frieden und Fortschritt

In Kolumbien spitzt sich die Lage wieder zu. Wie kann Unterstützung geleistet werden? Ein Grundsatz: So lokal wie möglich, so international wie nötig.

Von Jonas Freist-Held, Julian Watkinson, Mario Domisse, Leonie Harsch, Tamara Krüger und Gabriel Pelloquin

Zwei Städte, zwei Systeme

Medellín und Abu Dhabi zeigen auf ganz unterschiedliche Art und Weise, welchen Geltungs- und Gestaltungsanspruch sie haben. Doch wo möchte man lieber wohnen, wo ist man wirklich glücklich?

Von Jonas Freist-Held

Ein Hauch von Aldous Huxleys „Schöne neue Welt" weht durch die Luft, als die schwarze Limousine auf die sechsspurige Scheich-Hamdan-Bin-Mohammad-Straße im Zentrum Abu Dhabis einbiegt. Links und rechts der Straße ragen gläserne Hochhäuser in den Himmel. Hotels, Bürotürme, Einkaufszentren. „Ich bin sehr glücklich hier", sagt der Taxifahrer und lächelt verkrampft. Er weiß, alles, was im Auto gesagt wird, hört jemand mit. „Ich bin glücklich hier" ist ein Satz, der in diesen Tagen auffällig oft fällt in der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Kein Wunder, schließlich ist es eine Anweisung von ganz oben, vom Scheich Mohammad Bin Rashid Al Maktoum persönlich: Dubai und Abu Dhabi sollen die glücklichsten Städte der Welt werden. Dabei wird nichts dem Zufall überlassen.

Es ist Anfang Februar 2020. Abu Dhabi ist Gastgeber des zehnten World Urban Forum (WUF) der Vereinten Nationen, der weltweit wichtigsten Urbanisierungskonferenz. Kreativität, Innovation, soziale wie kulturelle Vielfalt, Spannungen und Widersprüche: Seit jeher entfalten Städte eine Anziehungskraft, die oftmals über Grenzen hinweg wirkt, die die Wahrnehmung eines ganzen Landes prägt. Was wäre Frankreich ohne Paris oder Brasilien ohne Rio de Janeiro? Doch nicht nur das. Während Nationalstaaten über ihren Umgang mit dem Klimawandel, Digitalisierung oder Migration streiten, sorgen Städte mit kreativen Lösungen für Schlagzeilen. Das Konferenzthema „Städte der Möglichkeiten – Kultur und Innovation verbinden" verkörpert den globalen Geltungs- und Gestaltungsanspruch von Städten. Mehr als 55 Prozent der Menschheit leben heute in Städten, bis 2050 könnten es 70 Prozent sein. Wie Menschen auf der Erde leben, welche Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten sie haben, entscheidet sich immer mehr in urbanen Räumen. Das zehnte WUF zeigt: Die Vorstellungen darüber gehen drastisch auseinander.

Vorbild Medellín

Alejandro Restrepo Montoya spricht leidenschaftlich. Von 2016 bis 2019 war der Architekt Chefplaner für strategische Projekte Medellíns. 1991 galt die kolumbianische Metropole als gefährlichste Stadt der Welt. Heute ist sie globales Vorbild für urbane Innovationen. Montoya erzählt, wie die Stadt mit massiven Investitionen in Schulen, Bibliotheken und Sportanlagen die Lebensbedingungen in den ärmsten Comunas, wie die Stadtviertel genannt werden, verbessert. Und dass innovative Verkehrsprojekte wie die Metro Cables (Seilbahnen) die Armenviertel an den Berghängen an das städtische Leben anbinden. Neue öffentliche Plätze und Parks werden gebaut, um die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Alltag zusammenzubringen, auch die mittlerweile über 100 000 venezolanischen Flüchtlinge.

Die Zivilgesellschaft ist eine treibende Kraft hinter diesen Entwicklungen. Mit Straßenfesten und -theater wurden öffentliche Räume von kriminellen Banden zurückerobert. 575 000 der 2,5 Millionen Einwohner*innen Medellíns sind als Opfer der kolumbianischen Gewaltkonflikte registriert; bis heute ist das Vertrauen vieler Menschen in den Staat gering. Umso wichtiger ist die enge Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit den informellen Strukturen in den Comunas, mit Künstler*innen, Universitäten und dem Privatsektor. Alle vier Jahre werden integrierte Entwicklungspläne für die 16 Comunas ausgearbeitet, ein gesetzlich garantiertes partizipatives Budget gibt den Menschen Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand.

„Der demokratische Prozess, gemeinsam unsere Stadt zu bauen, ist die Basis des erfolgreichen Weges, den wir eingeschlagen haben“, betont Montoya. Auch andere Herausforderungen geht Medellín offensiv und partizipativ an. 2019 hat die Stadt gleich mehrere internationale Preise für ihre innovativen Projekte im Kampf gegen den Klimawandel gewonnen.

Abu Dhabi lässt bauen

Von solch lästigem partizipativen Klein-Klein will sich die Regierung in Abu Dhabi gar nicht erst aufhalten lassen. Denn sie hat Großes vor. Die VAE haben eines der liberalsten Visaregime der Welt. Nur 11,6 Prozent der knapp 9,8 Millionen starken Bevölkerung sind Emiratis. Für Geschäftsleute, aber auch für immer mehr Forschende aus Nordamerika, Europa und Asien sind Abu Dhabi und Dubai attraktive und vor allem lukrative Standorte. Den Löwenanteil der Bevölkerung machen aber Menschen aus Indien, Bangladesch und Pakistan aus. Sie arbeiten unter oftmals prekären Bedingungen im Servicebereich oder auf dem Bau. Sie bauen die Stadt, in der die mit staatlichen Subventionen und Jobs versorgten Emiratis gerne leben und die sie den Tourist*innen dieser Welt gerne zeigen möchten. Für die Millionen Gastarbeiter*innen ist dort aber kein Platz. Sie leben in Sammelunterkünften am Rande der Stadt; in den Augen vieler Emiratis sind sie Menschen zweiter Klasse.

Demokratische Partizipation versus prestigeträchtige Projekte ohne Finanzlimit: Jede Stadt geht anders vor

Bis zu 16 Stunden am Tag arbeitet er, erzählt der Taxifahrer, als das Auto die Brücke zur neuen Museumsinsel passiert. „Sieben Tage die Woche.“ Dabei ist Taxifahren noch einer der besseren Jobs. Als moderne Sklaverei hat Human Rights Watch die Arbeitsbedingungen auf den zahlreichen Baustellen der Stadt bezeichnet. Eines der prestigeträchtigsten Projekte wurde 2017 fertiggestellt: das Louvre Abu Dhabi des französischen Stararchitekten Jean Nouvel. Die sorgfältig kuratierte Ausstellung beschwört die kulturellen Verflechtungen der Weltregionen, die Vielfalt der Religionen und die Würde des Menschen. Wie das mit den Arbeitsbedingungen des Baus zusammenpasst? Mit der unterschiedlichen Behandlung von Menschen im Land? Geschenkt. Allein eine Milliarde Euro hat das Emirat für Namensrechte und Exponate des weltbekannten Pariser Vorbilds hingeblättert.

Die Kosten sind zweitrangig, finanziell wie menschlich. Das Louvre ist Teil der Strategie Abu Dhabis, sich als kosmopolitische Weltstadt zu inszenieren. Beeindrucken soll auch die urbane Kunst, die weltberühmte Street-Art-Künstler wie der Brasilianer Kobra für horrende Honorare

an ausgewählte Wände der Stadt malen. Sein jüngstes, von der Regierung in Auftrag gegebenes Werk soll Vielfalt und Toleranz verkörpern.

Schein und Sein

In Medellín, wie in vielen Städten weltweit, ist Street Art oftmals ein Medium der politischen Kommunikation, von Menschen, die sich Gehör verschaffen oder ihrer Kritik an gesellschaftlichen Strukturen Ausdruck verleihen wollen. Sie ist meistens impulsiv, provokativ, emotional, spontan. In Abu Dhabi aber ist sie ein kühl kalkulierter, zugekaufter Baustein der kosmopolitischen Fassade eines zutiefst autoritären Regimes. Seit Jahren warnt der Stadtsoziologe Richard Sennet davor, dass Repressionen und Technologie soziale Prozesse und die kreative Freiheit der Menschen im urbanen Raum einschränken. Als eine der wenigen kritischen Stimmen, die auf dem WUF zu vernehmen sind, berichtet er von seinem Besuch in Masdar City am Rande Abu Dhabis. Die Ökostadt wird seit 2008 aus dem Wüstenboden gestampft, die künftige Bevölkerung soll relativ wenig Ressourcen verbrauchen. Sennet runzelt die Stirn: „Aber welcher Mensch will in einer Stadt leben, in der er keine Mitsprache hat? Ich wünsche mir, dass die Zukunft unserer Städte demokratisch ist."

Medellín verfolgt mit mühsamen partizipativen Prozessen das Ziel, aus einer Stadt am Abgrund mit limitierten Ressourcen ein Zuhause für alle zu machen. Abu Dhabi erkauft sich das Image einer Weltstadt und setzt seine Weltstadtfantasien mit repressiven Mitteln durch. Gehorsam und Ordnung werden großgeschrieben. In beiden Städten spielen Kultur und Innovation eine zentrale Rolle. Ihre Funktion könnte aber unterschiedlicher nicht sein.

Der viel beschworene Kampf der Systeme, zwischen Autoritarismus und Demokratie, er spielt sich nicht nur auf der globalen Ebene ab. Er bestimmt längst die Lebensrealitäten in den Städten dieser Welt. Ein Blick hinter die Fassade dieser schönen neuen Welt zeigt: Glück ist nicht überall drin, wo Glück draufsteht. • •

Jonas Freist-Held hat in seinem Kolleg-Jahr zu urbanen Konflikten und zur Rolle von Städten bei der Lösung von globalen Herausforderungen gearbeitet.

Der Konflikt, der keiner sein soll

Vier Jahre nach dem Friedensabkommen spitzt sich in Kolumbien die Lage wieder zu: Der Staat wendet sich vom Friedensprozess ab, Guerillagruppen und Paramilitärs kämpfen um territoriale Expansion.

Von Julian Allan Watkinson

Als Staatspräsident Juan Manuel Santos und der Guerillaführer der FARC-EP, Rodrigo Londoño Echeverri, am 24. November 2016 ein Friedensabkommen unterzeichneten, fühlte es sich an wie das Ende des jahrzehntelangen Bürgerkriegs in Kolumbien, der über 220 000 Menschen das Leben gekostet hat.

Santos erhielt noch im selben Jahr den Friedensnobelpreis. Während die internationale Gemeinschaft das Friedensabkommen, das die Reintegration der ehemaligen FARC-EP-Kämpfer*innen in die Gesellschaft durch eine politische Beteiligung vorsieht, als historischen Erfolg betrachtete, war die Bevölkerung eher skeptisch. Doch ein Erfolg war unübersehbar: Seit Beginn der Friedensverhandlungen 2012 hatte sich der Konflikt sukzessive verringert. In den 1990er Jahren galt Kolumbien als das gefährlichste Land der Welt, 2017 hatte es die niedrigste Mordrate seit 42 Jahren.

Auch die internationale Wahrnehmung des Landes änderte sich. Ab 2010 reisten Tourist*innen wieder in die entlegensten Landesteile, die zuvor selbst für Einheimische No-go-Zonen gewesen waren. Ausländische Direktinvestitionen vervielfachten sich und das Land erlebte einen Wirtschaftsaufschwung, der die Armut deutlich verringerte.

Nur eine kurze Verschnaufpause?

Vier Jahre nach dem Friedensabkommen hat sich die Lage erst schleichend und dann radikal verändert: Der bewaffnete Konflikt ist kurz davor, erneut zu entfachen. 1,8 Millionen venezolanischer Flüchtlinge sind ins Land gekommen und erschweren die Lage in den städtischen Regionen. Und die Corona-Pandemie verschärft die humanitären Probleme, besonders der indigenen Bevölkerung.

Die aktuelle Regierung interpretiert die Umsetzung des Friedensabkommens gänzlich neu. Ehemalige FARC-EP-Kämpfer*innen werden zu hunderten ermordet, die Sicherheitsgarantien des Staates sind unzureichend bis nicht vorhanden. Das Machtvakuum, das die Auflösung der FARC-EP hinterließ (sie war bisweilen in über 600 der 1051 Gemeinden präsent),

Die Ursachen des Konflikts sind noch nicht behoben: die ungerechte Verteilung von Land, die große Ungleichheit

wurde schnell von den 22 weiterhin aktiven bewaffneten Gruppen kompensiert. Ihr Einfluss auf die lokale ländliche Bevölkerung bleibt signifikant, denn der Staat hat es nicht geschafft, seine Präsenz dort auszubauen. Warum? Die Topografie erschwert den Zugang zu weiten Landesteilen. Sie sind nur per Boot, mit mehrtägigen Fußmärschen oder mit kleinmotorigen Propellermaschinen erreichbar. Aber vor allem: Die Ursachen des Konflikts wurden nicht angegangen.

Kolumbien ist das zweitungleichste Land auf dem ungleichsten Kontinent der Welt. Die ungerechte Verteilung von Land, ein Relikt der Kolonialzeit, existiert fast unverändert. Fehlende Investitionen in ruralen Gegenden verschärfen die Problematik. Dies hat zur Folge, dass Teile der armen, meist ländlichen Bevölkerung kriminellen Aktivitäten nachgehen, weil diese ihnen eine wirtschaftliche Perspektive bieten. Dazu gehören der Schmuggel von Benzin und illegaler Güter über die Grenze nach Venezuela sowie der Drogenanbau und -handel: Geschätzte 70 Prozent des weltweiten Kokains kommen aus Kolumbien.

Und die Corona-Pandemie? Sie hat neben den massiven gesundheitlichen Auswirkungen und der monatelangen landesweiten Quarantäne mit ihren sozioökonomischen Folgen (u.a. der Wiedervertreibung venezolanischer Flüchtlinge) den bewaffneten Milizen geholfen. Sie haben die Zeit genutzt, um ihre territoriale Präsenz und Kontrolle auszuweiten. Anstatt Frieden gibt es laut Angaben

des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz derzeit fünf bewaffnete Konflikte im Land, an denen auch viele Dissidentengruppen der FARC-EP beteiligt sind. Allein zwischen Januar und Oktober 2020 wurden über 70 Massaker an der Zivilbevölkerung gezählt. Hinzu kommen Massenvertreibungen von Zivilisten, vorwiegend indigener Menschen, durch bewaffnete Gruppen. Seit dem Friedensabkommen und mit deutlich steigender Tendenz in letzter Zeit nehmen bewaffnete Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu. Über 450 000 Binnenvertriebene wurden seit 2016 registriert. Zum Alltag der ländlichen Bevölkerung gehören ständige Drohungen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sowie die Gefährdung durch Landminen, die immer wieder Menschenleben fordern. Aktivist*innen und Journalisten, die sich für die Rechte der Bedürftigsten einsetzen, werden zum Schweigen gebracht: Kolumbien ist seit 2018 das Land, in dem die meisten Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen getötet wurden.

Das Dilemma der humanitären Hilfe

Tourist*innen sehen Kolumbien aus einem anderen Blickwinkel, ihre Urlaubsfotos lassen die Gewalt vergessen. Für internationale Geldgeber ist Kolumbien ein wirtschaftlich wachsendes Schwellenland, in dem das Friedensabkommen den Konflikt beendet hat. Dies hat Folgen für die Finanzierung der humanitären Akteure. Kolumbien ist seit Jahren eine der unterfinanziertesten humanitären Krisen der Welt. Währenddessen pflegt die Regierung das Narrativ eines Landes, in dem Krieg der Vergangenheit angehört. Es gäbe nur noch „bewaffnete Gewalt“ in wenigen Landesteilen, keine „bewaffneten Konflikte“ mehr. Daher brauche man auch nicht mehr so viele internationale NGOs und auch Agenturen der UN – sie sind im Lande nicht mehr erwünscht. Einige Akteure mussten Kolumbien bereits verlassen, andere stehen kurz vor der Abreise. Mit Scheinnormalität wird um internationales Kapital geworben.

Bewaffnete Milizen haben die monatelange Quarantäne genutzt, um ihre Präsenz und Kontrolle auszuweiten

Die humanitäre Hilfe steht vor einem Dilemma. Die soziale Gerechtigkeit, auf die Echeverri gehofft hatte, ist ausgeblieben. Die humanitären Akteure sehen, wie die Bedürftigkeit weiter Teile der Bevölkerung, vor allem die der indigenen Menschen, wieder ansteigt. Zugleich greifen Tausende von ehemaligen FARC-EP-Kämpfer*innen wieder zu den Waffen. Die wachsende Unzufriedenheit ist der Nährboden für den erneuten Aufstieg bewaffneter Gruppierungen. Um dies zu verhindern, braucht es den politischen Willen zu weitreichenden Reformen sowie eine glaubwürdige Verpflichtung auf den Friedensprozess. Die staatliche Politik ist nicht auf diesem Weg, im Gegenteil. Angebote verschiedener Milizen zu Friedensverhandlungen blieben 2020 allesamt unbeantwortet.

Daher bedarf es einer anderen Lösung: Humanitäre Hilfe kann Leid temporär lindern – und Zeit gewinnen, für eine politische Lösung. Doch bisher fehlt es an Kenntnis der Lage, an finanzieller Hilfe und an internationaler politischer Unterstützung. Bleibt es so, besteht die Gefahr, dass der bewaffnete Konflikt auf das ganze Land übergreift und den Fortschritt vergangener Jahrzehnte zunichte macht. • •

Julian Allan Watkinson beschäftigte sich zunächst mit chinesischer Entwicklungszusammenarbeit. Mit Beginn der Pandemie wechselte er in die humanitäre Hilfe.

Wo sind die Stellschrauben?

Bei der Friedensförderung verändern sich oftmals die Rahmenbedingungen: Wie können dann Flexibilität vor Ort und Rechenschaftslegung in den Hauptstädten besser miteinander vereinbart werden?

Von Mario Domisse

Krisen können alles ändern und weitreichendes Umdenken erfordern: Die Corona-Pandemie zeigt im Extrem, wie ressortübergreifend umgesteuert werden muss, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Dies gilt auch für die Friedensförderung, die durch verschiedenste Maßnahmen darauf abzielt, Gewaltkonflikte zu mindern und Frieden wahrscheinlicher zu machen.

In der Friedensförderung sind veränderte Rahmenbedingungen keine Ausnahme, sondern die Regel. So kann zum Beispiel eine Präsidentschaftswahl in Tansania die eben noch reformbereite Polizei zu einem potenziellen Instrument autoritärer Herrschaft umfunktionieren. Umgekehrt müssen veränderte Rahmenbedingungen nicht immer negativ sein: 2018 beendete der neue äthiopische Ministerpräsident überraschend einen Krieg, befreite politische Gefangene, kündigte freie Wahlen an und eröffnete friedensfördernden Organisationen damit plötzlich viele Handlungsoptionen.

Ob positiv oder nicht, veränderte Kontexte gehen mit der Frage einher: Was jetzt tun? Denn laufende Projekte wurden in der Regel entlang statischer Kontextanalysen entworfen, die schnell obsolet werden. Alle unter dem Begriff „Friedensförderung“ versammelten Institutionen – finanzierende Ministerien, planende Hauptquartiere von Umsetzungsorganisationen, mit der Umsetzung befasste, lokale Nichtregierungsorganisationen – geben eine ähnliche Antwort: Unsere Vorhaben passen nicht mehr so recht, jetzt braucht es genaue Analysen des neuen politischen Kontexts und dann muss flexibel reagiert werden. Der bürokratische Fingerzeig ist zu simpel.

Doch wer in der Friedensbürokratie ist verantwortlich dafür, flexibel zu reagieren und Programme anzupassen? Oft lautet die etwas reflexhafte Antwort: Natürlich die Verantwortlichen vor Ort. Das können politische Stiftungen sein, die mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und Parteien zusammenarbeiten, oder internationale wie lokale NGOs. Aber politisches Hintergrundwissen zu haben, bedeutet nicht automatisch, flexibel reagieren zu können oder wollen.

Viele Gründe für unflexibles Agieren sind unspektakulär und menschlich. So besteht die Zusammenarbeit mit der eingangs erwähnten, neuerdings aber problematischen Polizei schon lange, es bestehen vertrauenswürdige Kontakte, es wurde bereits zu viel investiert, um jetzt aufzuhören. Andererseits gibt es auch bürokratische Hürden. Es kann ungewiss sein, wie Änderungen in den mit den Geldgebenden vereinbarten Leistungskatalog passen oder wer Zeit hat, einen Antrag auf Projektmittelanpassung zu schreiben. Und was geschieht, wenn nicht rechtzeitig eine neue Partnerorganisation gefunden wird oder das lokale Innenministerium

sich weigert, eine kurzfristig anberaumte Dialogveranstaltung zu genehmigen? Wenn veranschlagte Mittel nicht ausgegeben werden, könnte das im Folgejahr zu einer Kürzung von Geldern führen.

Der Fingerzeig der umsetzenden Organisationen geht also in Richtung des Geldes, zu den Hauptquartieren und den Ministerien: Dort müssten erstmal die Vorgaben geschaffen werden, damit flexibel auf Veränderungen reagiert werden kann.

Rechenschaftspflicht und Flexibilität

An Verständnis für diese Forderung mangelt es dort, im Kern der Friedensbürokratie, keinesfalls. Die Projektverantwortlichen teilen schließlich die Ziele der Menschen vor Ort und wissen, dass lokal gehandelt werden muss. Jedoch ist die Struktur der geldgebenden Organisationen zuvorderst auf Rechenschaft ausgelegt: Steuermittel müssen für angebrachte Zwecke verwendet werden.

Erreicht wird Rechenschaftslegung durch Messbarkeit. Wer „messbare" Erfolge vorweisen will, kann unter den richtigen politischen Bedingungen ein paar hundert Polizist*innen für Menschen- und Bürgerrechte sensibilisieren. Wird die direkte Zusammenarbeit mit der Polizei jedoch politisch schwierig, läge zum Beispiel die Förderung zivilgesellschaftlicher Gruppen nahe, die weiterhin positiven Einfluss auf die Polizei nehmen könnten. Doch sind Projektmittel dafür oft zu unflexibel – die einfachste, noch im selben Haushaltsjahr zugleich realisier- und messbare Alternative ist dann die Anschaffung eines neues Projektfahrzeugs.

Wo also sind die bürokratischen Stellschrauben, die beide Seiten der Friedensbürokratie verbinden? Wie werden Flexibilität vor Ort und Rechenschaftslegung in den Hauptstädten besser miteinander vereinbar? Am Anfang stehen Ausschreibungen für Projektanträge, zum Beispiel durch das Auswärtige Amt. Diese sollten klar kommunizieren, wie vage und abhängig von politischen Rahmenbedingungen Ziele sind. Implementierenden wird so die Erlaubnis erteilt, Maßnahmen laufender Projekte anzupassen. Um den Zuschlag zu erhalten, müssten Projektanträge im Gegenzug die Fähigkeit zur Flexibilität demonstrieren, indem sie laut über alternative Handlungsoptionen nachdenken.

Mehr Flexibilität ist dabei kein Blankoscheck: Während und nach dem Projekt bewerten Geldgebende die Angemessenheit der Mittelverwendung – jedoch mehr entlang (veränderter) Rahmenbedingungen als anhand von Checklisten. Das ist subjektiver, verlangt also ein gesteigertes Maß an Vertrauen. Erstmal bedeutet das mehr Arbeit – deshalb braucht es in den Ministerien mehr Gelder für Kapazitätsaufbau bei Sachbearbeiter*innen. Zugleich kann inkrementell geschraubt werden: Projektverantwortliche vor Ort und in den Ministerien können Pilotversuche initiieren, um flexiblere Projektmodelle zu testen. Mittelverantwortliche können sich fragen: Braucht es bei diesem Teilziel wirklich einen messbaren Output – oder lässt sich Projekterfolg besser anhand von regelmäßigen Lageberichten bewerten? Solange hinter solchen Berichten ein durchdachtes Monitoring-System steht, muss Flexibilität nicht Beliebigkeit bedeuten. Vielmehr wird nachvollziehbar, weshalb eine Maßnahme nicht durchgeführt wurde oder angepasst werden musste.

Steuermittel müssen für angebrachte Zwecke verwendet werden – und das soll natürlich überprüft werden

Externe Evaluator*innen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie können die Ziel- und Selbstverständnisse aller Beteiligten, ihre Handlungsweisen und bürokratischen Rahmenbedingungen sowie die Bedürfnisse der Zielgruppen beurteilen. Indem sie die Wirkungs- und Steuerungslogiken von ganzen Organisationen oder einzelnen Projekten bewerten, sind sie bestens positioniert, auch Möglichkeiten veränderter Steuerung aufzuzeigen. Andere Probleme und unzureichend genutzte Potenziale lassen sich am besten mit Blick auf das große Ganze identifizieren: So fordern Denkfabriken zum Beispiel eine „Start-up-Fehlerkultur“ und damit eine flexiblere, risikobereitere Friedensförderung. Oder sie mahnen Reformen im Zuwendungsrecht an, weil oft einjährige Projektlaufzeiten in der Friedensförderung zu ineffizienten Steuerungspraktiken und suboptimalen Ergebnissen führen.

All das zeigt: Es gibt Stellschrauben bei Geldgebenden und Implementierenden sowie auf systemischer Ebene. Letztlich ist die Friedensbürokratie ein komplexes System, in dem keine einzelne, kurzfristige Maßnahme zum Ziel führen wird. Und dann ist da noch die Sache mit den stetig veränderlichen Rahmenbedingungen. • •

Mario Domisse hat im Kolleg-Jahr zu bürokratischer Steuerung friedenspolitischer Instrumente gearbeitet.

Lokalisierung humanitärer Hilfe

So lokal wie möglich, so international wie nötig – nach diesem Prinzip sollte Unterstützung organisiert werden, damit sie bestmöglich wirken kann.

Von Leonie Harsch

In der jordanischen Stadt Irbid, unweit der Grenze zu Syrien, treffe ich im Herbst 2019 Vertreter*innen eines gemeinnützigen Vereins, um im Auftrag einer internationalen Nichtregierungsorganisation über die künftige Zusammenarbeit zu sprechen. Seit Beginn des Konflikts im Nachbarland haben zahlreiche internationale Organisationen mit dem Verein kooperiert, um geflüchtete Menschen zu unterstützen. Als lokaler Partner war er hauptsächlich für Logistik und Dienstleistungen wie das Bereitstellen von Ortskenntnissen und Kontakten zur Bevölkerung zuständig. Vieles spricht dafür, die Rolle lokaler Akteur*innen zu stärken: Sie sind im Krisenfall als erste und langfristig vor Ort. Sie wissen um lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse und können durch ihre Netzwerke Menschen mobilisieren und erreichen.

Während des Mercator Kollegs bin ich der Frage nachgegangen, in welchen Rollen lokale und internationale Organisationen von Konflikten betroffene Menschen möglichst effektiv und nachhaltig unterstützen können. Sie steht im Mittelpunkt eines Reformprozesses zur „Lokalisierung humanitärer Hilfe“. Humanitäre Maßnahmen sollten „so lokal wie möglich, so international wie nötig“ sein. So drückte

es der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon 2016 beim Humanitären Weltgipfel aus und betonte damit Subsidiarität als Leitprinzip. Zahlreiche Geberländer, UN- und internationale Organisationen verpflichteten sich zu diesem Grundsatz und sagten zu, den Anteil humanitärer Finanzierung, über den lokale und nationale Akteur*innen selbst verfügen können, bis 2020 von 1 auf 25 Prozent zu erhöhen.

Hilfsbedürftige sind nicht passiv

Auch der Globale Pakt für Flüchtlinge von 2018 setzte das Thema Lokalisierung ganz oben auf die Agenda; Fortschritte sollten im Dezember 2019 beim ersten Globalen Flüchtlingsforum in Genf überprüft werden. Ein Satz fiel mir dort als Zuhörerin immer wieder auf: „We need to change the narrative", „wir müssen den Diskurs verändern". Dies bezieht sich auf Menschen in humanitären Notlagen: Anders als in Medienberichten und Spendenkampagnen oft dargestellt, sind sie keine passiven Hilfsempfänger*innen, sondern handlungsfähig, verfügen oft über ein genaues Verständnis ihrer Situation und leisten vielfältige Beiträge zum Schutz und zur Unterstützung anderer Menschen.

Zentral für den Prozess der Lokalisierung ist eine Verschiebung von Entscheidungsmacht und Ressourcen – von der „internationalen", meist mit dem Globalen Norden, oft mit Weißsein assoziierten Ebene auf die lokale, zivilgesellschaftliche Ebene. Das geht einher mit einer Verlagerung von Führungsrollen von großen, multilateralen Organisationen hin zu betroffenen Gemeinschaften und lokalen Akteur*innen. Dahinter steht die Annahme, dass humanitäre Unterstützung angemessener und effizienter ist, wenn die Menschen, die sie erreichen soll, sie maßgeblich mitgestalten. Unterstützungsangebote sollen in bestehende lokale Strukturen eingebettet und diese gestärkt und ergänzt werden, anstatt sie „von außen" zu ersetzen.

Unterstützung ist effizienter, wenn die Menschen, die sie erreichen soll, sie maßgeblich mitgestalten

Die Realität der humanitären Zusammenarbeit sieht zum Teil anders aus. Das zeigt sich bei der Konferenz in Genf: Während im Völkerbundpalast Regierungschef*innen und Vertreter*innen großer Organisationen und Unternehmen Reden halten, finden die einzigen Panels, die von Aktivist*innen und humanitären Akteur*innen mit Fluchterfahrung geleitet werden, außerhalb des Hauptgeländes statt. Zwar bekommen einige Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und geflüchteter Menschen Redezeit im Völkerbundpalast. Doch ausgerechnet die Panels, deren Fokus auf der Teilhabe geflüchteter Menschen und dem Einfluss lokaler Institutionen liegt, sind Teil des Rahmenprogramms.

Auch das 2016 gesetzte Ziel, lokalen und nationalen Akteur*innen mehr direkte Finanzierung zukommen zu lassen, wurde nicht annähernd erreicht: 2019 erhielten sie nur 2 bis 4 Prozent humanitärer Gelder. So bleiben lokale Akteur*innen weiterhin vom Zugang zu Mitteln und Gestaltungsspielraum ausgeschlossen. Als Voraussetzung, dies zu ändern, wird oft das Schlagwort „Kapazitätsaufbau" genannt: Wenn lokale Akteur*innen die erforderlichen Fähigkeiten erworben haben, werden sie Entscheidungs- und Planungsprozesse anführen und größere Budgets selbst verwalten können. Dazu sagte Janemary Ruhundwa, Direktorin der tansanischen

NGO DIGNITY Kwanza, beim Flüchtlingsforum: „Organisationen wie UNHCR implementieren die meisten Aktivitäten zwar durch lokale Partnerorganisationen, aber nicht auf Augenhöhe; die lokalen Partner setzen die Pläne nur um. Anders als viele Geldgebende annehmen, verfügen wir über Fachkenntnisse und ein Verständnis des Kontexts. Was fehlt, ist Unterstützung, diese Kapazitäten zu nutzen.“ An anderer Stelle fasste Fadi Hallisso, Leiter der im Libanon von geflüchteten Menschen gegründeten Organisation Basmeh & Zeitooneh, seine Erfahrung zusammen: „Als nationale NGO stecken wir für immer in einer Kapazitätsaufbauschule fest, ohne Perspektive, diese jemals abzuschließen.“

Was muss also passieren? Internationale Organisationen sollten fragen: Was wird vor Ort gebraucht? Was können wir beitragen? Es geht darum, betroffene Menschen und Gemeinschaften in die Lage zu versetzen, die Gestaltung humanitärer Unterstützung zu leiten, und deren Umsetzung da zu unterstützen, wo zusätzlicher Bedarf an Fachkenntnissen und Ressourcen besteht. Wie das aussehen kann, zeigt eine Kooperation der internationalen NGO, in deren Arbeit ich in Jordanien Einblicke erhalten durfte, in der Autonomen Region Kurdistan.

Dort gründete und leitet ein Mitarbeiter einer lokalen Organisation, selbst aus Syrien geflüchtet, ein Community-Zentrum für Menschen in Notsituationen. Der internationale Partner unterstützt nach Bedarf durch Trainings, fachlichen Austausch oder im Berichtswesen. Lokalisierung setzt die Bereitschaft voraus, lokale Expertise anzuerkennen und Kontrolle und Machtpositionen abzugeben. Dann ist sie nicht nur ein technischer Ansatz zur Effizienzsteigerung, sondern zentral für den Abbau neokolonialer Strukturen innerhalb der humanitären Systems.

Wenn die Rollen geflüchteter Menschen und lokaler Akteur*innen anders erzählt werden, müssen komplementär dazu auch die Rollen etablierter Akteur*innen weiter und neu gedacht werden. Ein Wandel der Zusammenarbeit hin zu mehr Handlungsmacht und Mitbestimmung betroffener Menschen erfordert einen Wandel des klassischen humanitären Narrativs. • •

Leonie Harsch arbeitete im Kolleg-Jahr mit verschiedenen NGOs in Jordanien, Deutschland und digital.

Niemanden zurücklassen

Wenn wir Missstände nicht aktiv angehen, tragen wir zu ihrem Fortbestand bei. Auch im humanitären Sektor müssen wir das Inklusionsversprechen halten. Dafür braucht es einen systemischen Wandel.

Von Tamara Krüger

Du wirst für deine Genderexpertise eingeflogen, arbeitest an einer Analyse, präsentierst einen Aktionsplan. Dann wird ein Kästchen angekreuzt und man sagt dir, naja, wir haben kein Budget und eigentlich sind Menschenleben gerade

wichtiger als Geschlechtergleichheit." Jessica Menon, die ich für meine Recherche zu inklusiven und gendertransformativen Ansätzen in der humanitären Zusammenarbeit befrage, trifft die Erfahrungen meines Kolleg-Jahres auf den Punkt. Die Mitbegründerin des Start-ups „Equilo" fährt fort: „Leute denken, Gender sei ein kompliziertes, akademisches und unanwendbares Konstrukt. Sie denken, Gender sei ein Add-On – schön zu haben, aber kein Muss. Dabei sind Geschlechterungleichheiten ein systemisches Problem, das die Effektivität und Effizienz humanitärer Unterstützung reduziert."

Krisen verstärken Ungerechtigkeit

Mit der Agenda 2030 hat sich die Staatengemeinschaft ehrgeizige Ziele gesteckt. Das Recht auf Gleichheit wird als Grundlage für eine friedliche, wohlhabende und nachhaltige Welt betont. Die Forderung lautet: Niemanden zurücklassen. Insbesondere die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen, die überproportional zu den Ärmsten gehören, werden hervorgehoben. Wie Jessica Menon erläutert, sind wir allerdings noch weit davon entfernt, diesen Forderungen nachzukommen. Der Fortschritt bleibt aus, weil bestimmte Bevölkerungsgruppen noch immer benachteiligt werden. Dies verdeutlichen auch jüngste Entwicklungen wie die Folgen der Covid-19-Pandemie oder die Black-Lives-Matter-Bewegung: Diskriminierung ist tief in unserer Gesellschaft verankert.

Geschlechterungleichheit ist ein systemisches Problem, das die Wirksamkeit von Unterstützung reduziert

Bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen und andere Krisen vergrößern die Kluft zwischen individuellen Privilegien und Benachteiligungen. In bestehenden gesellschaftlichen Strukturen sind diese durch persönliche Merkmale wie soziales Geschlecht oder „Gender", sexuelle Orientierung, Religion, Alter, Status oder gesundheitliche Einschränkungen begründet. Gewalt, Vertreibung sowie wirtschaftliche und soziale Probleme wirken sich besonders auf Geschlechterungleichheiten aus. Frauen und Mädchen, aber auch Menschen mit nichtbinären Geschlechtsidentitäten, sind überproportional von Unsicherheit, unbezahlter Pflegearbeit, frühzeitiger Sterblichkeit, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie begrenztem Zugang zu Existenzgrundlagen wie Nahrung und Schutz, Bildung und zur Gesundheitsversorgung betroffen.

Humanitäre Akteur*innen tragen deshalb eine Verantwortung, den geschlechterspezifischen Folgen von Krisen entgegenzuwirken. Maßnahmen müssen auf unterschiedliche Bedürfnisse, Kapazitäten und Vulnerabilitäten von Betroffenen eingehen. Doch warum bleiben Fortschritte in der Geschlechtergleichheit aus?

Die Diagnose lautet: Die Ursachen des Problems werden nicht aktiv angegangen. Patriarchale Normen, Strukturen und ungleiche Machtverhältnisse verhindern, dass Menschen in all ihrer Diversität gleiche Lebens- und Beteiligungschancen erhalten. Hinzu kommt, dass das westliche Konstrukt eines neokolonialen humanitären Systems schon lange nicht mehr den komplexen Krisen unserer Zeit standhält. Stark unterfinanziert und top-down erreicht es zu wenige Betroffene, wird als ineffektiv und nicht bedarfszentriert bezeichnet. Humanitäre Akteur*innen sehen es nicht als ihre vorrangige Aufgabe, bestehende Strukturen und Systeme infrage

Wenn wir diese Missstände nicht aktiv angehen, tragen wir zu ihrem Fortbestand bei

zu stellen. Denn: In Krisen hat das Retten von Leben Priorität. Zudem müssen humanitäre Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit eingehalten werden.

Während meines Kolleg-Jahres habe ich mich gemeinsam mit der Women's Refugee Commission (WRC) in den USA intensiv mit dem notwendigen Wandel im humanitären Sektor befasst. Denn wenn wir Missstände nicht aktiv angehen, tragen wir zu ihrem Fortbestand bei. Sind Krisen und ein humanitäres System, das als nicht „fit for purpose" bezeichnet wird, vielleicht eine Chance, bisherige Normen, Strukturen und Machtverhältnisse zu durchbrechen? Kann Unterstützung überhaupt „neutral" sein?

Für einen strukturellen Wandel

Wie die WRC bin ich überzeugt, dass es einen systemischen Wandel im humanitären Sektor geben muss. Es ist an der Zeit, von Krisen betroffenen Bevölkerungsgruppen Führungs- und Handlungskompetenzen einzuräumen und sie als gleichberechtigte Partner*innen im Geflecht aus internationalen, nationalen und lokalen humanitären Akteur*innen wahrzunehmen.

Doch bislang fehlt ein organisations- und sektorübergreifendes Verständnis von Gender, Intersektionalität und strukturellem Wandel. Eine interne Führungs- und Organisationskultur, die ein gemeinsames Wertesystem schafft, die Diversitätskompetenzen und -kapazitäten fördert, ist ein weiterer Punkt auf der Mängelliste. Bisher waren bestenfalls technische Lösungen wie Gender-Mainstreaming-Leitlinien und -Toolkits vorgesehen. In der Umsetzung werden solche Instrumente jedoch selten als selbsterklärend oder kontextrelevant bezeichnet.

Auf globaler Ebene sind Geber*innen in der Pflicht, ihren Einfluss besser zu nutzen. Gelder müssen flexibler und langfristiger zur Verfügung stehen; eine Zusammenführung von humanitären und Entwicklungsakteur*innen sowie ein partnerschaftlicher Dialog mit Empfänger*innen würden für verbesserte Praktiken sorgen. Es fehlt an spezifischen Maßnahmen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Mädchen und für jene Menschen, die bestehende Strukturen ändern wollen. Im Sinne der Lokalisierung von Unterstützung entfalten Projekte mehr Wirksamkeit, wenn wir auch die Arbeit und Entscheidungsmacht von lokalen Organisationen und marginalisierten Betroffenen fördern. Denn diese kennen den Kontext und genießen das Vertrauen der Bevölkerung vor Ort.

Im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele muss der humanitäre Sektor daran arbeiten, niemanden zurückzulassen. Es bedarf konkreter Lösungsansätze für Unterstützungsmaßnahmen, die auch in Krisen gleiche Lebens- und Beteiligungschancen ermöglichen und strukturelle Probleme bekämpfen. Jessica Menon's Startup „Equilo" arbeitet zum Beispiel an einem Dashboard, das es humanitären Akteur*innen zeit- und kostensparender macht, Gendergleichheit und soziale Inklusion zu berücksichtigen. „Equilo" nutzt dabei Künstliche Intelligenz, um Zusammenhänge und Lösungen darzustellen. Mit einem Klick werden ein Teil der Genderanalyse und darauf basierende Handlungsempfehlungen generiert: „Jordanien, Wassersektor, Flüchtlingscamp, unvorhergesehene Katastrophe? Das Dashboard zieht quan-

titative und qualitative Informationen aus Datenbanken, ermöglicht es, Gender- und Inklusionsanliegen im Kontext besser zu verstehen, führt zu Guidelines und anderen Stakeholdern in der Region und rät zu den nächsten strategischen Schritten“, erklärt Jessica Menon. • •

Tamara Krüger forschte und arbeitete in ihrem Kolleg-Jahr zu intersektionalen Ansätzen in Fluchtkontexten in New York, Amman und digital.

Chinesische Entwicklungen

Chinas Herausforderungen an den Westen werden am deutlichsten in seinen entwicklungspolitischen Aktivitäten. Zugleich ist gelingende Kooperation unerlässlich. Ein schwieriger Balanceakt.

Von Gabriel Pelloquin

Den Fluss überqueren, indem man nach Steinen tastet“, so lautet ein vielzitiertes Bonmot des Vaters der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik Deng Xiaoping. Diese Art des versuchsweisen Vorgehens ist charakteristisch für Chinas beispiellose Entwicklung, die Millionen Menschen aus der Armut befreit hat. Schätzungen zufolge wird China nach Kriterien der Weltbank bis 2025 in den Rang der „Länder mit hohem Einkommen“ vorrücken.

Bis dahin wird die zweitgrößte Volkswirtschaft weiter an ihrem Selbstverständnis als „größtes Entwicklungsland der Welt“ festhalten. Durch diesen Status hat das Land bei der Welthandelsorganisation Anrecht auf eine sogenannte „differenzierte Sonderbehandlung“ – in anderen Worten Konzessionen. Dabei ist China, das seit Langem Süd-Süd-Kooperationen mit anderen Ländern durchführt, global längst einer der wichtigsten entwicklungspolitischen Akteure. Bestes Beispiel ist die Belt and Road Initiative (BRI), mit der das Land seinen globalen Gestaltungswillen bekräftigt.

Diese „neue Seidenstraße“ dient dazu, neue Märkte für chinesische Unternehmen im Ausland zu erschließen. Sie ist aber auch ideologisch bedeutsam. Eine zunehmend aggressive chinesische Diplomatie propagiert das globale Ordnungsmodell einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“, in der es keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer gibt. Die Menschenrechtslage innerhalb Chinas ist hinlänglich bekannt.

Eine einfache Botschaft: Ihr müsst nicht wie der Westen werden

Pekings Botschaft an Länder des Globalen Südens, nicht zuletzt an autokratisch geprägte Staaten, ist einfach: Ihr müsst nicht wie der Westen werden, um zu Wohlstand zu kommen. Das Süd-Süd-Paradigma betont die Gemeinsamkeiten mit anderen Entwicklungsländern; Chinas bilaterale Kooperationen folgen nicht den „Official Development Assistance“ (ODA)-Kriterien der – westlichen – OECD und sind notorisch intransparent. Die BRI muss als Teil

einer globalen Konnektivitätsstrategie gedacht werden, die die Welt an China „andockt“, das westlich-liberale Ordnungssystem rekonfiguriert und multilaterale Instanzen dem chinesischen Modell anpasst.

China aber ist kein einheitlicher Block, sondern groß, komplex und vielschichtig. Wir laufen Gefahr, der chinesischen Führung mehr Handlungsmacht zuzusprechen, als sie hat. Die Steuerung von Entwicklungskooperationen ist fragmentiert und krankt an mangelnden Ressourcen. Zwar wurde 2018 die China International Development Cooperation Agency ins Leben gerufen, um das System zu reformieren; diese ist aber personell unterbesetzt und hat keine ausreichende Weisungsbefugnis.

Zudem sieht sich die Regierung mit dem Vorwurf der „Schuldenfallendiplomatie“ konfrontiert, was ein Resultat ungenügenden Kreditrisikomanagements sein könnte. Weitere Kritik wird laut an fehlenden Standards sowie an Export und Finanzierung schmutziger Industrien. Dem Global Development Policy Center zufolge fließt noch immer ein großer Teil chinesischer Kredite im Energiesektor für fossile Brennstoffe (2019: 1,4 Milliarden Dollar in Projekte mit Kohle als Energiequelle). Hinzu kommt eine gewisse „Blindheit“ für lokale Konflikte und Sicherheitsfragen. In jedem der sechs BRI-Korridore gibt es Gebiete mit hoher Instabilität und Territorialkonflikten, was geopolitische Risiken birgt.

Noch immer gleichen also viele Entwicklungen der von Deng Xiaoping beschworenen „tastenden“ Vorgehensweise. Auch im Inland steht die Führung vor enormen Herausforderungen: Die atemberaubende Geschwindigkeit des ökonomischen Fortschritts hat hohe soziale, kulturelle und ökologische Kosten wie wachsende Ungleichheit, vergiftete Böden und Wasserknappheit.

Pekings Politik ignoriert bestehende westliche Entwicklungskonzepte – und verändert die Welt

Kooperation trotz Systemkonkurrenz

Wie sollen wir mit diesen Entwicklungen umgehen? Zusammen geben die EU-Staaten erhebliche Summen für Entwicklungszusammenarbeit aus (2019: 84,5 Milliarden Dollar an ODA-Mitteln), dennoch ist es China, das international als treibende Kraft wahrgenommen wird. Doch auch die eigenen Defizite hinsichtlich Gerechtigkeit und Friedensstiftung müssen in den Blick genommen werden. Aus chinesischer Perspektive ist der Westen selbstzentriert und arrogant, winkt häufig mit dem moralischen Zeigefinger, ohne die eigenen Werte überzeugend zu vertreten – man denke an den menschenunwürdigen Umgang mit Flüchtlingen an den Außengrenzen der Europäischen Union. Der Begriff des liberalen Ordnungsmodells ist aus dieser Sicht ein bloßes Synonym für westliche Macht- und Kapitalinteressen.

Ungeachtet aller Konflikte und Disparitäten ist gute Zusammenarbeit unerlässlich. Diese ist zurzeit schwieriger denn je – und dennoch alternativlos. Den häufig beschworenen „neuen Kalten Krieg“ können wir uns nicht leisten: Zu eng sind die wirtschaftlichen Verbindungen. Und die globalen Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz werden ohne eine gelingende Zusammenarbeit mit China nicht zu bewältigen sein. • •

Gabriel Pelloquin beschäftigte sich mit nachhaltiger Entwicklungskooperation mit der Volksrepublik China.

Seminarphasen

1

Vorbereitungsseminar

Zu Beginn des Kollegs erhalten die Kollegiat*innen eine individuelle Beratung zur Planung und Organisation ihrer einzelnen Stagen. Darüber hinaus umfasst das Seminar u.a. ein Bewerbungstraining, den Austausch mit Ehemaligen sowie einen durch die Gruppe selbst gestalteten Open Space.

2

Einführungsseminar

Im Rahmen des 13-tägigen Einführungsseminars in Essen und Berlin diskutieren die Kollegiat*innen Fragen der internationalen Politik und Zusammenarbeit mit Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem stehen u.a. Workshops zum Thema Unconscious Bias und Selbstfürsorge auf dem Programm.

Winterseminar

Während des zehntägigen Seminars in der Schweiz geht

3

es um die Entwicklung von Führungs- und Schlüsselkompetenzen. Die Kollegiat*innen werden in internationaler Verhandlungsführung und Rhetorik geschult und belegen einen Schreibworkshop. Gespräche mit internationalen Expert*innen in Bern und am UN-Standort Genf runden das Programm ab.

4

Sicherheitslehrgang

Im Anschluss an das Winterseminar nehmen die Kollegiat*innen an einem fünftägigen Lehrgang zum richtigen Verhalten in Krisengebieten im UN-Ausbildungszentrum in Hammelburg teil und werden so auf einen möglichen Einsatz in Krisenregionen vorbereitet.

5

Zwischentreffen

Das zehntägige Zwischentreffen im Mai wird von den Kollegiat*innen selbst organisiert. Es bietet ihnen die Chance, Politik, Gesellschaft und Kultur eines aufstrebenden Schwellenlands oder eines Hotspots europäischer Außenpolitik näher kennenzulernen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie musste das geplante Zwischentreffen in Südafrika ausfallen.

6

Abschlussseminar

Nach ihren Stagen kehren die Kollegiat*innen im September zu einem einwöchigen Abschlussseminar nach Berlin zurück. Im Fokus stehen die Reflexion des Kolleg-Jahrs, der Erfahrungsaustausch mit dem neuen Jahrgang und die feierliche Abschlusspräsentation der Projekte.

Dr. Klaus Scharioth trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war Politischer Direktor und Leiter der Politischen Abteilung, Staatssekretär und Botschafter in Washington. Seit 2011 ist er Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, seit Anfang 2012 auch Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Georges Martin ist seit 2016 Vizerektor des Kollegs. Bis September 2017 war er Diplomatischer Berater für besondere Aufgaben des Schweizer Außenministers. Zuvor war er stellv. Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Chef der Abteilung Internationale Sicherheit im EDA sowie Botschafter in Jakarta und Nairobi.

Wiebke Hamel studierte Politikwissenschaften in Duisburg-Essen und Münster. Sie arbeitet seit 2012 bei der Stiftung Mercator zu den Themen Europa, Integration und Internationale Verständigung. Als Projektmanagerin im Bereich Internationale Programme verantwortet sie das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben und das Carlo-Schmid-Programm.

Dr. Julia Schütze studierte Romanistik, Anglistik und VWL in Gießen und Dijon. Sie arbeitet seit 2008 für die Studienstiftung des deutschen Volkes und leitet dort u.a. das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben und das China-Stipendien-Programm. Zuvor war sie für die Deutsch-Kanadische Industrie- und Handelskammer in Montreal tätig.

Dr. Lydia Tchambaz ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schweizerischen Studienstiftung und leitete dort bis September 2020 das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben. Sie promovierte in Klinischer Pharmakologie und Toxikologie an der Uni Basel und arbeitete als stellv. Direktorin bei der European League Against Rheumatism.

Stephanie Huber ist seit 2013 Projektmanagerin bei der Stiftung Mercator Schweiz, wo sie u.a. die Leitung des Mercator Kollegs innehat. Seit ihrem Geografiestudium und Engagements in Umweltschutz- und Entwicklungsprogrammen arbeitet sie vor allem zu den Themen nachhaltige Ressourcennutzung und ökologische Landwirtschaft.

Jahrgang 2019 / 2020

Kareem Bayo beschäftigte sich im Rahmen des Mercator Kollegs mit unternehmerischem Lernen und Handeln als einem Instrument zur professionellen Weiterbildung und Stärkung der „Arbeitsmarktagilität" von jungen Erwachsenen in Entwicklungsregionen. Aktuell arbeitet er bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf.

Andrea Dertinger beschäftigte sich als Mercator Fellow mit dem klimafreundlichen Wandel von Stromsektoren in Entwicklungs- und Industrieländern. Sie studierte im Bachelor Philosophie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und erwarb ihren Masterabschluss in Public Policy an der Hertie School, Berlin.

Mario Domisse befasste sich während des Kolleg-Jahres mit der bürokratischen Steuerung friedenspolitischer Instrumente und der Frage, wie mithilfe adaptiver Steuerungsprozesse besser auf Kontextveränderungen reagiert werden kann. Er ist Berater für die Bereiche Stabilisierung und Sicherheitssektorreform bei der Syspons GmbH in Berlin.

Leonie Dudda beschäftigte sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit. Sie studierte Medizin in Heidelberg mit Stationen in Spanien, Ecuador, Nicaragua, Sri Lanka und Südafrika. Danach machte sie ihren MSc in International Development & Humanitarian Emergencies an der LSE mit einem Fokus auf Gesundheitsfragen.

Erik Eschweiler befasste sich mit dem Potenzial von Musik für Global Citizenship Education. Dabei lag sein Schwerpunkt auf der Analyse und Entwicklung von friedenspädagogischen Musikprojekten an Schulen. Erik studierte in Leipzig, Stockholm und Florenz Geschichte, Schulmusik und Historischen Gesang und arbeitete zuvor als Lehrer.

Jonas Freist-Held setzte sich mit der Frage auseinander, welches Potenzial Städte bei der Lösung von gesellschaftlichen sowie globalen Konflikten und Herausforderungen haben. Er studierte im Bachelor Politikwissenschaft und absolvierte einen Doppelmaster mit einem Fokus auf Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht.

Peter Freudenstein arbeitete primär zur indischen Energiepolitik mit besonderer Berücksichtigung geopolitischer Aspekte. Zuletzt befasste er sich aber mit technologischen Ansätzen für negative Emissionen. Er studierte Internationale Beziehungen an der Fletcher School of Law and Diplomacy in Boston und der Universität St. Gallen.

Leonie Harsch arbeitete zur Stärkung der Rolle lokaler Akteure, z.B. lokaler NGOs oder Kirchen- und Moscheegemeinden, in der internationalen humanitären Zusammenarbeit. Sie erwarb einen MSc in Migration Studies an der University of Oxford und studierte Internationale Literaturen und Nahoststudien in Tübingen, Aix-Marseille und Beirut.

David Hiss setzte sich mit der Frage auseinander, wie sich Westafrika mit nachbaufähigem Saatgut selbst versorgen kann; der eigene Zugang zur genetischen Ressource ist für die Ernährungssouveränität der Region unabdingbar. David studierte Volkwirtschaftslehre (MSc, BA HSG) und Internationale Beziehungen (BA HSG) in Freiburg und St. Gallen.

Anna-Sophie Hobi ging der Frage nach, wie durch Transparenz und Verantwortung die Ungleichheiten im Rohstoffsektor bekämpft und so Länder im Globalen Süden hin zu einer nachhaltigen Zukunft unterstützt werden können. Zurzeit forscht sie zu Rohstoffen und erneuerbaren Energien als Doktorandin an der Norwegian University of Life Sciences.

Finn Holler beschäftigte sich mit der Frage, wie man medizinische Komplikationen bei Schwangeren und Kindern im Globalen Süden und speziell in humanitären Kontexten verhindern kann. Zuvor arbeitete er als Arzt am Universitätsklinikum München. Er studierte Medizin in Köln, Sevilla und Rio de Janeiro und promovierte im Bereich der Kinderkardiologie.

Pierre Krenn beschäftigte sich mit der künftigen Integration und Vernetzung erneuerbarer Energien in den Sektoren Strom, Verkehr und Wärme. Er absolvierte einen deutsch-französischen Doppelstudiengang der Internationalen Beziehungen an der KU Eichstätt-Ingolstadt, Sciences Po Rennes und Sciences Po Strasbourg.

Tamara Krüger beschäftigte sich als Mercator Kollegiatin mit intersektionalen Ansätzen in Fluchtkontexten. Ihre Studien in International Business Management und Social Development Practice absolvierte sie in Berlin, Montreal, Athen und London.

Fin-Jasper Langmack widmete sich der Frage, wie Unternehmen und ihre Beschäftigten für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können. Dabei standen die Rolle internationaler Strafgerichte und nationaler Rechtssysteme im Fokus sowie die Möglichkeit, Unternehmen in Entschädigungsprogramme einzubinden.

Ann-Sophie Leonard fokussierte sich auf das Spannungsfeld von Sicherheitspolitik und Technologie, indem sie sich mit strategischen Auswirkungen von neuen Technologien beschäftigte. Sie studierte Strategic Studies an der Nanyang Technological University Singapore (MSc) und International Security an der University of Warwick (MA).

Helén Liebermann arbeitete zu erfolgreicher Führungskräfteentwicklung nicht-profitorientierter Organisationen. Als promovierte Sozialpsychologin und Führungsforscherin verbindet sie empirisch fundierte Maßnahmen mit Best Practices aus Wirtschaft und Wissenschaft. Gegenwärtig arbeitet sie als Consultant bei Syspons.

Gabriel Pelloquin beschäftigte sich mit nachhaltiger Entwicklungskooperation mit der Volksrepublik China. Er studierte Philosophie und Geschichte in Freiburg, Montpellier und Heidelberg. Erfahrungen sammelte er unter anderem im Bereich der Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf sowie bei einer Zeitschrift für Gegenwartsliteratur.

Selina Pfister befasste sich mit innovativen Zugangswegen für Flüchtlinge zu sicheren Drittstaaten. Sie ging dabei der Frage nach, wie das Potenzial der Flüchtlinge und der Aufnahmegesellschaft besser genutzt werden kann. Sie studierte Internationale Beziehungen in Genf und Alicante sowie Internationale Migration und Menschenrechte in Brüssel.

Marie Schröter arbeitete zu internationalen Lösungen für Terrorismus und Extremismus im Internet und das Potenzial von Künstlicher Intelligenz, um dies zu verhindern. Sie erwarb ihren MA Politikwissenschaft/Sicherheitsstudien an der Universität Haifa, wo sie zur Twitter-Nutzung von deutschen Islamisten forschte.

Alissa Siara beschäftigte sich während ihres Kolleg-Jahres mit Public Private Partnerships zur Förderung von sozialer Innovation in Lateinamerika. Sie erwarb ihren BA in International Affairs an der Universität St. Gallen und einen MSc in International Political Economy an der London School of Economics.

Lara Louisa Siever befasste sich mit menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten von Unternehmen und dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und indigenen Gemeinschaften. Sie studierte Internationale Politik und Recht an der Sciences Po Paris und in Potsdam. Derzeit arbeitet sie als Referentin bei INKOTA.

Julian Allan Watkinson beschäftigte sich mit den geopolitischen Implikationen der chinesischen Entwicklungszusammenarbeit. Nach seinem deutsch-chinesischen Doppelbachelor erwarb er einen Master mit Fokus auf Development Economics an der Reichsuniversität Groningen. Aktuell arbeitet er bei den Vereinten Nationen in Kolumbien.

Svea Windwehr beschäftigte sich mit der Regulierung von Online-Plattformen und ging dabei der Frage nach, welche Folgen die Übernahme öffentlicher Aufgaben durch private Akteure hat. Sie studierte Politikwissenschaft und Recht in Maastricht und Berkeley und erwarb einen Masterabschluss an der University of Oxford.

Impressum

Daniela Zingler beschäftigte sich mit der Transformation zu einer CO_2-armen Wirtschaft und der Frage, welche politischen Maßnahmen zu Veränderungen im Privatsektor führen. Sie studierte Technische BWL (BSc) und Sustainable Resource Management (MSc) mit Fokus auf Umweltökonomie und -politik an der TU München, in Barcelona und Dublin.

Hanna Zinner widmete sich in ihrem Kolleg-Jahr unterschiedlichen Cybergovernance-Modellen in Europa und China. Sie hat einen Masterabschluss in International Political Economy und International Public Management. Aktuell arbeitet sie bei der Europäischen Kommission.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Dr. Thomas Enders
Prof. Dr. Joachim Krause
Dr. Daniela Schwarzer

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Linda Bachg,
Alexander Menai

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 46

ip@dgap.org

Bildnachweis
David Außerhofer

Illustration
bitteschön.tv

Die hier geäußerten Meinungen sind die der Kollegiat*innen und nicht der Organisationen, für die sie gearbeitet haben.

Dieses IP Special wurde gefördert durch die Stiftung Mercator.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben vergibt jährlich 20 Fellowships in Deutschland sowie fünf Fellowships in der Schweiz an junge Führungskräfte und exzellente Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben bei internationalen Organisationen und NGOs.

Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular finden Sie auf: **www.mercator-kolleg.de** und **www.mercator-kolleg.ch**

Studienstiftung des deutschen Volkes

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG MERCATOR SCHWEIZ

Studienstiftung
des deutschen Volkes

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben fördert jedes Jahr 20 deutsche sowie fünf schweizerische Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen und junge Berufstätige, die für unsere Welt von morgen Verantwortung übernehmen wollen. Während des Kolleg-Jahres arbeiten die Kollegiat*innen in internationalen Organisationen, global tätigen Nichtregierungsorganisationen, Non-Profit-Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen. Ziel des Programms ist es, engagierte Persönlichkeiten für diesen Bereich zu gewinnen sowie international denkende und handelnde Nachwuchskräfte zu qualifizieren.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Projekt der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator, in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, sowie der Schweizerischen Studienstiftung und der Stiftung Mercator Schweiz, in Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

MERCATOR KOLLEG
FÜR INTERNATIONALE AUFGABEN